

Gespräch 1 Rob Wallace führt Corona auf Agrarindustrie und Kapitalismus zurück **Politik S. 3**

Gespräch 2 Über alles könnten Hauck & Bauer Witze machen, sie tun es aber nicht **Kultur S. 15**

Gespräch 3 Mit Rilke, Marx und Bibel will Cornel West die USA verändern **Alltag S. 22/23**



American Albtraum

Egal, wer die Wahl gewinnt: Der soziale Niedergang der USA ist nicht mehr aufzuhalten s. 6/7

Mehr Mut zum Streit!

Pandemie In der Corona-Frage stehen sich zwei Lager ebenso feindlich wie stumm gegenüber. Das bringt unsere Demokratie in Gefahr

■ Michael Jäger

Markus Söder will die Corona-Pandemie schneller, effektiver und vor allem einheitlicher bekämpfen. Bisher haben sich Bund und Länder über alle Schritte abgesprochen und sind in Einzelfragen trotzdem verschiedene Wege gegangen. Das hält der bayerische Ministerpräsident für schädlich. Fehlt es an Einheit oder nicht doch eher an Wissenschaftlichkeit? Wissenschaft heißt, dass man Hypothesen nicht mit Wahrheit verwechselt. Die wahrscheinlichsten Annahmen dem Handeln zugrunde legt, dabei den Streit der Hypothesen nicht vergisst. Stattdessen organisiert man ihn. Und weil niemand die Wahrheit kennt, lässt man keine unumkehrbare Situation entstehen.

Gerade für uns Medienmenschen, die wir keine Pandemie-Experten sind, führt nichts an der Einsicht vorbei, dass es in der Corona-Frage zwei konträre wissenschaftliche Parteien gibt, die beide Anspruch auf Gehör haben. In der Frage der Klimakatastrophe urteilen Wissenschaftler:innen nahezu einhellig. Deshalb können Leute, die sich ihren Diagnosen verschließen, mit Recht „Leugner“ genannt werden. Die Autor:innen der jüngst veröffentlichten „Great-Barrington-Erklärung“, Martin Kulldorf, Sunetra Gupta und Jay Bhattacharya, sind aber ein anderer Fall. Kulldorf zum Beispiel war 1997 in die Beratergruppe für Krankheitskartierung der Weltgesundheitsorganisation WHO berufen worden. Er hat auch für das EU-Forschungsprojekt ADVANCE zur zeitgerechten und evidenzbasierten Analyse von Impfeffekten gearbeitet. Muss man betonen, dass das nicht heißt, dass er und seine Kolleg:innen „recht haben“? Es heißt nur, dass etwas nicht stimmt, wenn

sie wie „Covidioten“ behandelt werden. Ebendas geschieht aber.

Die drei Forscher:innen haben erklärt, die gegenwärtige Corona-Politik sei falsch; man solle die Risikogruppen schützen, ansonsten aber die Herdenimmunität anstreben, statt auf den Impfstoff zu warten. Ohne Herdenimmunität verschwinde das Virus niemals. Das ist eine der großen Streitfragen. Klar ist jedenfalls, dass, wenn es nicht verschwindet, auch die Absenkung unserer Grundrechte immer bleibt. Und was den Impfstoff angeht: Lange hieß es, wenn er da sei, könnten alle Maßnahmen aufgehoben werden. In den letzten Wochen ist das zurückgenommen worden. Nach einem Gesetzesentwurf, der jetzt vorgelegt wurde, sollen die Ausnahmeregelungen „verstetigt“ werden. Natürlich nur, wenn es notwendig sei. Aber wird denn die Frage, ob es notwendig ist, überhaupt gestellt?

Schon Kant wußte: Man selber soll entscheiden, nicht die Ärzte

Die Frage zum Beispiel, ob das pure Starren auf die Infektionszahlen die gegenwärtige Politik rechtfertigt. Wer infiziert ist, ist deshalb noch nicht krank. Am Anfang des Jahres wurde mit Hinweis auf diese Zahlen die Gefahr einer Überlastung der Krankenhäuser beschworen. Das war damals als Vorsichtsverhalten richtig. Nachdem aber der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, jetzt wieder von einem Personalmangel in den Kliniken sprach, hat die Deutsche Stiftung Patientenschutz vor „Panikmache“ gewarnt: „Die Intensivstationen in Deutschland sind weit weg von einer Überlastung“, so Vorstand Eugen Brysch. Und nun, wie argumentiert man stattdessen? Fehlzanzeige.

Der von der Politik und den Medien erzeugte öffentliche Diskurs ähnelt ein wenig dem Burgfrieden im Ersten Weltkrieg. Wissenschaftliche Parteien will man nicht mehr kennen. Wenn sich doch eine zeigt, wird sie zwar nicht eingesperrt, wie damals Karl Liebknecht, aber weggewischt wie Staub. So erging es Kulldorf und Kolleg:innen: „Alte Ideen – neu verpackt“ betitelt *tagesschau.de* einen Beitrag dazu, der unter der Rubrik „faktenfinder“ erscheint, womit ausgesagt wird, dass ihre Erklärung die Fakten verfälsche. Mehrere Wissenschaftler:innen, die ihnen widersprechen, werden benannt und zitiert, sie selbst aber bleiben namenlos.

Das sind unerträgliche Zustände, die auf das Hauptproblem verweisen: Eine öffentliche Debatte zwischen den beiden Parteien wird nicht nur nicht herbeigeführt, sondern sogar massiv verhindert. So erreichte *Corona Fehlalarm!*, das Buch von Karina Reiss und Sucharit Bhakdi, den ersten Platz der *Spiegel*-Bestsellerliste, obwohl es in allen größeren Medien totgeschwiegen worden war. Dabei ist auch Bhakdi, wie immer man zu seiner Einschätzung steht, ganz sicher kein „Covidiot“. Er ist Infektionsepidemiologe, neben vielen wissenschaftlichen Auszeichnungen erhielt er 2005 den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz.

Seine Thesen „werden von einer überwiegenden Mehrheit der Experten als unwissenschaftlich eingestuft“, liest man bei Wikipedia. Aber mindestens, wenn er fragt: „Warum gab es nicht mal eine Diskussionsrunde, einen offenen sachlichen Austausch: Drostens und Wieler – Bhakdi und Wodarg an einem runden Tisch?“, hat er ganz sicher recht. Dass es eine solche öffentliche Debatte nicht gibt, ist ein politischer Skandal ersten Ranges. Bei Immanuel Kant lesen wir, Aufgeklärtsein heiße, sich nicht einmal vom Arzt die eigene Entscheidung abnehmen zu lassen. Wie nun erst, wenn „There is no alternative“ gelten soll, nicht nur ökonomisch, sondern auch medizinisch – als gäbe es nur Herrn Drostens, der übrigens zwar Virologe, aber kein Epidemiologe ist, und sonst nur Kurpfuscher? Dann müssen wir um unsere Demokratie zittern.

Sabine Kebir beschäftigt der Mord an einem Lehrer in Frankreich

Wie wird eine hegemoniale Kultur Risiken multikultureller Gesellschaften gerecht?

Ist die Integration der islamischen Minderheit in die demokratische Kultur Frankreichs in den vergangenen Jahrzehnten vorangekommen? Die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* schien das zu glauben, als sie sich Anfang September dazu entschloss, Mohammed-Karikaturen erneut zu veröffentlichen, die 2015 ein islamistisches Attentat mit tödlichen Folgen für zwölf Menschen nach sich gezogen hatten. Anlass war der wegen dieses Anschlags vor kurzem begonnene Prozess.

Schon am 25. September kam es zu einem Gewaltakt: In Unkenntnis dessen, dass *Charlie Hebdo* die Adresse gewechselt hat, verletzten zwei Männer pakistanischer Herkunft vor dem früheren Gebäude des Magazins zwei Mitarbeiter eines jetzt dort residierenden Radiosenders schwer. Sie konnten gefasst werden. Am 16. Oktober dann tötete ein 18-jähriger Jugendlicher den im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine arbeitenden Lehrer Samuel Paty, der in einer Unterrichtsstunde über Meinungsfreiheit die Karikaturen gezeigt hatte. Die tschetschenische Familie des Attentäters kam vor zwölf Jahren nach Frankreich und hatte politisches Asyl erhalten. Der Täter wurde von der Polizei erschossen. Zu fragen bleibt, weshalb die Sicherheitsdienste mittels ihrer elektronischen Möglichkeiten nicht das digitale Vorspiel der Tat bemerken konnten, zu der radikalisierte Imame inspiriert hatten.

Die Meinungsfreiheit gehört zu den höchsten Gütern demokratischer Gesellschaften, sie muss als solche verteidigt und selbstverständlich auch in Schulen behandelt werden. Doch hat sie zuletzt Einschränkungen erfahren. Mittlerweile müssen soziale Medien und Internetplattformen Hassbotschaften aus dem Netz entfernen und in schweren Fällen anzeigen. Die Ausmaße der Grauzone, in der Hass-Speech beginnt, sind umstritten, besonders dann, wenn es um die Freiheit der Kunst geht. Zweifellos schlu-

cken die allermeisten in Europa lebenden Muslime eventuellen Ärger über Mohammed-Karikaturen hinunter, ohne an Vergeltung zu denken. Und doch war es nur eine Frage der Zeit, dass sich unter dem Vorwand der Beleidigung des Islam wieder einmal islamistischer Terror in Szene setzte.

Die nobelste Form von Satire und Witz ist stets die scharfe Polemik gegen die Herrschenden gewesen. Heute gehen Politiker, die dem ausgesetzt sind, klugerweise zumeist mit Nonchalance darüber hinweg. Oder sie prozessieren, wie der türkische Präsident Erdoğan, als er mit einer Ziege namens Chantal in Verbindung gebracht wurde. Anders steht es mit Witzten und Parodien über Minderheiten, die häufig Geschmacksache sind, aber unter Umständen gefährliche Auswirkungen zeitigen können. Dies ist besonders dann der Fall, wenn diese Minderheiten nicht vollends integriert sind. Hier wird das Risikopotenzial multikultureller Gesellschaften sichtbar, denen gegenüber sich eine hegemoniale Kultur – nicht zuletzt im eigenen Interesse – sehr verantwortungsbewusst zeigen sollte.

Nicht nur in Frankreich werden Schüler ihre Lehrer befragen, wie es zu einem derart entsetzlichen Anschlag wie dem auf Samuel Paty kommen konnte. In der Haut dieser Erzieher möchte man nicht stecken, zumal es zweifelhaft ist, ob sie auf einen Konflikt dieser Brisanz ausreichend vorbereitet wurden. In ihren Klassen befinden sich meist auch Muslime, denen sie eine möglichst akzeptable Botschaft vermitteln müssen. Gerade ihnen sollten sie eine Teilnahme an der Diskussion nicht freistellen, wie es Samuel Paty aus vermeintlicher Vorsicht getan hat.



Tagebuch

Liebe Leserinnen und Leser, diese Woche erscheint der Debütroman von Karl Ove Knausgård auf Deutsch. 1998 hat er ihn geschrieben, in vielerlei Hinsicht eine andere Zeit. Damals wurde er in Norwegen gefeiert, als er dann 2015 in Schweden erschien, wurde dem Autor „literarische Pädophilie“ vorgeworfen. Muss man diese Debatte jetzt auch hierzulande führen? Ich muss zugeben: Mich ermüdet es inzwischen, wie in solchen Fällen reflexhaft immer wieder dieselben Argumente ausgetauscht werden, bis die Killerfrage kommt: Was darf man denn jetzt noch sagen? Um den konkreten Fall geht es dann längst nicht mehr. Lassen wir das jetzt einfach mal, dachte ich. Und dann las ich abends auf Twitter einen Austausch zwischen unserer ehemaligen Kollegin Juliane Löffler und Ann-Katrin Müller vom *Spiegel*, die beide schrieben, wie viele Hinweise auf #MeToo-Fälle sie bekommen und wie wenigen sie mit Recherchen wirklich nachgehen können. Über dieses Thema müssen wir sprechen, deshalb habe ich Juliane Löffler gebeten, für uns den Kulturaufmacher zu schreiben.

Und wenn ich Ihnen noch einen Text empfehlen darf: Die britische Ökonomin Grace Blakeley hat Cornel West interviewt. Bleiben auch Sie beharrlich! Ihre *Christine Käppeler*

Wochenthema

Amerikas Albtraum S. 6/7
Wer auch immer in den USA die Wahl zum Präsidenten gewinnen sollte: Die Mehrheit der Bevölkerung wird verlieren

Politik

Im Wettstreit vereint S. 4
Die CDU bereitet sich auf die Zeit nach Merkel vor. Die Kandidaten für den Vorsitz schärfen schon jetzt ihr Profil
Ines Schwerdtner

Ohne Bildungswert gelehrt S. 5
Damit Kinder gut durch die Pandemie kommen, muss die Politik die Schule endlich als sozialen Lernort begreifen
Karl-Heinz Heinemann

Mit Olivenzweig entzweit S. 9
Trump schürte allenthalben Rivalitäten, begann aber vier Jahre lang keinen neuen Krieg. Das gab es zuvor selten
Lutz Herden

Vom Rassenhass geschasst S. 12
Als jungen Mann erteilte Marcel Reich-Ranicki in der NS-Diktatur ein Schicksal, das er mit 17.000 Leidensgenossen teilte
Ludger Joseph Heid

Kultur

Literatur oder Kolportage S. 13
Das Debüt von Karl Ove Knausgård von 1998 erscheint auf Deutsch. Wie relevant ist der damals ausgelöste Skandal noch?
Juliane Löffler

Faschismus oder Demokratie S. 16
Wilhelm Heitmeyer analysiert mit seinem Team, warum die Rechten zu „Eskalationstreibern“ werden konnten
Martina Mescher

Verkaufen oder Sammeln S. 17
Sind fünf Millionen Dollar in der Hand besser als ein Cranach im Depot? Über Ökonomie und Kunst in der Pandemie
Christine Käppeler

Gesellschaft oder Natur S. 18
Die Kuratorin Alona Pardo über queere Seiten des Arnold Schwarzenegger und einen Feminismus, der Männer befreit
Philipp Hindahl

Alltag

Mit Rilke, Marx und Bibel S. 22/23
Cornel West ist der wichtigste linke Intellektuelle der USA. Wie kämpft er gegen die Verelendung in Trump-Land?
Grace Blakeley

Die Soziale Marktwirtschaft ... S. 24
... findet Gabriele Krone-Schmalz gut

Impressum S. 24

Brüsseler Maschinist

Michel Barnier hat als Brexit-Unterhändler der EU nie die Ruhe und Gelassenheit verloren

■ Rudolf Walther

Die berufliche Vita des 1951 geborenen Michel Barnier mutet an wie ein über 50 Jahre andauerndes Vorspiel zu der Mission, die ihm seit Oktober 2016 auferlegt ist: Chefdiplomat von 26 Staaten zu sein, die von ihm erwarten, den EU-Ausstieg Großbritanniens so konziliant wie kompromisslos auszuhandeln. Dabei verkörpert Barnier, gemessen an den Gepflogenheiten der französischen Politik, eine Ausnahme. Im Unterschied zur ganz überwiegenden Zahl der Spitzenbeamten hat er nicht die Kadenschmiede des republikanischen Staatsadels – die École Nationale d'Administration (ENA) – durchlaufen. Vielmehr wurde er an der École Supérieure de Commerce de Paris (ESCP) ausgebildet. Danach allerdings weist seine Karriere durchaus auf die landesüblichen Muster hin.

Von 1973 bis 1978 tourte er durch die persönlichen Beraterstäbe („cabinets“) von Ministern, wurde Abgeordneter in der Kammer des Départements Savoyen, zwischen 1982 und 1999 dann deren Präsident. Ab 1978 war er für die Fraktion des gaullistischen Rassemblement pour la République (RPR) jüngster Abgeordneter in der Pariser Nationalversammlung. 1993 übernahm er zunächst unter dem Premier Édouard Balladur das Umweltressort, danach das Europaministerium unter dem Regierungschef Alain Juppé.

1999 schließlich begann Barniers Laufbahn in Brüssel, zunächst als EU-Kommissar für Regionalpolitik und institutionelle Reformen. Vorübergehend ging es zurück nach Paris, weil der konservative Ministerpräsident Jean-Pierre Raffarin einen wie ihn 2004 als Außenminister in seinem Kabinett haben wollte, was sich schon ein gutes Jahr später wieder erledigt hatte. Brüssel erwies sich als die geeignetere Domäne für Barnier, wo er 2014 zum Vizepräsidenten der EU-Kommission avancierte, bevor ihm zwei Jahre später das Mandat zufiel, sich für einen möglichst geordneten EU-Abgang der Briten zu verwenden.

In all den Jahren von Aufstieg und Ämterwechsel gab es für den Liberalkonservativen – ungewöhnlich für das Pariser Spitzenpersonal – nur einen dunklen Fleck. Barnier geriet in den Verdacht, ein Lobbyist der französischen und internationalen Wasserwirtschaft zu sein, weil er 2013 die Richtlinie zur Liberalisierung der Wasserversorgung energisch vorantrieb. Nachdem sich Bürgerinitiativen euro-



FOTO: ERIC PIERMONT/GETTY IMAGES

paweit mit dem Slogan „Wasser ist ein Menschenrecht!“ energisch dagegen wehrten, das Wasser zu privatisieren, musste das Vorhaben zurückgezogen werden. Bei EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker tat das der Wertschätzung für Barnier keinen Abbruch. Der gilt nicht nur als integrale Figur, ihm eilt in der EU-Zentrale der Ruf eines stets sehr gut informierten „Aktenfressers“ voraus. Immerhin lotste er als EU-Kommissar nicht weniger als 40 Gesetzesprojekte durch die Brüsseler Administration wie das EU-Parlament.

Es heißt von Barnier, er kenne den Brüsseler Maschinenraum so gut wie nur wenige. Das Prestige eines geschickten Verhandlers verdankt er nicht zuletzt seiner Mitarbeit am Text für einen europäischen Verfassungsvertrag, um den sich nach der Jahrtausendwende ein Verfassungskonvent unter Frankreichs einstigem Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing bemühte. Im Gegensatz zum Verhalten vieler französischer Spitzenbeamter in der EU fielen

In der EU-Zentrale gilt Barnier seit langem als ein sehr gut informierter Aktenfresser

Barnier weder als überheblich noch als dominant auf, sondern wurde als verbindlich und bescheiden wahrgenommen. Bereits zu Beginn der Brexit-Verhandlungen bekannte er sich zu der Maxime: „Ein fairer Deal ist möglich und weit besser als kein Deal.“ Diesem Credo folgt der Emissär beharrlich und selbstbewusst. „Der Weg ist lang und steil, aber ich komme aus den Bergen und bin ein trittsicherer Wanderer“, so Barnier.

Längst sind die Gespräche mit London in Zeitnot geraten. Aber das lässt Barnier so wenig hektisch werden wie die jüngsten Winkelzüge von Premier Boris Johnson, der bis zum 15. Oktober das Ultimatum für einen Handelsvertrag stellte. Nur ist es ebenso verpufft wie andere Drohungen, sodass für den 31. Dezember – wie gehabt – ein harter Brexit in Aussicht steht. Barnier hat auf die diplomatischen Marotten des britischen Regierungschefs wie immer nüchtern und pragmatisch reagiert. Im Ton verbindlich, aber in der Sache hart, vertritt er die Position der EU: „Ich erinnere daran, dass das Vereinigte Königreich den Binnenmarkt und die Zollunion verlässt, nachdem es aus der Europäischen Union ausgetreten ist. Wir legen weiterhin die Bedingungen für den Zugang zu unserem eigenen Markt fest.“ Ein Drittstaat sei nicht berufen, zu diktieren, zu welchen Konditionen er in Kontinentaleuropa präsent sein wolle. Man bleibe souverän in Bezug darauf, die künftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen festzulegen. Und auf die Briten bezogen: „Sie wünschen dieses Abkommen. Wir auch, aber sie verlassen die Europäische Union, nicht wir ...“

Natürlich verhandelt Barnier nicht allein, hinter ihm steht die Expertise von etwa 30 hochspezialisierten Juristen und Völkerrechtlern aus den Niederlanden, aus Ungarn, Polen, Dänemark, Italien, Frankreich und Deutschland. Barnier räumt ein, dass ein „harter Brexit“ auch die EU-Ökonomien empfindlich treffen dürfte, aber nicht in dem Maße, wie ein „No Deal“ der britischen Wirtschaft schaden würde, die wegen der Corona-Krise schon jetzt einen Wachstumsverlust von zwei Prozent zu verkraften hat. Das gestehen selbst jene Konservativen ein, die sich den Kopf von Boris Johnsons Brexit-Rhetorik noch nicht vollends vernebeln ließen. Die Gelassenheit, die den EU-Chefverhandler beseelt, zeigt an, dass er im Unterschied zu den britischen Empire-Nostalgikern und Souveränitäts-Aposteln sehr gut verstanden hat, dass man sich Prinzipien nicht durch rhetorisches Tamtam entwenden kann.

Julia Reda ärgert sich über neue Uploadfilter

Die nächste Welle rollt

Vergangenes Jahr gingen Hunderttausende gegen Uploadfilter auf die Straße. Ihre Sorge: Kommen die Filter, dann ist es vorbei mit dem freien Internet. Urheberrechtlich erlaubte Zitate und Parodien würden automatisch gesperrt. Dank der Proteste enthält die EU-Urheberrechtsrichtlinie nun Nutzer:innen-Rechte, um die Sperrung legaler Inhalte zu begrenzen.

Jetzt geht es um die Umsetzung in deutsches Recht – und die Stimmung droht erneut zu kippen. Der Entwurf des Justizministeriums kürzt die geplanten Nutzungsrechte wieder radikal zusammen. Die Möglichkeit, legale Inhalte vor automatischer Sperrung zu schützen, ist gestrichen. Online-Plattformen werden stattdessen verpflichtet, bereits beim Upload alle Inhalte zu filtern. Schlägt der Uploadfilter dabei sofort an, können Nutzer:innen durch nachträgliche Kennzeichnung eine Überprüfung erwirken. Wird eine mutmaßliche Urheberrechtsverletzung dagegen erst später entdeckt, wird automatisch gesperrt. Es droht eine grundrechtswidrige Überwachung aller Inhalte.

Der Entwurf schlägt bereits Wellen im Netz. Doch es drohen noch weitere Verschärfungen:

Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) verlangt die Streichung des letzten echten Zugeständnisses an die Nutzer:innen. Bis zu 20 Sekunden Video oder 1.000 Zeichen Text sollen zu nichtkommerziellen Zwecken verwendet werden dürfen, Plattformen zahlen dafür eine pauschale Vergütung. Der BDZV kritisiert, diese Ausnahme würde das Leistungsschutzrecht aushebeln. Das ist falsch: Die neue Ausnahme gilt nur, wenn eine Plattform keine Lizenz erworben hat, dabei sind Plattformen zur Annahme fairer Lizenzangebote verpflichtet. Presseverlage hätten also nichts zu befürchten, wenn es ihnen um die Bezahlung der Inhalte ginge und nicht darum, Links zu Presseartikeln zu verbieten.

Bereits jetzt hat der Vorschlag das Potenzial, die Proteste aus dem letzten Jahr wieder aufleben zu lassen. Ein weiterer Kahlschlag an den Nutzungsrechten würde das Fass zum Überlaufen bringen. Wenn die Bundesregierung Vertrauen der jungen Wähler:innen zurückgewinnen will, sollte sie auf Uploadfilter verzichten.

Julia Reda arbeitet für die Gesellschaft für Freiheitsrechte

„Wir können einpacken!“

Im Gespräch Die Corona-Pandemie hängt eng mit dem Kapitalismus, der Agrar-Industrie und dem Raubbau an der Natur zusammen, sagt der Epidemiologe und Biologe Rob Wallace

Epidemien gibt es, seit die Menschheit sesshafte Landwirtschaft betreibt. Heute nehmen Infektionen immer häufiger die Dimension von Pandemien an. Warum? Rob Wallace hat dazu eine These: Für ihn liegt es an der weltweit schwindenden Biodiversität, an Landübernutzung und Massentierhaltung, also am Kapitalismus.

der Freitag: Herr Wallace, seit 1970 sind laut Living Planet Report des WWF 68 Prozent der Säugetiere, Vögel, Fische, Amphibien und Reptilien verschwunden. Was heißt das für uns?
Rob Wallace: Das heißt, wir können einpacken! Diese Zahl kursiert schon seit zehn Jahren. Aber wir tun weiterhin so, als wäre die Natur ein unerschöpflicher Kühlschrank, aus dem wir uns endlos bedienen können. Der Kapitalismus setzt voraus, dass alle Rohstoffe ständig verfügbar sind und es nur darauf ankommt, wie man sie zu Waren machen kann. Es ist die Fortführung des Kolonialismus: Der globale Norden raubt dem globalen Süden alle Rohstoffe und bürdet ihm Folgen dieses ungleichen ökologischen Tauschs auf. Das hat dramatische Folgen. Die offensichtlichste ist der Klimawandel. Aber wir wissen seit einer ganzen Weile, dass aus diesem Raub Pandemien entstehen.



Rob Wallace, Epidemiologe und Biologe, hat gerade auf Englisch das

Buch *Dead Epidemiologists: On the Origins of COVID-19* veröffentlicht. Auf Deutsch erschien zuletzt *Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat* (PapyRossa)

Der Report macht für das Artensterben die intensive Landwirtschaft verantwortlich. Sie sehen darin auch die Ursache für die Entstehung von Viren.

Die marktorientierte Landwirtschaft und Konzerne drängen in die letzten Urwälder vor. Mehr als 60 Prozent der neuen humanen Erreger stammen von Wildtieren. Komplexe Ökosysteme wie Regenwälder halten solche Viren in Schach und begrenzen ihre Ausbreitung. Wird Biodiversität vernichtet, springen Erreger auf Menschen und Nutztiere vor Ort über. Von dort gelangen sie in das globale ReiseNetzwerk und in kurzer Zeit von einer Höhle in China nach Miami Beach. Es sind globale Kapital- und Warenströme, die die Entwaldung, die industrielle Landwirtschaft und Fleischproduktion vorantreiben – und damit die Entstehung neuer Krankheiten. Die schlimmsten Krankheitsherde sind in diesem Zusammenhang Hongkong, London und New York.

Wieso? Diese Zentren finanzieren die Abholzung und das Agrobusiness. Nehmen Sie die Vogelgrippe. H5N1 tauchte zuerst 1996 in der chinesischen Provinz Guangdong auf. Als es 1997 in Hongkong ausbrach und Menschen starben, war das ein Schock. Es hieß,

Hongkong sei das Opfer der Festland-Chinesen, deren Geflügelzucht neue Influenza- und SARS-Stränge hervorgebracht habe. Tatsächlich flossen damals vier Fünftel der ausländischen Direktinvestitionen von Hongkong nach China, auch in die Geflügelmast. Die Produktion von Geflügelfleisch ist dort seit 1985 von 1,7 Millionen auf 13 Millionen Tonnen pro Jahr gestiegen.

Regierungen und WHO haben Pandemien durchgespielt, die dem Covid-19-Szenario ähneln. Warum waren wir so schlecht vorbereitet?
 In den vergangenen 20 Jahren sind fast jährlich H1N1, H7N9, SARS, MERS, Ebola Makona, Zika und viele andere Viren aufgetaucht. Trotz ihrer Warnungen bleiben Forscher blind für die sichtbare Wahrheit dahinter. Man konzentriert sich auf den individuellen Erreger und übersieht, dass die Dynamik von Krankheiten davon abhängt, wie wir uns als Gesellschaft organisieren. Natürlich sind genetische und klinische Studien wichtig, wir lehnen die klassische Wissenschaft nicht ab. Aber sie hat Grenzen: Man arbeitet daran, die Ausbrüche zu stoppen – aber nur bis zu dem Punkt, an dem das System, das sie verursacht hat, weitergeführt werden kann. Unter neoliberalen Bedingungen werden Epidemiologen dafür bezahlt, den Dreck wegzumachen. Deshalb beschäftigen sich meine Arbeitsgruppe und ich mit politischer Virologie: Wir untersuchen, wie biologische, soziale und ökonomische Verhältnisse verknüpft sind.

Wie sieht Ihre „Feldtheorie der neoliberalen Krankheitsentstehung“ konkret aus?
 Wir nannten die Schweinegrippe H1N1, die 2009 in Mexiko ausbrach, NAFTA-Grippe, nach dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen. 1994 öffneten Mexiko und die USA die Grenzen für den Warenverkehr, US-Firmen entsorgten Fleisch auf dem mexikanischen Markt. Das zerstörte lokale Ernährungssysteme und trieb die industrialisierte Landwirtschaft voran. So gelangte H1N1 nach Mexiko City, in die USA und von dort in die ganze Welt.
Das Ebola-Makona-Virus, das 2013 in Westafrika ausbrach, nennen Sie neoliberales Ebola. Warum?
 Das Virus selbst war unverändert. Aber wie brachte es das Virus, das sonst ein, zwei Dörfer außer Gefecht setzt – was schlimm genug ist – dazu, 35.000 Menschen zu infizieren und 11.000 zu töten? Guinea, Liberia und Sierra Leone, wo Ebola wütete, gehören zu den Ländern, die Strukturanpassungsprogrammen unterworfen wurden. Die zwangen sie, Ausgaben für das Gesundheitssystem zu senken und Ökosysteme für Konzerne zu öffnen. Komplexe Wälder, in denen gefährliche Pathogene eingeschlossen waren, wurden für Monokulturen plattgemacht, etwa von Palmöl. Die wenigen Wirtstiere der Pathogene, die überleben, gedeihen so bestens. Fledermäuse etwa, die Träger des Ebola-Virus. Sie siedeln auf die industriellen Plantagen um, wo es keine Konkurrenz und keine Fressfeinde gibt, vergrößern die Schnittmenge mit den Menschen und treiben die Übertragungsraten in die Höhe.
Gibt es solche Zusammenhänge auch bei Covid-19?

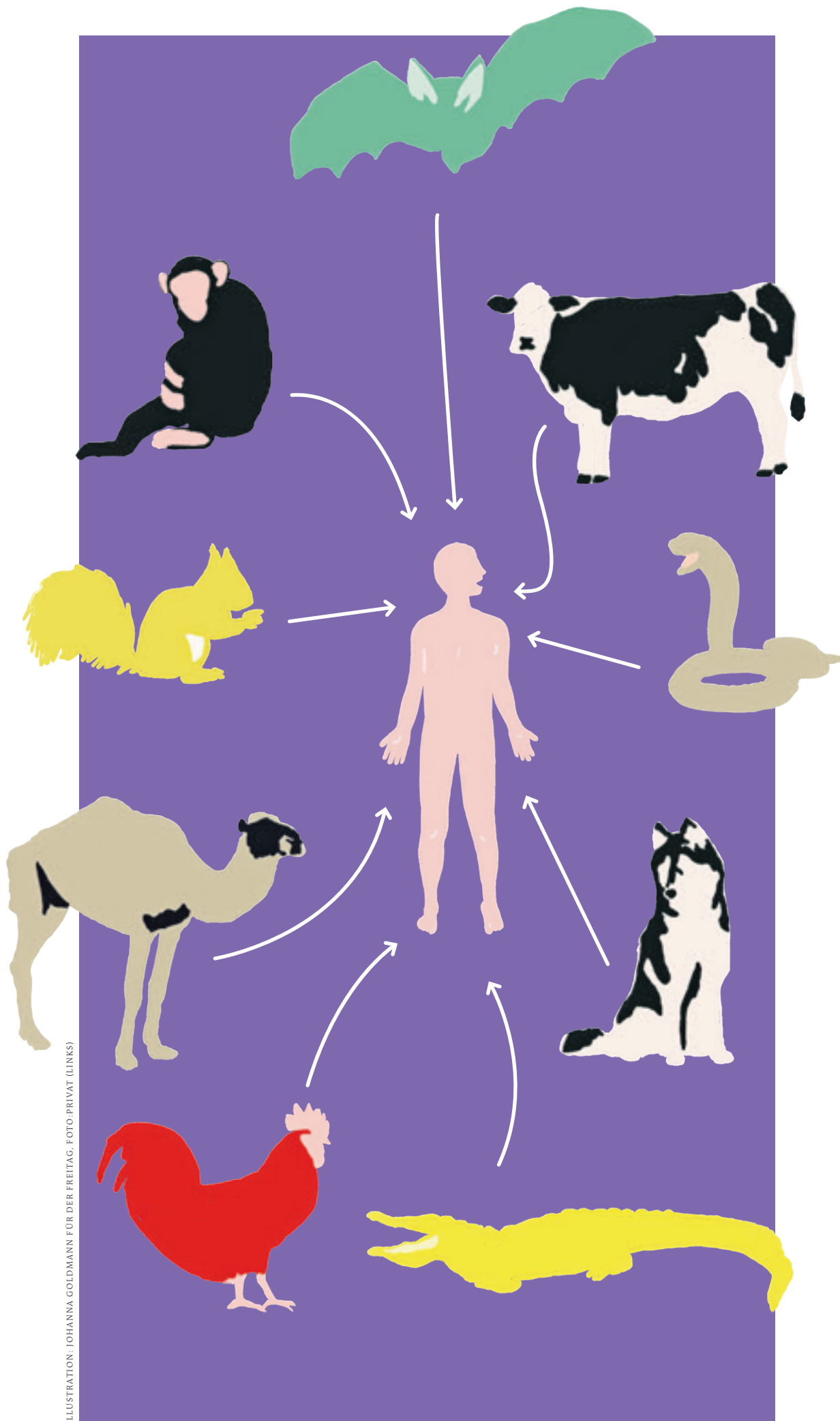


ILLUSTRATION: JOHANNA GOLDMANN FÜR DER FREITAG. FOTO: PRIVAT (LINKS)

„Die Betriebe gehen tief in die Wälder, um letzte Bestände zu plündern“

Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 diversifizierten Investmentfirmen ihre Bestände. Goldman Sachs entdeckte den Agrarsektor und übernahm 60 Prozent der Anteile an Shuanghui Development, einem chinesischen Agrarunternehmen. Das hatte Smithfield Foods gekauft, den weltgrößten Schweinefleischproduzenten aus den USA. Umgekehrt kaufte Goldman Sachs Geflügel- und Schweinefarmen in den Nachbarprovinzen von Wuhan. Dort werden Wildtiere, die für die Stadt gefangen werden, gegen Fledermäuse gedrängt, die SARS-Stämme beherbergen. Die globalen Kapitalökosysteme für Konzerne spielen eine grundlegende Rolle bei der Veränderung der Ökologien, aus denen die SARS-Stämme hervorgingen.

Der Wildtiermarkt in Wuhan, wo der Ursprung des Virus vermutet wurde, wurde auf rassistische Weise auf Essen wie Fledermausuppe reduziert. Welche Rolle spielen diese Märkte wirklich?
 Die Fledermausuppe ist für Faschisten und Liberale ein rassistischer Pawlow'scher Reflex. Das wahre Problem ist, dass sich Wildtiere von der Subsistenznahrung Einheimischer zur industrialisierten Ware entwickelt haben. Sie werden nicht in dunklen Gassen aus LKW's verschertelt – sondern auf dem größten Markt in Wuhan verkauft, an Gourmet-Restaurants. Weil die Massenproduktion von Fleisch sich auf dem Land ausbreitet, gehen Wildfleischbetriebe tiefer in die Wälder, um letzte Bestände zu plündern. Die beiden lukrativen Geschäftsmodelle speisen sich aus denselben Geldquellen.
US-Präsident Trump spricht dennoch vom „China-Virus“ ...
 Trumps Rassismus ist Teil des Pandemie-Theaters. In den USA ist das öffentliche Gesundheitswesen in den vergangenen 40 Jahren weitgehend aufgegeben worden. So wurden wir anfällig für den Covid-19-Ausbruch und haben im reichsten Land der Geschichte 200.000 Tote zu beklagen. Also

schieben die USA die Schuld auf China, China macht es andersherum. Es wird ein Kalter Krieg inszeniert, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Dieses Theater ist ein Ablenkungsmanöver im Sinne der Bourgeoisie. In Wirklichkeit haben wir bei Goldman Sachs gesehen haben, konkurrierende Staaten und das Kapital gemeinsam Wälder ab.
Sie machen auch die Fleischproduktion für den Ausbruch von Pandemien verantwortlich.
 Von der Entwicklung der Nutztiere bis zu Schlachtung und Verkauf ist jeder Schritt darauf ausgerichtet, Mehrwert für die Industrie zu erzeugen. Sie entfernen Immunschranken, die die Übertragung von Krankheiten verlangsamen. Sie erlauben keine natürliche Fortpflanzung und unterbinden die natürliche Selektion. Die enge Haltung zu vieler Tiere schwächt deren Immunsystem. Sie sind nicht mehr Natur, sondern Objekte in einer von uns gebauten Versorgungslinie, fast schon Cyborgs.
Cyborgs?
 Wissen Sie, wie Schweinezüchter vermeiden, dass Erreger von der Sau auf das Ferkel übertragen werden? Mit der sogenannten spezifisch pathogenfreien Produktion.

Sie töten die Mutter und schneiden ihr Gebärmutter samt Fötus aus dem Leib, die Ferkel werden in Inkubatoren aufgezogen. Sie wollen also nicht, dass Krankheitserreger aus ihrem durchökonomisierten Modell ausbrechen. Anstatt das zu ändern, nehmen sie katastrophale Eingriffe vor, um ein Modell zu schützen, das tödliche Krankheiten hervorbringt. Das nennen sie „Biosicherheit“.

„Es geht nur darum, Mehrwert für die Industrie zu erzeugen“

Warum ist das so profitabel?
 Die Kosten werden externalisiert. Konzerne wie Tyson Foods wissen seit Jahrzehnten, dass die Massentierhaltung Krankheiten hervorruft. Also haben sie die Aufzucht an Vertragslandwirte ausgelagert. Die müssen die Ställe nach den Vorgaben des Konzerns bauen, mit Privatkrediten finanzieren sowie Tiere und Futter vom Konzern kaufen. Wenn auf ihren Höfen Krankheiten ausbrechen, tragen sie die Verluste, nicht der Konzern. Als 2015 H5N1 auf Geflügelfarmen in den USA ausbrach, trugen die Bauern die Kosten für die direkt durch das Virus getöteten Vögel, und die Steuerzahler trugen die für die vorsorglich gekeulten.
Naturschutzorganisationen wie der WWF arbeiten mit Agrarkonzernen zusammen, um die Ökosysteme zu schützen. Wie bewerten Sie das?
 Einige NGOs haben im globalen Süden Programme, die von der Agrarindustrie finanziert werden. Dazu gehört das „Land Sparing“: Das Land wird aufgeteilt in Flächen für intensive Landwirtschaft und Schutzgebiete. Indigene und Bäuerinnen werden vertrieben und sind gezwungen, auf den Plantagen zu schuften. Schlimmste neokoloniale Interventionen werden grün gewaschen, die Anpassung an den Status quo nennen sie „Ökopragmatismus“. Landwirte und Verbraucherinnen sind das Ziel dieser Ideologie, die sie davon überzeugen soll, dass die Unternehmen, die den Planeten zerstören, ihn retten werden.
Was müssen wir tun?
 Wir müssen die Nahrungsmittelproduktion und die Aneignung von Natur dem Einfluss des Kapitals entziehen. Wir brauchen eine andere Landwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen schützt. Mit Gemeingütern und agrarökologischen Methoden wie etwa der nachhaltigen Intensivierung, die mit moderner Technik, mehr Vielfalt, aber ohne chemische Inputs höhere Erträge bringt und Biodiversität schützt. Wir müssen als lebende und atmende Kreaturen handeln, die abhängig von allem dem sind, was schön ist und strahlend.

Das Gespräch führte Kathrin Hartmann

Lexikon der Leistungsgesellschaft
Sebastian Friedrich

Freiheit ist immer die Freiheit der Kapitalinteressen

Würde der französische Philosoph Michel Foucault heute noch leben, er hätte viel zu tun, schließlich befasste sich der 1984 verstorbene Franzose immer wieder mit der gesellschaftlichen Regulierung von Krankheiten und Seuchen: Bei der Bekämpfung von Lepra wurden Gesunde von Kranken getrennt, die Kranken sogar vor die Tore der Stadt gesetzt. Während der Pest kontrollierten die Regierenden die Bürger und Grenzen nahezu lückenlos. Bei den Pocken dann stand nicht mehr die erbarmungslose Externalisierung und auch nicht die Disziplinarmacht im Vordergrund, sondern die Kontrolle der Krankheit, ohne sie gänzlich bekämpfen zu wollen. Daten wurden erhoben, Statistiken erstellt und mittels der Impfung ein Umgang mit den Pocken gefunden.

Dieser Umgang mit den Pocken steht, wie der Historiker Philipp Sarasin herausgearbeitet hat, für die heute dominierende Machtform: die liberale Gouvernamentalität. Bei dieser darf die (vermeintliche) Freiheit der Bevölkerung nicht zu sehr eingeschränkt werden, sonst droht die liberale Herrschaft an Bindungskraft zu verlieren. Mischt sie sich zu sehr ein, untergräbt sie sich selbst. Die Disziplinierung von außen verschwindet nicht, wird aber ergänzt durch Selbstdisziplinierung. Und Corona zeigt in diesen Tagen: An kaum einem anderen Ort lässt sich die Selbstdisziplinierung besser beweisen als im Privaten, in der Freizeit.

Die Regierenden präsentieren sich als handlungsfähig, indem sie etwa Sperrstunden anordnen. Gleichzeitig appellieren sie an das Innere und die Moral, sprechen, wie Gesundheitsminister Jens Spahn neulich, von einem „Charaktertest für die Gesellschaft“. Die jungen Leute sollen nicht mehr vor Kiosken und Bars herumlungern. Ob von diesem bescheidenen Freizeitvergnügen eine Gefahr ausgeht, ist umstritten. Das ficht viele in Zeiten der Gouvernamentalität nicht an. So stand am vergangenen Wochenende eine junge Frau im Twitter-Shitstorm, die bei einer ZDF-Straßenumfrage geäußert hatte, dass sie regelmäßiges Feiern vermisste.

Die gouvernementale Moralisierung der Freizeit ist „gesprächswertig“, verhältnismäßig ist sie nicht. Was ist eigentlich mit den kaum noch zählbaren Hotspots in Logistikzentren und Fleischfabriken? Nun darf zwar in einigen Städten ab 23 Uhr kein Alkohol mehr getrunken werden; weiter erlaubt ist es aber, am nächsten Morgen Nase an Nase, wenn auch mit Maske, im voll besetzten Bus zur Arbeit zu fahren. Auch das ist typisch für die gouvernementale Macht: Es geht in erster Linie nicht um die Freiheit der Regierten, sondern um die Freiheit für das Kapital.



So ganz geheuer ist JU-Chef Tilman Kuban der Buzzer nicht, aber Hauptsache, es wirkt jung und digital

Die im Trüben pitchen

Hahnenkampf Bei der Debatte um den CDU-Vorsitz bleiben die Kandidaten zahm

■ Ines Schwerdtner

Nicht nur der Parteitag der CDU wurde im Frühling wegen der Pandemie auf den Winter verschoben, auch die geplante Vorsitzendenwahl pausiert. Lange Zeit hatte man deshalb kaum Wahlkampfpläne von den Kontrahenten Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen gehört – allesamt darum

bemüht, die eigenen Ambitionen während einer Krise nicht in den Vordergrund zu stellen.

Gerade die Junge Union ist es nun, die den Wahlkampf wieder anheizt. Bei ihrem sogenannten „JU-Pitch“ sollten die drei Kandidaten ihre „Zukunftsagenda pitchten“, also ihre Vision der Partei während eines Online-Livestreams vorstellen. Im Anschluss werden über zwei Wochen circa 70.000 der 110.000 Mitglieder der Jugendorganisation über ihren Favoriten abstimmen (ausgenommen sind die Bayern). Etwa 100 von 1.000 Delegierten entsendet die JU zum Parteitag im Dezember, der den neuen Vorsitzenden wählen soll.

Startupisierung der Politik

Das ganze Spektakel erinnerte dabei mehr an die TV-Sendung *The Voice of Germany* als an ein klassisches TV-Duell. Man war sichtlich bemüht, jung und digital zu wirken. Der Vorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, durfte sogar unbeholfen auf einen Buzzer drücken. Wer am Ende seines Pitches kein Alleinstellungsmerkmal vorzuweisen hätte, sollte nicht Vorsitzender werden. Hier konnte man einer Volkspartei dabei zusehen, wie sie die Startupisierung der Politik zelebriert. Das Versicherungsunternehmen Allianz spendete dafür sein Forum am Brandenburger Tor in Berlin als Veranstaltungsort und wurde praktischerweise mit dem Firmenlogo auf dem Rednerpult in Szene gesetzt. Gegen diese digitalen Finessen des 21. Jahrhunderts wirkten die drei Kandidaten wie das, was sie sind: langweilige ältere Herren.

Fernab dieser Inszenierung traten dennoch die Spannungen zutage, die die Partei seit geraumer Zeit beschäftigen. Alle Beteiligten vergewisserten sich stets selbst: „Wir sind die letzte große christdemokratische

Volkspartei Europas.“ Andere europäische Beispiele zeigen nur zu gut, wie schnell es für eine noch so traditionsreiche Volkspartei gehen kann, wenn die Widersprüche sie zerreißen oder neue Gegner auf den Plan treten. Für die CDU kommen diese gleich von zwei Seiten: von den zur bürgerlichen Mitte drängenden Grünen und von der rechten AfD. Sie alle wissen, dass die CDU in der Corona-Krise zwar noch profitieren konnte, der Platz als stärkste Partei aber keinesfalls als sicher gelten kann.

Deutlich wurde das an der Fragerunde zur modernen Volkspartei. Am klarsten blinkte hier Friedrich Merz nach rechts, der von „klaren Ansagen“ sprach und den Osten hervorhob. Dort ist er beliebt, was er bei dieser Runde auch ausspielte. Obwohl er selbst der größte Privatisierer ist, gelingt es ihm, sich als „starker Mann“ zu geben.

Laschet hingegen gab ganz den Versöhner, nach innen wie nach außen. In die Partei hinein war das Zeichen an alle Gruppierungen, dass er sie in den Vorstand integrieren würde: den Mittelstand genau wie die Jugend, die Frauen wie diejenigen, die noch etwas von Sozialpolitik halten. Für Deutschland führt er ganz die Mitte-Linie Merkels weiter, indem er Ost und West, Stadt und Land sowie die Tradition mit der modernen Volkspartei vereinen möchte.

Laschet, Merz und Röttgen tun sich schwer mit klaren Ansagen in der Corona-Krise

Röttgen positionierte sich als Mann mit Weitblick. In den Kategorien des JU-Pitches wäre er der Gewinner, weil er von der großen europäischen Vision und zugleich in wohlgeformten Hashtags sprach. Als nunmehr versierter Außenpolitiker setzte er überraschend auch innenpolitische Akzente, die eine der Moderatorinnen dazu verleitete, ihn als einen „echten tough cookie“ (idiomatisch für „zäher Typ“) bei der inneren Sicherheit zu bezeichnen.

Söder mausert sich vom fränkischen Trump zum künftigen Klimakanzler

Alle drei wollen sich nicht von den Grünen treiben lassen – und tun es doch. Die Frage der Nachhaltigkeit konnten sie nicht umgehen, obwohl nicht eben Leib- und Magen-Thema der Jugendorganisation. Merz, der in Teilen der JU große Unterstützung genießt, warb für einen neuen Generationenvertrag und das Zusammengehen von Ökologie und Ökonomie. Wie ein Mantra trägt er es seit Monaten vor – wohl wissend, dass es nicht reicht, konservativ und neoliberal zu sein, wenn er sich als Kanzler einer möglichen schwarz-grünen Bundesregierung positionieren muss. Paradigmatisch für diese Linie steht sein Slogan, der sofort als Sharepic in den sozialen Medien funktionierte: „Eine ökologische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“.

Die Frage der Werte spielte kaum eine Rolle, was überraschend ist, weil schon jahrelang ein Kulturkampf brodelt um die Frage, was Konservatismus noch bedeutet. Seien es die Thesen Thomas de Maizières über eine Leitkultur (die Friedrich Merz im Jahr 2000 selbst popularisierte), die Ausrufung einer „konservativen Revolution“ durch Alexander Dobrindt (CSU) oder die Entstehung einer „Werteunion“ innerhalb der CDU als nicht offizieller Flügel: Alle Versuche eint der Wunsch, den Kern des Konservativen ins 21. Jahrhundert zu retten. Davon ist angesichts der Bewältigung der Corona-Krise wenig zu hören. Man streitet eher über den Föderalismus oder die Ausstattung der Schulen. Einen modernen und nach rechts wie zu Grün hin offenen Konservatismus, wie ihn etwa Sebastian Kurz in Österreich pflegt, vermag keiner der Kontrahenten zu repräsentieren.

Zumal es ja noch Figuren gibt, die bei dem JU-Pitch zwar nicht körperlich anwesend, im Geiste aber allen Beteiligten stets präsent waren: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Sie sind es, die während der Pandemie erst so richtig an Kontur gewannen. Zwar nicht ohne Pannen in der Bewältigung, aber doch auf eine staatstragende und gleichzeitig vielen sympathisch erscheinende Weise. Spahn, der ohnehin nach Höherem strebt, wurde schon vor der JU-Veranstaltung von Tilman Kuban als einer gelobt, der noch eine wichtige Rolle in der Partei spielen würde. Er hielt sich bisher, obwohl offiziell im Team mit Armin Laschet, bei der Vorsitzendenwahl zurück. Vermutlich, weil er es in der aktuellen Krise nicht gerade eilig hat.

Für Söder und die CSU indes geht es ums Ganze. Sollte man Bayern verlassen und der Schwesterpartei gerade in einer Umbruchphase einen eigenen Kanzlerkandidaten vor den Latz knallen und damit den neuen Vorsitzenden von Beginn an diskreditieren? Dafür gibt es wiederum keinen besseren Moment, da Söder seine Transformation vom fränkischen Trump hin zum zukünftigen Klimakanzler vollzogen hat. Eine Mehrheit der Bundesbürger hält ihn für einen geeigneten Kanzlerkandidaten. Das könnte mit Röttgen zu machen sein, mit Laschet/Spahn schon weniger und mit Merz auf keinen Fall. Die Entscheidung über den Parteivorsitz ist somit implizit auch eine für einen Kanzlerkandidaten.

Und zuletzt die große Abwesende. Die Frau, die in den vergangenen 16 Jahren in verschiedenen Koalitionen regierte und diverse Krisen als Chefin durchlebte. Ihr Alleinstellungsmerkmal lautete stets: „Sie kennen mich.“ Nun, wie wir sie kennen, wird sie sich eine Strategie für einen Übergang zurechtgelegt haben.

ANZEIGE

Über Hedgefonds, Leerverkäufe und Schattenbanken:
Ein Nachschlagewerk zum gegenwärtigen Finanzsystem.

WOLFF OF WALL STREET
Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem

ISBN 978-3-85371-474-4, br., 192 Seiten, 19,90 Euro
E-Book: ISBN 978-3-85371-882-7, 15,99

PROMEDIA

www.mediashop.at

Die richtigen Fragen stellen

Lehr-Reform Wie sich die Schulen verändern müssen, um den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie begegnen zu können

■ Karl-Heinz Heinemann

Die Kids sind wieder in der Schule, es wird wieder ordentlich gelernt, für die nächste Prüfung, das Abitur. Der Stoff wird nachgeholt, in Deutsch, Englisch, Mathematik. Das ist die Hauptsache. Für die genervten Eltern und die KultusministerInnen. Musik wird sowieso gestrichen, wegen der Verbreitung der Aerosole und wegen der nötigen Konzentration auf das Wesentliche. Und plötzlich ist auch keine Rede mehr von jenen Kompetenzen, mit deren Definition in Rahmenlehrplänen man Lehrkräfte und KultusbeamtInnen jahrelang beschäftigt hat. Jetzt zeigt sich, worauf es offenbar ankommt: auf Prüfungen, auf abfragbares Wissen, Noten und Abschlüsse.

Ein Jahr versäumter Unterricht führt angeblich zu einem Einkommensverlust von zehn Prozent über die gesamte Lebensarbeitszeit, rechnet der Münchner Bildungsökonom Ludger Wößmann den erschreckten Eltern vor. Die hatten damals ja noch ordentlichen Unterricht, und darum können sie unschwer ausrechnen: Drei Monate Lockdown, das sind 2,5 Prozent weniger Geld im Leben!

Die SchülerInnen kamen nicht wegen des drohenden Einkommensverlustes gern wieder zurück in die Schule. Auch nicht, um den Stoff für die Prüfungen nachzuholen. Das ging teilweise auch von zu Hause aus. Manche haben im Schneidersitz auf der heimischen Couch oder – wenn sie denn eins hatten – im eigenen Zimmer durchaus konzentriert lernen können. Lernen ist nicht an einen Raum und einen vorgegebenen 45-Minuten-Rhythmus gebunden. Aber den SchülerInnen fehlte das Zusammensein mit den anderen, deren Rückmeldung und Unterstützung, ja, auch die Auseinandersetzung mit ihren LehrerInnen.

Kinder, bei denen zu Hause genügend Computer herumstehen, bei denen es WLAN gibt, bei denen Eltern und Geschwister Vorbilder dafür sind, wie man digital arbeiten kann, haben in der Lockdown-Zeit nicht viel versäumt. Manche, nicht nur die sozial Privilegierten, haben in ihrer Umgebung vielleicht auch AnsprechpartnerInnen gehabt, die ein wenig die sozialen Kontakte zu LehrerInnen und MitschülerInnen ersetzen konnten.

„Stoff“ hatten die meisten von ihnen auch während des Lockdowns bekommen: Arbeitsblätter, Aufgaben, damit sie die nächsten Prüfungen schaffen. Nur wenige LehrerInnen hatten den Mut und auch die Kenntnisse dafür, die Möglichkeiten des Internets für intelligente und fantasievolle Aufträge zur Recherche zu nutzen, kollaboratives Schreiben anzubieten, Lehrfilme oder Projektarbeiten in Auftrag zu geben, die jenseits des geforderten lehrplange-rechten Stoffs lagen. Lernmöglichkeiten im Internet und am Computer also, die es in der Schulklasse ohne digitale Medien so nicht gibt.

Lernen, reden, streiten

LehrerInnen und SchülerInnen haben die Möglichkeiten und Grenzen von digitalisiertem und individualisiertem Arbeiten erfahren. Man kann mit Distanz-Lernen etwas lernen, aber Bildung, die einen Menschen verändert, ist ein sozialer Prozess, der ein Gegenüber braucht. Es braucht jemanden, mit dem man über Gelerntes reden und streiten kann. Das ist es, was SchülerInnen im Lockdown gefehlt hat, neben dem ganz alltäglichen Gequatsche und Gekabbele, das zum Menschsein dazugehört.

Während den SchülerInnen Schule als sozialer Ort fehlte, geht es im öffentlichen Diskurs nur darum, dass die Defizite in der Digitalisierung aufgearbeitet werden müssten. 500 Millionen Euro werden für digitale Endgeräte bereitgestellt. Das wären keine 50 Euro für jede/-n der ca. elf Millionen SchülerInnen. Oder 250 Euro, wenn man von einem Fünftel „armer“ SchülerInnen ausgeht. 500 Millionen Euro sollen auch für dienstliches „Endgerät“ für



In Corona-Zeiten sind flexible Formen des Lernens gefragt. Der Umzug in die Turnhalle reicht da nicht aus

die rund 800.000 LehrerInnen bereitgestellt werden. Fragt sich, ob die das wirklich brauchen, weil sie in der Regel natürlich einen Laptop zu Hause stehen haben, und wie kaputtgesparte Kommunen die Anschaffung und Administration der Geräte schultern sollen – von der ökologischen Fragwürdigkeit dieser Mammutanschaffung ganz zu schweigen.

Nach dem Lockdown wäre es an der Zeit, neu darüber nachzudenken, welche gesellschaftliche Rolle die Schule spielen soll und wie Bildung und Lernen in diesem Zusammenhang organisiert sein sollten. Warum können aus der Not geborene Interventionen (keine Klassenwiederholung und freundlicher Umgang mit Noten) nicht als Chance dafür gesehen werden, Schule neu zu denken? Wenn SchülerInnen zu Hause auch lernen können, wenn sie sich selbstständig zu kleinen Lerngruppen zusammenfinden können – warum können wir das nicht ausbauen? Weshalb sollten wir nicht flexiblere Formen des Lernens zulassen als den Klassenverband auf der einen Seite, der ja auch in seiner überdimensionierten Größe hygienische Probleme aufwirft, und das Distanzlernen auf der anderen Seite? Es ist an der Zeit, Schulen zu offenen Lernräumen zu machen, in denen SchülerInnen an wichtigen Themen ungebunden und in Gruppen arbeiten können. In der Lockdown-Zeit haben einige Schulen gute Erfahrungen mit LernbegleiterInnen gemacht. Lehramtsstudierende, die einzelne SchülerInnen unterstützt haben und als GesprächspartnerInnen auch für die Eltern zur Verfügung standen. Dies ermöglichte kleinere Gruppen.

Zurzeit fehlt es noch an geeigneten Räumen und an Personal. Die Schulen brauchen mehr und flexiblere Räume, auch Freiräume, pädagogische Freiheit. Alte gewerkschaftliche Forderungen also. Nun hatte man von der Gewerkschaft Erzie-

hung und Wissenschaft (GEW) recht lange nichts anderes gehört als die Forderung nach dem Schutz ihrer Risikogruppen, die Forderung nach Mundschutz und Abstand. Vorschläge, wie sich Schule verändern müsste – auch unter dem Gesichtspunkt einer Pandemie, die uns begleiten wird –, wie das Recht auf Bildung gesichert werden könnte, waren erst einmal nicht wahrzunehmen. Dabei war die GEW mal so etwas wie die Speerspitze der Bildungsreform. Dass sie sich nun zunächst auf die rein gewerkschaftliche Interessenvertretung zurückzog, stieß bei Eltern, SchülerInnen und der eigenen Klientel auf Unverständnis.

Die Pandemie aufarbeiten

Nun hat die Gewerkschaft doch noch die Kurve genommen. Anfang Oktober meldete sich das Bündnis „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“. Es fordert die Umwandlung „in ein inklusives Schulsystem ohne äußere Gliederung und Auslese“. Denn jene Schulen, „die sich als Orte für selbstständiges und gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen verstehen und eine partizipative und inklusive Schulkultur entwickeln“, hätten die Folgen des Corona-Ausnahmestands besser auffangen können. Federführend in diesem Bündnis vieler Schulverbände ist Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied und zuständig für Schulpolitik.

Unzählige Menschen machen in der Pandemie existenzielle Erfahrungen. Das Leben verändert sich – und die Werte gleich mit. Besonders hart waren Kinder und Jugendliche betroffen. Werden diese Erfahrungen in der Schule thematisiert und aufgearbeitet? Mein Eindruck ist: Nein. Es muss ja so viel Stoff im Unterricht nachgeholt werden. Dabei gäbe es jetzt so viel zu besprechen, wenn die Schule ihrer Aufgabe nachkommen wollte, aus den SchülerInnen mündige, selbstbewusste und kritische BürgerInnen zu machen. Das fängt an bei der Veränderung unseres Umgangs miteinander und hört auf bei der Diskussion um den Abbau demokratischer Rechte.

Außerdem geht es auch darum, zu verstehen und weiter zu lernen, wie wir mit der Pandemie umgehen können. Bedeutsame Fragen müssen in der Schule diskutiert werden, denn Corona wird nicht so schnell wieder verschwinden: Welche Maßnahmen sind wirksam, welche nicht?

Welche müssen wo gelten? Welche Messzahlen sind überhaupt aussagekräftig in Bezug auf die Ansteckungsgefahr und eine gesundheitliche Bedrohung? Muss man nicht abwägen zwischen epidemiologisch begründeten Einschränkungen und BürgerInnen-Rechten? Ist es nicht notwendig und legitim, nach konkreten Begründungen zu fragen?

Die Schule muss ein Ort werden, der die Defizite im gesellschaftlichen Corona-Dis-

kurs ausgleicht, an dem Maßnahmen hinterfragt und Erfahrungen thematisiert werden. Das wäre auch ein Beitrag dazu, unsinnigen Verschwörungstheorien das Wasser abzugraben. Die Fokussierung auf die Digitalisierung greift da zu kurz.

Karl-Heinz Heinemann ist Bildungsjournalist und Koordinator des Gesprächskreises Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung

FOTO: FELIX KASTLE/DPA

ANZEIGE

»Ich habe es sehr schnell gelesen. Und es war sehr langweilig.«

DONALD TRUMP

Trump im Visier der Journalistenlegende: Ein Präsident zwischen Corona und Wirtschaftskrise, zwischen unbeirrbar Anhängern und neuem Widerstand.

»Wut« zeigt mit Trumps eigenen Worten einen Präsidenten, der das öffentliche Vertrauen und die grundlegenden Verantwortungen seines Amts verrät. **CNN**

freitag.de Buch der Woche

WUT
BOB WOODWARD

Ü.: Henriette Zeltner-Shane, Thomas Gunkel, Monika Köpfer, u. a. 550 Seiten Gebunden. Auch als E-Book hanser-literaturverlage.de

HANSER
BÜCHER DER
SECHS

Amerikas Albtraum Egal, wer die Wahl gewinnt: Der Niedergang der USA ist nicht mehr aufzuhalten

Abstieg auf Raten

USA I Den wenigen Reichen geht es gut, den Armen immer schlechter. An diesem Zustand wird auch der nächste Präsident nicht viel ändern können

■ **Lotta Suter**

Anfang des Jahres beklagte sich Präsident Donald Trump beim Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos lautstark über die „unfairen Regeln“ der Welthandelsorganisation WTO, durch die Schwellenländer wie China und Indien zwar als Entwicklungsländer eingestuft werden, nicht aber die USA. „Wir sind ebenfalls ein Entwicklungsland“, sagte er trotz, „wenn sie es sind, sind wir das auch“.

Trump ahnte damals kaum, wie recht er damit hatte. Zwar sind die USA die größte Volkswirtschaft der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist hoch. Das Vermögen der über 600 US-Milliardäre nimmt ständig zu. Aber andererseits erhält fast die Hälfte aller Werktätigen keine existenzsichernden Löhne. In den USA lebten schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie viele Menschen wie in Entwicklungsländern: ohne sauberes Wasser, ohne sanitäre Einrichtungen und ohne die Gewissheit, am nächsten Tag noch ein Dach über dem Kopf zu haben.

Wer chronisch Not leidet, wer durch Krankheit, Armut oder andere widrige Lebensumstände belastet ist, wer sich also bereits in einer Ausnahme-situation befindet, den trifft eine Katastrophe wie der Corona-Ausbruch besonders hart. Wenige Wochen nach Beginn der Pandemie fehlte Millionen von US-AmerikanerInnen bereits das Nötigste zum Überleben. Die Essensausgabestellen, sogenannte *food banks*, waren vom Ansturm hungriger Familien überwältigt. Wer noch einen Job hatte, ging auch hustend zur Arbeit, weil es in den USA keine gesetzlich garantierten und damit bezahlten Krankheitsstage gibt. Tausende starben deshalb am Covid-19-Virus, weil ihr lokales Gesundheitssystem zusammenbrach. „Es ist wie in einem Drittweltland. Das soziale Netz des Staates funktioniert nicht“, bewertete der US-Ökonom Joseph Stiglitz Ende April die Situation.

Sogar das Essen fehlt

Man könnte meinen, dass ein Krankheits-erregere, der alle treffen kann – sogar den Präsidenten der USA –, die sozialen Spannungen eigentlich nicht verschärft. Doch das Gegenteil ist der Fall: Das Virus hat die soziale Ungleichheit noch verstärkt. Während die US-Wirtschaft im Sommer den größten Einbruch seit den 1940er Jahren erlitt, verzeichneten Tech-Firmen wie Amazon, Facebook und Google Rekordgewinne. Amazon-Chef Jeff Bezos konnte sein Vermögen um ein Drittel vermehren. Er besitzt jetzt als erste Privatperson über 200 Milliarden Dollar.

Auf der anderen Seite sind in den USA Millionen Menschen neu unter das Existenzminimum gerutscht. Besonders schnell nimmt die Armut bei People of Color zu. Denn sie arbeiten überdurchschnittlich oft in Sektoren, die man nicht via Telekommunikation erledigen kann, sondern vor Ort ausüben muss. Diese Jobs sind von der Corona-Krise stark betroffen. Von denjenigen Angestellten, die pandemiebedingt ihre Stelle verloren haben, können 40 Prozent höchstens einen Monat von ihrem Ersparnen leben.

Etwas ein Viertel der Bevölkerung ist auf Nahrungshilfen von staatlicher, aber auch privater Seite angewiesen. Schon vor der Corona-Krise wurden in den USA jeden Tag rund 30 Millionen Gratsmahlzeiten an knapp die Hälfte aller SchülerInnen und Schüler an den öffentlichen Schulen ausgegeben. Für ein Drittel aller Erwachsenen ist es schwierig, die monatlichen Ausgaben für die Haushaltsführung aufzubringen. Viele US-AmerikanerInnen sind deshalb mit ihren Rechnungen im Verzug und schreiben Bittbriefe an die Vermieter ihrer Wohnung, an die Elektrizitätsunternehmen, an die private Wasserversorgung: Man möge ihnen bitte nicht den Strom und das Wasser abstellen oder sie miten in der Pandemie aus der Wohnung werfen. In manchen Fällen wird ein Aufschub der Schulden gewährt – aber fast nie eine Entschuldung.

Im Frühsommer, auf dem ersten Höhepunkt der Krise, hatte der US-Kongress ein relativ großzügiges Hilfspaket von rund drei Billionen Dollar beschlossen. Doch das Geld ist längst ausgegeben. Die dazugehörigen Programme, etwa Krisenzulagen zum ohnehin minimalen Arbeitslosengeld oder ein Kündigungsschutz für zahlungsunfähige MieterInnen, sind abgelaufen. Aber die Krise ist immer noch da. Und mit ihr die Ungewissheit für die sozial Benachteiligten.

In 48 von 50 US-Bundesstaaten steigen zurzeit die Zahlen der Infizierten, der Hospitalisierten und auch der Corona-Toten. Zu Beginn des neuen Schuljahres Anfang September haben 1,1 Millionen Werktätige den US-Arbeitsmarkt verlassen, 800.000 davon waren Frauen. Daheim geblieben

Corona wirkt wie ein Beschleuniger von krasser sozialer Ungerechtigkeit

sind vor allem Mütter, die während der Corona-Krise nicht mehr durch die in den USA übliche Tagesschule oder die Kindertagesstätte entlastet werden. Die weibliche Erwerbstätigkeitsquote ist heute so niedrig wie vor 40 Jahren. Dieser Rückzug aus der Erwerbsarbeit wird langfristige Folgen für die Gleichberechtigung der Geschlechter und der ethnischen Minderheiten haben.

In der letzten großen Rezession während der Finanzkrise von 2008 verloren sowohl Wall-Street-Banker als auch Angestellte im Dienstleistungssektor ihren Job, was die geringer Verdienenden ohne finanzielle Reserven natürlich am härtesten traf. 2020 ist die Lage jedoch noch viel schlimmer. Auf dem bisherigen Höhepunkt der Krise im Juli verloren achtmal mehr Arbeitende in Niedriglohnssektoren ihre Stelle als SpitzenverdienerInnen. Am Ende des Sommers hatten sich die Schreibtischjobs, die Aktienkurse und die Immobilienwerte bereits wieder gut erholt. Schwarze Frauen hingegen konnten bisher nur ein Drittel der seit Frühjahr verlorenen Stellen zurückgewinnen. Wirtschaftsexperten sagen, dass viele Niedriglohnjobs für immer wegrationalisiert sind. Im Allgemeinen hat die Corona-Rezession diejenigen mit mittleren bis guten Einkommen nur leicht gestreift, die unten aber so schwer getroffen wie keine andere Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Das Coronavirus wirkt in den USA als Beschleuniger von sozialer Ungerechtigkeit.

Zu Beginn der Corona-Krise zeichnete der Publizist Indi Samarajiva, der in einer US-amerikanischen Vorstadt aufgewachsen ist und heute in Colombo in Sri Lanka lebt, eine fast schon prophetische Weltgesundheitskarte. Grün waren die Länder mit allgemein guter Gesundheitsvorsorge. Blau die mit einem allgemein zugänglichen, aber mangelhaften System. Gefährlich rot markierte er Länder mit einer profitorientierten medizinischen Versorgung, die sich nur Reiche leisten können. Gesundheitspolitisch seien die USA näher bei Subsahara-Afrika als bei Norwegen, schrieb Samarajiva: „Das Gesundheitswesen ist die neue Weltordnung, und die AmerikanerInnen leben nun in der Dritten Welt.“

Diese dramatische Entwicklung hat sich bereits in den 1970er Jahren angebahnt. Damals wurde der „Krieg gegen die Armut“ des demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson durch den „Krieg gegen die Drogen“ des republikanischen Nachfolgers Richard Nixon abgelöst. Dies war die Wende von der Great Society, von progressiven sozialen Reformen, die den New Deal der 1930er Jahre von Franklin Roosevelt fortsetzen wollten, zum egoistischen Individualismus des freien Marktes. Von Anfang an stand der Multimilliardär Charles Koch an

vorderster Front im Kampf gegen staatliche Institutionen, Umweltsetze, Sozialhilfe und ähnliche Behinderungen des schrankenlosen Kapitalismus. Und er ist bis heute mit dabei. Seit der Wahl von Donald Trump unterstützt Koch tatkräftig die konservative Agenda, insbesondere die Neubesetzung des Obersten Gerichtshofs mit Figuren wie Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh. Auch die neueste Kandidatin, die ultrakonservative Amy Coney Barrett, hat seine volle Unterstützung. Der Oberste Gerichtshof mit seinen RichterInnen auf Lebenszeit spielt eine wichtige Rolle bei der Deregulierung und rechtslibertären Neuorientierung des Landes.

2008 beschrieb der US-Ökonom James Galbraith das neoliberale Kernanliegen in seinem Buch *Der geplünderte Staat* so: Ziel der Konservativen in den USA sei es nicht, den freien

Markt gegen den Staat auszuspielen, es gehe ihnen vielmehr darum, „die vorhandenen Strukturen der staatlichen Macht – die Institutionen, die während des New Deal geschaffen worden waren – in eine Maschine zur privaten Vermögensanhäufung und Machtsicherung zu verwandeln“.

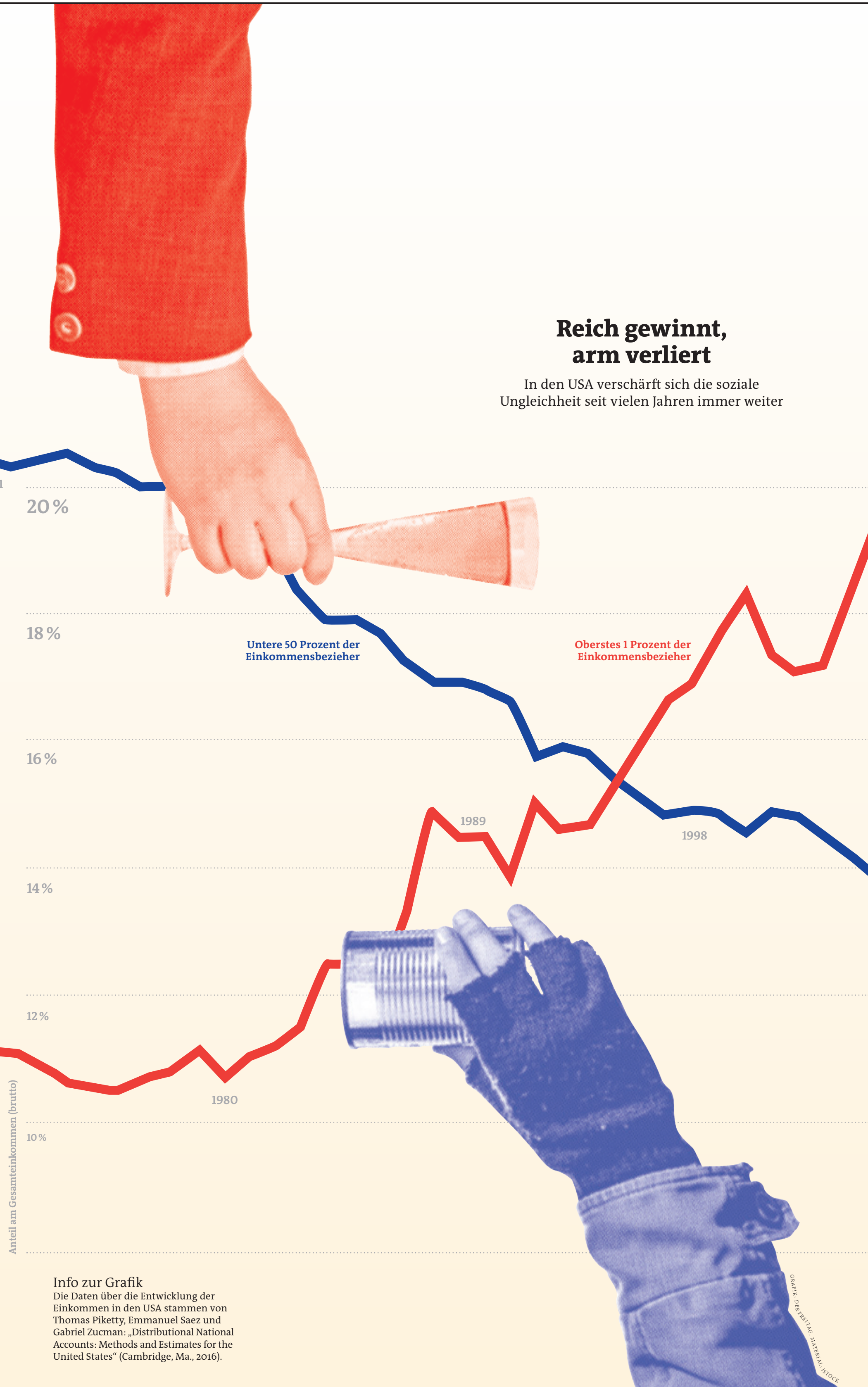
Zehn Jahre später stellte ein anderer Wirtschaftswissenschaftler, der emeritierte MIT-Professor Peter Temin, fest, dass die USA nicht mehr ein Land sind, sondern zwei Länder mit ganz unterschiedlichen Ressourcen, Erwartungen und Entwicklungen. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung leben im Wachstumssektor von Finanzen, Technologie und Elektronik. Diese gut gebildeten, sozial abgesicherten Leute haben Pläne für die Zukunft und beeinflussen die Politik. Nur selten kommen sie mit den 80 Prozent des Niedriglohnssektors in Kontakt, die mit Unsicherheit und Schulden leben, früher sterben und vollauf mit dem Überleben in der Gegenwart beschäftigt sind.

Temin kommt in seinem Buch *The Vanishing Middle Class: Prejudice and Power in a Dual Economy* zu dem Schluss, dass die USA, eines der reichsten Länder der Welt, mittlerweile die wirtschaftlichen und politischen Strukturen eines Entwicklungslandes aufweisen. Nicht nur die Brücken und Straßen seien am Zerfallen. Die Ähnlichkeit gehe tiefer. Temin bezeichnet die US-amerikanischen Verhältnisse als Dualwirtschaft.

Mit diesem Modell hatte der Ökonom Arthur Lewis schon in den 1950er Jahren die Gleichzeitigkeit von gesellschaftlicher Unterentwicklung und

sektorialem Wachstum in Entwicklungsländern untersucht. Temin zufolge treffen die Hauptpunkte auch auf die USA zu: Der Niedriglohnsektor hat wenig Einfluss auf die Politik. Der Hochlohnsektor will die Löhne in allen anderen Wirtschaftszweigen niedrig halten, um billige Arbeitskräfte rekrutieren zu können. Soziale Kontrolle wird in der dualen Wirtschaft eingesetzt, um den Niedriglohnsektor zu befrieden. Die USA tun das mit massenhaften und langen Freiheitsstrafen und – angesichts der „Black Lives Matter“-Proteste besonders aktuell – mit Polizeigewalt gegen all jene, die darauf bestehen, dass alle Menschen gleiche Rechte haben. Politische Entscheidungen haben weite Teile der USA zu einem Entwicklungsland gemacht. Politische Entscheidungen braucht es, um den Prozess rückgängig zu machen. Die Wahlergebnisse vom 3. November könnten ein erster Schritt zur Korrektur einer jahrzehntelangen Fehlentwicklung sein.

Lotta Suter ist Mitbegründerin der Schweizer Wochenzeitung WOZ. Sie lebt seit 1997 als Korrespondentin in den USA



Info zur Grafik

Die Daten über die Entwicklung der Einkommen in den USA stammen von Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman: „Distributional National Accounts: Methods and Estimates for the United States“ (Cambridge, Ma., 2016).

Reich gewinnt, arm verliert

In den USA verschärft sich die soziale Ungleichheit seit vielen Jahren immer weiter

Keine Zeit, den Mut zu verlieren

USA II Um das vielleicht wahlentscheidende Pennsylvania zu gewinnen, brauchen die Demokraten die Stimmen der Latino-Community

■ **Nina Lakhani**

Carlos Ivan Robles will im November zum ersten Mal wählen. Er wird es tun, weil sein Leben davon abhängt. Robles, ein 51-jähriger Puerto-Ricaner, seit drei Jahrzehnten im Osten des Staates Pennsylvania zu Hause, hatte 2014 einen Schlaganfall. Er braucht die Krankenversicherung ObamaCare für eine Therapie, die er sich sonst nicht

leisten könnte. „Ich habe mich noch nie registrieren lassen, es hat mich nicht interessiert, aber wir müssen Trump loswerden. Ohne ObamaCare könnte ich meine Medikamente nicht bezahlen“, sagt Robles, der früher als Autolackierer gearbeitet hat.

Nicht nur ihm sitzt die Angst um eine sichere Gesundheitsversorgung im Nacken, laut Umfrage des Pew Research Center ist das ein zentrales Wahlthema für drei Viertel der Latino-Wähler, der am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe in den USA.

Donald Trump hat wiederholt angedroht, den Affordable Care Act seines Vorgängers rückgängig zu machen, der durch Medicaid die medizinische Fürsorge für Amerikaner mit niedrigem Einkommen verankert. Das Gesetz garantiert gut 129 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter, die ersten Vorerkrankungen wie Diabetes, Krebs und Asthma ausgesetzt sind, eine Behandlung ohne Ausschlusskriterien. Trumps Drohung, das zu ändern, könnten Taten folgen, wenn die Republikaner die konservative Richterin Amy Coney Barrett für den Supreme Court durchsetzen. „Aber was

kann ich dagegen tun? Nichts! Wählen ist alles, was mir bleibt“, meint Robles, während er sich außerhalb eines Gesundheitszentrums in New York zum Online-Wählen registriert.

2016 siegte Donald Trump in Pennsylvania. Er war der erste Republikaner, der in diesem „blue wall state“ (bis dahin fest in der Hand der Demokraten) mit 44,292 Stimmen Vorsprung bei mehr als sechs Millionen Wählern gewinnen konnte. Vor vier Jahren nahmen 57 Prozent der Latino-Wähler ihr Stimmrecht wahr. 22 Prozent davon entschieden sich für Trump, weniger als im landesweiten Durchschnitt, aber genug, um ihm 20 wertvolle Wahlmännerstimmen zu beschern.

Gegenwärtig liegt Joe Biden laut Umfragen in Pennsylvania vorn. Die Analysten sind sich einig, dass dieser Bundesstaat gewonnen werden muss, wollen die Demokraten ihren Mann ins Weiße Haus lotsen. Die rasch wachsenden Latino-Communities könnten dabei eine entscheidende Rolle spielen – wenn sie wählen. „Der Weg zum Sieg führt über nichtweiße Gemeinschaften. Die Stimmen der Latinos sind eine Macht, die genutzt werden muss, um diesen Staat zu holen. Zu lange wurde das größtenteils ignoriert, Bidens Kampagne nahm das Votum der Latinos nicht ernst. Es wurde wenig getan, um sie zu erreichen“, bedauert Maegan Llerena, die einer Non-Profit-Gruppe für soziale Gerechtigkeit, „Make the Road Action“, in Pennsylvania vorsteht.

Zwar neigen die Latinos tendenziell den Demokraten zu, doch sie wählen keineswegs als Block. Größe und Diversität dieser Klientel bedeuten daher, dass sie in den „swing states“ von Florida bis Pennsylvania der Schlüssel zum Erfolg sein können. Dennoch ergab eine Erhebung Anfang September, dass fast 60 Prozent der registrierten Latino-Wähler in den USA weder von einem Kandidaten noch von einer politischen Partei kontaktiert wurden. Dabei sind 32 Millionen Latinos wahlberechtigt, was sie zur größten nichtweißen Wählergruppe macht.

Nach dem Community-Zensus von 2017 haben in Pennsylvania nur 52 Prozent der 875.000 Latinos das Wahlrecht, was unter anderem damit zu erklären ist, dass viele keine US-Staatsbürgerschaft besitzen. Anfang 2020 seien zudem 274.000 und damit 60 Prozent der potenziellen Latino-Wähler nicht registriert gewesen, heißt es bei CASA, einer Graswurzel-Gruppe für Migranten aus Lateinamerika. Da so viel auf dem Spiel steht, touren Aktivisten von CASA und „Make the Road“ durch die 67 Countys von Pennsylvania. Sie versuchen, vor Ort Wähler zu animieren, sich registrieren zu lassen und das Gewicht der nichtweißen Community zu erhöhen.

Viele haben Angst, dass ihre Stimme nicht gezählt wird

Unter den Latinos in Pennsylvania waren die Sympathien für Bernie Sanders groß. Was sie jetzt antreibt, die Demokraten zu

wählen, ist weniger die Begeisterung für Biden als der Wunsch, Trump nach Hause zu schicken. In Kennett Square, einem malerischen Ortchen in Chester County, verbindet sich das mit der Hoffnung auf eine Reform des Einwanderungsrechts. 45 Prozent der etwa 6.000 Einwohner hier sind Latinos, darunter nicht wenige mit beschränktem Aufenthaltsrecht oder Einwanderer ohne Papiere, die nicht auffallen, schon gar nicht wählen dürfen. Vor den Speiseepiz-Farmen von Kennett Square werden aus Food Trucks Tacos, Tortillas und Quesadillas verkauft, weil die meisten Arbeitsmigranten aus Mexiko kommen, doch wächst zugleich die Zahl derer, die aus Guatemala, Honduras, Venezuela und Kolumbien stammen.

Die 19-jährige Keyri ist US-Staatsbürgerin, versteht sich als „Mexikanerin mit Rechten“ und ist begierig darauf, das erste Mal zu wählen. „Ich möchte damit für die Rechte der Einwanderer kämpfen. Es muss aufhören, dass Leute wie meine Mutter ständig in Furcht leben. Sie arbeitet für die Pilzfarmen und zahlt ihre Steuern, aber sie hat keinerlei Rechte.“ Seit 20 Jahren dauern die Schichten der Mutter von drei Uhr morgens bis fünf Uhr am Nachmittag. Den Rest der Zeit verbringt sie zu Hause, aus Angst, von der U.S. Immigration and Customs Enforcement Agency (ICE) festgenommen und von ihren Kindern getrennt zu werden.

Das Team vor dem Supermarkt kann in sechs Stunden 45 Leute registrieren – Erstwähler und Leute, die seit 2016 nach Pennsylvania gezogen sind. Viele waren zu beschäftigt, desinteressiert oder wegen ihres Einwanderungsstatus nicht wahlberechtigt. „Es war trotzdem ein gu-

ter Tag, aber es macht mir Sorge, wie wenig Zeit wir noch haben. Das Schwierigste besteht darin, die Leute davon zu überzeugen, dass ihre Stimme zählt und dass sie gezählt wird“, sagt CASA-Organisatorin Mirna Gonzalez. Wegen der Corona-Risiken sind die Teams zur Wählerregistrierung erst seit September unterwegs. Andere Mobilisierungskampagnen entfallen ganz, etwa von Tür zu Tür zu gehen oder größere Meetings abzuhalten. Auch ist es schwierig, genug Helfer zu finden. Vor der Pandemie hatte CASA gehofft, mindestens 7.000 Wähler zu registrieren – derzeit sind es 1.100.

Kein Vertrauen in Briefwahl

Weil jede Stimme zählt, bleibt keine Zeit, den Mut zu verlieren, sagt die 49-jährige Helferin Elena Aguilar, eine Immobilienmaklerin, die aus El Salvador stammt und einen temporär geschützten Aufenthaltsstatus (TPS) besitzt. Sie profitiert von einem Einwanderungsprogramm, dem Trump ein Ende setzen will. „Ich mache diese Arbeit, damit Leute, die wählen können, für mich und all jene wählen gehen, die sich in dieser Lage befinden. Aber die Leute haben Angst, dass ihre Stimme gar nicht gezählt wird. Trump ist außer Kontrolle, er ist ein Diktator und sollte sich schämen.“

Wie viele andere auch will die 42-jährige Astrid Russolillo aus Puerto Rico selbst abstimmen gehen, weil sie der Briefwahl nicht vertraut – trotz einer Vorerkrankung, die sie bei einer Covid-19-Infektion besonders gefährdet. „Die Diskriminierungen müssen aufhören. Wir sind alle Menschen und sollten mit dem gleichen Respekt behandelt werden. Viele Latinos werden diesmal wählen. Uns ängstigt nicht das Virus, sondern ein nochmaliger Sieg von Donald Trump. Das würde uns umbringen.“

Unter den Latinos in Pennsylvania waren die Sympathien für Bernie Sanders groß. Was sie jetzt antreibt, die Demokraten zu

wählen, ist weniger die Begeisterung für Biden als der Wunsch, Trump nach Hause zu schicken. In Kennett Square, einem malerischen Ortchen in Chester County, verbindet sich das mit der Hoffnung auf eine Reform des Einwanderungsrechts. 45 Prozent der etwa 6.000 Einwohner hier sind Latinos, darunter nicht wenige mit beschränktem Aufenthaltsrecht oder Einwanderer ohne Papiere, die nicht auffallen, schon gar nicht wählen dürfen. Vor den Speiseepiz-Farmen von Kennett Square werden aus Food Trucks Tacos, Tortillas und Quesadillas verkauft, weil die meisten Arbeitsmigranten aus Mexiko kommen, doch wächst zugleich die Zahl derer, die aus Guatemala, Honduras, Venezuela und Kolumbien stammen.

Die 19-jährige Keyri ist US-Staatsbürgerin, versteht sich als „Mexikanerin mit Rechten“ und ist begierig darauf, das erste Mal zu wählen. „Ich möchte damit für die Rechte der Einwanderer kämpfen. Es muss aufhören, dass Leute wie meine Mutter ständig in Furcht leben. Sie arbeitet für die Pilzfarmen und zahlt ihre Steuern, aber sie hat keinerlei Rechte.“ Seit 20 Jahren dauern die Schichten der Mutter von drei Uhr morgens bis fünf Uhr am Nachmittag. Den Rest der Zeit verbringt sie zu Hause, aus Angst, von der U.S. Immigration and Customs Enforcement Agency (ICE) festgenommen und von ihren Kindern getrennt zu werden.

Nina Lakhani ist Reporterin für Umweltgerechtigkeit und berichtet derzeit für den *Guardian* aus den USA

Übersetzung: Carola Torti



Man werde 500 Millionen Dosen des Serums ausliefern können, tönt es aus Russland

Gamaleja-Zentrums. „Dabei wird das genetische Material des Adenovirus entfernt, das die Infektion verursacht, während ein Gen mit dem Code eines Proteins von einem anderen Virus eingefügt wird.“ Dies helfe dem Immunsystem, zu reagieren und Antikörper zu produzieren, die vor der Infektion schützen würden.

Putin ließ sich noch nicht impfen, eine seiner beiden Töchter aber schon

Das Forschungszentrum für Epidemiologie und Mikrobiologie blickt auf eine lange Geschichte zurück, es residiert in einem alten, zweistöckigen Gebäude des neoklassizistischen Stils, wie er für das Moskau der 1930er Jahre charakteristisch ist. Am Portal können Steinreliefs bärtiger Gelehrter in Augenschein genommen werden, die Bedeutendes für die Epidemiologie geleistet haben. Man sieht Nikolai Gamaleja (1859–1949), den Begründer der Mikrobiologie in Russland, und den Kopf von Jewgeni Pawlowski (1884–1965), der bei Nagetieren und Vögeln die natürlichen Reservoirs von Krankheitserregern untersuchte, die Menschen gefährlich werden können. Für seine jahrzehntelangen Forschungen wurde Pawlowski 1958 mit der britischen Darwin-Wallace-Medaille ausgezeichnet.

Wladimir Putin, der sich selbst bisher nicht impfen ließ, sagte am 11. August bei einer gemeinsamen Sitzung mit der Regierung in seiner Vorstadtresidenz Nowo-Ogarjewo, eine seiner beiden Töchter habe sich den Impfstoff spritzen lassen. Anfangs sei deren Temperatur auf 38 Grad gestiegen, dann auf 37 Grad und schließlich am dritten Tag wieder auf Normalniveau gefallen. Dass es nach einer Vakzination mit „Sputnik V“ Begleiterscheinungen gibt, räumt inzwischen auch Gesundheitsminister Muraschko ein. Bei 14 Prozent derer, die sich freiwillig zur Verfügung stellten, habe es Muskelschmerzen, körperliche Schwäche und eine zeitweilige erhöhte Temperatur gegeben. Doch habe man sich zu keiner übereilten Strategie hinreißen lassen. Wie es geltenden Standards entspreche, sei „Sputnik V“ zunächst an Mäusen, Schweinen und Affen getestet worden, erst dann wurden erstmals Menschen geimpft.

Auch erkrankte Mitglieder der russischen Elite, denen das Impfen angeboten wurde? Ohne Quellen zu nennen, behauptet das die New Yorker Agentur Bloomberg, was von der oppositionellen *Nesawissimaja Gaseta* kommentarlos verbreitet wurde. Wie auch immer, die russische Assoziation der Organisationen für klinische Forschungen nennt die Registrierung von „Sputnik V“ übereilt und verlangt in einem Brief an das Gesundheitsministerium, den neuen Impfstoff nicht eher freizugeben, als bis die dritte klinische Testphase abgeschlossen ist. Und das in Moskau erscheinende Wirtschaftsmagazin *Ekspert* merkt an, die normale Testzeit für neue Medikamente betrage zehn Monate, deshalb sei „unklar, welches Ergebnis man nach einem halben Jahr erwarten kann“. Auch wenn die Defizite beim Testverfahren, dazu Skepsis und die Abwehrhaltung im Westen, einer ungehinderten Vermarktung von „Sputnik V“ Grenzen setzen, ist aus der Zeit des Kalten Krieges überliefert, dass es in solchen Situationen Lösungen gibt. In den 1950er Jahren verzeichnete die Sowjetunion Erfolge beim Kampf gegen die Kinderlähmung. Der Virologe Michail Tschumakow (1909–1993) präsentierte 1958 einen ersten wirksamen Impfstoff. Da die USA aus politischen Gründen nicht direkt davon Gebrauch machen wollten, übernahm die in Österreich ansässige Pharmafirma Immuno das sowjetische Patent und beauftragte 1957 die „Bundesstaatliche bakteriologische und serologische Untersuchungsanstalt“ in Wien mit Tests des Wirkstoffes. Da es nichts zu beanstanden gab, kam der Impfstoff in den Westen, wohin er „faktisch umsonst“ abgegeben wurde, wie sich der russische Forscher Alexander Ginzburg mit bitterem Unterton erinnert.

Frühstart für „Sputnik V“

Russland Der Impfstoff ist noch in der Testphase, wird aber schon global vermarktet. Die eigene Bevölkerung ist skeptisch

■ Ulrich Heyden

Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Nationalist Wladimir Schirinowski und der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin verwenden sich für „Sputnik V“, den neu entwickelten Impfstoff gegen das Corona-Virus. Auf Fotos sieht man Schojgu mit nacktem Arm

und Schirinowski mit nacktem Oberkörper in Klinikräumen. Sie warten auf den Einstich der Impfnadel. Der Name des Vakzins erinnert daran, dass die Sowjetunion 1957 den weltweit ersten Satelliten ins Weltall schickte und die Supermacht USA überflügelte (*der Freitag* 34/2020). Winkt ein vergleichbarer Triumph an der Impffront? Es hat zumindest den Anschein, dass vor amerikanischen Impfstoffen das russische Präparat zum Einsatz kommt.

Für Russland war die frühe Registratur von „Sputnik V“ am 11. August zweifelsfrei eine gezielte Marketing-Aktion. Schließlich will die Regierung in Moskau einen solchen Wirkstoff nicht nur im eigenen Land einführen, sondern auch in Asien, Afrika und Lateinamerika verkaufen. Dabei handelt es sich bei der Erforschung keineswegs um einen nationalen Alleingang. Der „Fonds für strategische Investitionen“, der führend an der Produktion und Vermarktung des neuen Impfstoffes beteiligt ist, hat mitgeteilt, dass bei der dritten Testphase – sie begann ebenfalls im August – auch die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und „eine Reihe anderer Länder“ einbezogen seien. Nach Angaben des Fonds wurden bisher eine Milliarde Chargen „Sputnik V“ von 20 Staaten in Russland bestellt. Vorerst werde man mit den externen Partnern imstande sein, mehr als 500 Millionen Impfdosen an fünf Länder zu liefern, doch sei dies nur ein Anfang, bevor die Produktion merklich gesteigert werde. Wo dieses Quantum an Impfdosen hergestellt werden soll, ist bisher nicht bekannt.

von Gesundheitsminister Michail Muraschko, dann ist eine Fabrikation augenblicklich „in großem Maßstab“ angelaufen. Offenkundig werden Vorräte angelegt, denn im Handel gibt es das Serum noch nicht.

Unschwer ist zu erkennen, dass alle Beteiligten unter erheblichem Handlungsdruck stehen. Folgt man den offiziellen Angaben, dann steht Russland vor einer enormen Herausforderung. Seit Anfang Oktober steigt die Zahl der Corona-Infizierten wieder auf Werte, wie es sie zuletzt Anfang Mai gab. Mitte Oktober wurden an drei Tagen jeweils über 11.000 Fälle von Neuinfizierten gemeldet. Wirklich aussagekräftige Zahlen veröffentlichten die russischen Medien nicht, ähnlich wie in Deutschland wird die Zahl der Neuerkrankten nicht ins Verhältnis zur Zahl der Getesteten und ernsthaft Erkrankten gesetzt.

Bekanntlich wird außerhalb Russlands heftig kritisiert, dass die Registratur des Impfstoffes überstürzt erfolgte. Weniger als 80 Personen seien in einer ersten Testphase geimpft worden. Die russischen Behörden bestreiten nicht, dass dieses Versuchsstadium verkürzt wurde, freilich sei „Gefahr im Verzug“ gewesen. Dass „Sputnik V“ deshalb zum Reifall wird, ist trotzdem unwahrscheinlich. Zu groß wäre der Imageverlust angesichts der groß aufgezogenen Werbekampagne. Außerdem haben die Forscher am Gamaleja-Zentrum nicht bei null begonnen. Sie können bereits Abwehrstoffe gegen das Ebola-Virus wie den MERS-Erreger vorweisen, der 2012 erstmals im Nahen Osten auftrat und bei schweren Verläufen zur Pneumonie führen kann. Die Erfahrungen mit diesen Impfstoffen halfen bei der Suche nach „Sputnik V“, der auf der Basis von Adenovirus-Vektoren funktioniert. Das seien Träger, die genetisches Material von einem anderen Virus in eine Zelle abgeben können, liest man auf der Website des

Corona-Zahlen steigen wieder

Bei der Bevölkerung allerdings hält sich die Impfbereitschaft noch in Grenzen. Bei einer Umfrage Ende August antworteten den Meinungsforschern des Instituts WZIAM auf die Frage „Werden Sie sich impfen lassen oder nicht?“ 42 Prozent mit „Ja, wahrscheinlich“. 52 Prozent meinten hingegen, sie würden eher darauf verzichten. Das regierungsnahen Blatt *Rossijskaja Gaseta* schickte daraufhin eine Reporterin zum Gamaleja-Zentrum im Nordwesten Moskaus, wo der neue Impfstoff entwickelt wurde. Dort gab Alexander Ginzburg, Leiter der „Sputnik V“-Arbeitsgruppe, die Auskunft, er und seine Mitarbeiter hätten sich bereits impfen lassen. Vom Gesetz her dürfe zwar niemand dazu gezwungen werden, nur könne er nicht zulassen, dass seine Mitarbeiter sich im Kontakt mit dem Virus infizieren. Die Reporterin fragte nach, ob denn „Sputnik V“ womöglich der männlichen Potenz schade. Der Forscher antwortete mit einem knappen „Nein“.

Jedenfalls hat die klinische Erprobung mittlerweile eine dritte und letzte Testphase erreicht, bei der 40.000 Menschen geimpft und danach beobachtet werden. Wann dieses Stadium abgeschlossen sein wird, bleibt offen. Glaubt man den Worten

»Ich möchte Dir für Dein ganz, ganz großartiges Buch herzlichst danken. Ein wunderbares, lebendiges, mutiges Buch.«

In Freundschaft, Solidarität, Bewunderung,
Jean Ziegler

»Diese perfiden Kampagnen haben andere Menschen als den Autor zermürbt oder gar zerbrochen.«

Christiane Reymann und Wolfgang Gehrecke
(Neues Deutschland)

»Politische Satire von respektlos anti-kapitalistischer Art hat in Deutschland Hochkonjunktur. Nicht gemocht wird jedoch, wenn sich so ein geborener Satiriker herausnimmt, ernsthaft in der Politik mitzumischen.«

Sabine Kebir (Der Freitag)



256 Seiten | Klappenbroschur
ISBN 978-3-360-01353-8 | 20 €



96 Seiten | Klappenbroschur
ISBN 978-3-360-01361-3 | 8 €

Mit Beiträgen von
Konstantin Wecker
Sahra Wagenknecht
Bascha Mika
Martin Schulz
Lothar Binding
Ralf Kapschack
Matthias W. Birkwald
Matthias Miersch
Pia Zimmermann
Žaklin Nastić

www.eulenspiegel.com

ANZEIGE

Die Supermacht hat ausgedient

USA Trumps internationale Zurückhaltung war gut für sein Land: Schon zuvor war die westlich dominierte Weltordnung am Limit

■ Lutz Herden

Es sei „historisch“, dass sich die USA aus ihrer globalen Führerschaft zurückziehen, heißt es allenthalben. Das wäre es tatsächlich, sollte diese Demission nach oder ohne Donald Trump Bestand haben. Eine realistische Option? Oder ist damit zu rechnen, dass ein Präsident Biden den Krieg um Syrien im Namen des Westens doch noch gewinnen will, in Afghanistan aushält, statt ein Agreement mit den Taliban zu finden, um US-Militär abzuziehen, die Konfrontation mit China und Russland vorantreibt, die NATO wieder zum Referenzprojekt der eigenen Sicherheitsagenda erklärt? Eine Inventur, die sich dem internationalen Status der USA widmet, würde es unter Biden sicher geben, aber eine Revision? Und wenn, hätte sie zur Konsequenz, dass der Westen wieder geschlossener agiert, als transatlantisches Bündnis und offensive Ordnungsmaßnahme, als System und Sinnbild? Der deutschen Außenpolitik käme das vermutlich gelegen, sie kann oder will mit den Freiräumen wenig anfangen, wie sie ein sich abwendender Anführer notgedrungen bietet, und hängt andächtig an der transatlantischen Marsch- und Lagerordnung.

Dabei stand schon vor Trump außer Frage, dass eine nach dem Kalten Krieg etablierte, westlich dominierte Weltordnung an ihre Grenzen stieß. Reihenweise hatte sie Ziele verfehlt, in Afghanistan so wenig reüssiert wie im Irak, in Syrien, in Libyen oder in der Ukraine. Liberale Demokratie und freie Marktwirtschaft jenseits der Bündnisgrenzen – quasi „out of area“ – weitgehend auf interventionistische Weise zu implementieren, geriet zur Überforderung und beschwor ein Dilemma herauf. Es wurden zwar weiter die gleichen Ziele proklamiert, doch gab es weder einen letzten Willen noch einen sicheren Weg, sie zu exekutieren. Diese Tendenz wird Joe Biden nicht umkehren, auch wenn er wieder auf mehr Homogenität des Westens achten sollte. Nur dürfte das kaum dazu führen,



Scharfmacher innen- wie außenpolitisch – dieser „Wahnsinn“ war mitunter auch eine „Wahnsinnsmethode“

dass man sich beim Nuklearvertrag mit dem Iran wieder an die Lagerordnung hält. Oder die US-Botschaft von Jerusalem nach Tel Aviv zurückholt.

Vier Jahre ohne neuen Krieg

Es hat sich für die USA kaum als Nachteil erwiesen, dass Trump und seine Administration antizipiert haben, wie sehr imperiale Supermacht in einer Welt diffuser, immer weniger ideologisch aufgeladener Antagonismen und daraus resultierender Konfliktherde ausgedient hat. Trumps Glaubensbekenntnis „Make America Great Again“ hieß für ihn, dies zu erreichen, ohne Amerika in neue Kriege zu führen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern. Demokratische oder republikanische Präsi-

denten hielten das Ausspielen militärischer Kapazitäten in Konfliktsituationen für ein adäquates Verhalten. Bill Clinton beteiligte sich 1999 am NATO-Krieg gegen Serbien, George Bush ließ nach 9/11 in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) einmarschieren, Barack Obama trieb 2011 in Libyen einen *regime change* durch Einsatz der Air Force voran. Trump hat darauf verzichtet, sieht man vom Raketenangriff auf einen syrischen Militärflughafen Anfang April 2017 ab.

Stattdessen schürte er als Souverän der Rücksichtslosigkeit die Rivalität mit allen, auch und besonders den Verbündeten, blieb aber stets unterhalb der Schwelle kriegerischer Risiken. Ob das auf fundierter Analytik beruhte und der Einsicht folgte, sich als globaler Warlord verschlissen zu

haben, lässt sich schwer sagen. Ungeachtet dessen ist zu erkennen, dass die „historische“ mit einer kulturellen Umkehr korrespondierte, die den politischen Habitus nicht unberührt ließ. Wenn Trump auftrat, gab es drei Spiel- und Stilformen: brüskierende Anmaßung, rhetorische Eskalation sowie die provokative Praxis, erklärte Feinde näher an sich heranzulassen als mutmaßliche Freunde. Waren Letztere schockiert, umso besser. Die Vorlieben des auf Schmähung versessenen Scharfmachers, der innenpolitische Gegner unerschrocken beleidigte, schienen auch für die Außenpolitik als Marke und Muster geschätzt. Doch Vorsicht mit dem leichtfertigen Urteil, damit sei der „Wahnsinn“ zur Methode erhoben, wenn es sich ebenso um eine „Wahnsinnsmethode“ handeln könnte.

Noch im August 2017 drohte Trump Nordkorea mit „Feuer, Wut und Macht, wie es die Welt so noch nicht gesehen hat“ (rhetorische Eskalation), um dann gleich dreimal Staatschef Kim Jong-un (der Feind als Freund) zu treffen. Erst in Singapur und Hanoi, schließlich auf der Rückreise vom G20-Treffen in Osaka Ende Juni 2019, und das am 38. Breitengrad. An einer Staats- und Systemgrenze, die in der Welt von heute ihresgleichen sucht, betrat Trump als

Dass Trump Kim die Hand gab, wird alles Zukünftige überlagern

erster US-Präsident nordkoreanischen Boden, um Kim die Hand zu geben. Die Symbolik war die Substanz der Begegnung, alles andere zweitrangig. Die Geste des gespielten Einvernehmens wird überlagern, was künftige US-Präsidenten gegenüber Nordkorea unternehmen oder unterlassen.

Selbst wenn Pjöngjang nach wie vor auf atomarer Selbstverteidigung beharrt, steht Trump mit seiner Gipfeldiplomatie nicht mit leeren Händen da. Die sterblichen Überreste von im Koreakrieg (1950–1953) gefallenen US-Soldaten wurden heimgeführt, dazu Gespräche zwischen Nord und Süd belebt, ohne dass die USA den südkoreanischen Staatschef Moon Jae-in als abtrünnigen Traumtänzer tadeln konnten. Trump hat den Umgang mit Nordkorea nicht normalisiert, sondern personifiziert, was ein konfrontatives Verhältnis mit nach oben offener Eskalationsskala entkrampfen half, vorerst zumindest. Er tat das für sich, um Amerika zu dienen, und diente Amerika, indem er sich nützte. Auch darin spiegelte sich ein obsessives Verständnis nationaler Interessen, das von Eigennutz viel, von Bündnispflicht wenig hielt. Er dachte eine anarchische Welt mit einer egomanischen Antwort, der man nicht bestreiten kann, dass sie höchst amerikanisch ausgefallen ist.

Von Mao zu Goldman Sachs

Portugal Die Karriere des EU-Spitzenpolitikers José Manuel Barroso war anfangs tiefrot

■ Martin Leidenfrost

Zwischen der US-Bank Goldman Sachs und den Spitzenetagen der EU gab es schon manches Hin und Her, als aber Kommissionspräsident José Manuel Barroso kurz nach Ablauf seines zehnjährigen Mandats zu Goldman Sachs wechselte, ging doch so manche Augenbraue hoch. Immerhin hatte Barroso bei den portugiesischen Maoisten angefangen. Von Mao zu Goldman Sachs, wo gibt's denn so was?

Die Partei PCTP/MRPP war bis zuletzt eine stete Größe. Sie holte bei Wahlen bis zu 1,7 Prozent und galt als klandestine Kaderpartei. Ich gehe zur Adresse der Parteizentrale, wo auch das Parteiblatt *Luta Popular* erscheint. Sie befindet sich unterhalb des Lissabonner Quartiers Arroios, dessen Läden und Absteigen ganz in die Hand des indischen Subkontinents übergegangen sind, schräg gegenüber vom bourgeois Deckenstück-Palazzo des posttrotzkistischen Linksblocks, der bei den Parlamentswahlen 2019 zehn Prozent holte. Ein gewöhnlicher Altbau, an den Rundbalkon der ersten Etage sind rote Fahnen gesteckt. Mein Klingeln bleibt unbeantwortet.

Ich fahre in den mondänen Badeort Cascais und setze mich auf die Terrasse des Fünf-Sterne-Hotels Baía. Die Maoistenführer der 1970er brachten es weit, etwa in der Justiz. Ana Gomes (66) war Diplomatin und 2004 bis 2019 EU-Parlamentarierin für die sozialdemokratische PS. Die Ex-Maoistin empfängt mich hier, weil sie in Cascais wohnt. Wie Barroso entstammt sie dem Lis-

sabonner Kleinbürgertum, wie Barroso studierte sie Jura. Von 1972 bis 1976 bewegte sie sich im Kreis der Maoisten, dann aber kam ihr „die Idee einer Revolution verrückt vor. Ich bereue es nicht, es war eine Schule für mich, und links bin ich immer noch.“

Das alte Gerücht, die PCTP/MRPP sei eine Gründung der CIA gewesen, nennt sie „nicht wahr“. Die Säulenheiligen der Partei, die „nie von China anerkannt wurde“, waren Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao. Sie hatte Zulauf, weil Portugals moskautreue KP vielen zu passiv war. Gomes erzählt: „Barroso tauchte erst nach der Nelkenrevolution 1974 auf. Er war sehr streitlustig, sehr militant, extrem radikal. Sein Aufstieg war kometenhaft, er war sofort Chef des marxistisch-leninistischen Studentebunds.“ Sie bestätigt die Geschichte, wonach Barroso damals Stühle, Schreibische, Schreibmaschinen aus der Fakultät klaute, mit Freunden in einen Lieferwagen packte

und in die maoistische Parteizentrale brachte. Parteichef Arnaldo Matos befahl ihm, das Zeug zurückzubringen. Für Barroso war Gomes eine „Bürokratin“.

Um 1975 herum kam er nicht mehr, er lernte seine Frau aus gutem Hause kennen und pflegte seinen Vater. Zurück in der Politik, heuerte Barroso schnell bei der rechtliberalen PSD an. „War sein Maoismus echt?“, frage ich Ana Gomes. „Nein. Bei ihm war alles instrumentell, er war eben ambitioniert.“ Um das zu belegen, schildert sie eine Begegnung, bei der ihr Barroso gestand, wie ihn die Machtlosigkeit einer Opposition zur Verzweiflung getrieben habe. „Er sagte, er wolle eines Tages eine Palme in der Mitte eines Schiffes haben“ – nur um zu zeigen, dass er der Chef sei. Dann habe er mit Genugtuung hinzugefügt: „Und jetzt bin ich an der Macht.“ Ana Gomes wirft Barroso Korruption beim Kauf deutscher U-Boote vor. Dabei habe ihm Angela Merkel geholfen. „Was dachten Sie bei seinem Wechsel zu Goldman Sachs?“ – „Ich war nicht überrascht, aber schockiert.“ – „Schämte er sich nicht?“ – „Nein, er schämte sich nicht.“ – „Was ist die PCTP/MRPP heute?“ – Eine wegwerfende Geste: „Die existiert nicht mehr, sie sind konservativ und marginal. Und sie sind arbeitertümelnd.“ – „Aber das ist doch schön!“ – „Ja, nur gibt es keine Arbeiter mehr!“ Hinterher gehe ich an den Strand. Goldener Sand zwischen schwarzen Felsen und der kühlende Atlantik. Das war's mit dem portugiesischen Maoismus.



Barroso verzweifelte an der Ohnmacht von Opposition

ANZEIGE

**DIE GRÜNE
DIGITALE VERANSTALTUNG
BUNDESTAGS-
28. OKTOBER, 18-19 UHR
FRAKTION LÄDT EIN:
LIVESTREAM**

TRUMP VS. BIDEN: THE DAY AFTER TOMORROW

Die US-Wahl und ihre Folgen

Info/Anmeldung: gruene-bundestag.de/termine

■ Martin Chulov

Anfang September verkaufte Mohammed Khaldoun eine Kette, um die er seine Schwester gebeten hatte, lieh sich von Freunden noch etwas Geld und stieg zusammen mit 49 Menschen in ein klappriges Boot, das ihn nach Zypern bringen sollte. „Er ging, ohne sich zu verabschieden“, erzählt Fatima Mohammed, die ihm die Kette gegeben hatte. „Das Boot war klein. Der Besitzer sagte, es werde nur für eine kurze Strecke gebraucht, dann würden sie auf ein richtiges Schiff umsteigen. Er nahm ihnen ihre Flaschen mit Wasser und die Taschen weg, er ließ sie mit nichts zurück.“

Kurz darauf ging die Reise so zu Ende wie so viele missglückte Überfahrten zuvor, bei denen vor der libyschen oder syrischen Küste Tausende verzweifelte Flüchtlinge im Mittelmeer ertranken. Bisher galt der Libanon als sicherer Hafen, in dem sich die Menschen nicht gezwungen sahen, übers Meer zu flüchten. Mittlerweile hat sich der Niedergang des Landes derart beschleunigt, dass viele nur noch einen Weg finden wollen, um den Libanon zu verlassen.

Keine Hoffnung auf Wandel

Nichts versinnbildlicht dessen desaströsen Zustand mehr als die Explosion am 4. August im Hafen von Beirut. 2.750 Kilogramm Ammoniumnitrat, die dort unerklärlicherweise gelagert wurden, fingen Feuer und explodierten. Es gab 200 Tote, Tausende von Verletzten, mindestens 70.000 beschädigte Gebäude. Es ging gar nicht anders – die Zerstörung des Hafens musste den Zorn eines beleidigten und erschöpften Volkes entzünden. „Glauben Sie mir, erhielt ich ein Visum für irgendein Land auf dieser Welt, wäre ich in einer Sekunde raus“, versichert der 36-jährige Hussein Termos aus der Stadt Marjayoun im Süden. Er lebt vorübergehend im Beiruter Vorort Dahijeh. „Alles dreht sich nur noch darum, wie man das Nötigste bekommt: Lebensmittel, Wasser, Zigaretten.“

„Wegen der Inflation und der Arbeitslosigkeit gibt es keine Hoffnung auf einen Wandel zum Guten“, sagt der Druse und Musiker Rabiah Khairiddine. „Die Wochen seit der Explosion haben das gezeigt. Alle, die ich kenne, wollen weg.“ Immer wieder



Inflation, Korruption, keine Jobs: Der Protest gegen die Zustände im Libanon zieht immer größere Kreise

Kanada, Frankreich oder in den Golfstaaten angewiesen blieben. Dennoch schien der Libanon nach außen hin für einige Jahre zu florieren, auch wenn stets von Neuem Unruhen aufflammten und die Hisbollah mit Unterstützung des Iran an Boden gewann.

Die USA wollen nur noch Regierungen ohne die Hisbollah anerkennen

Als 2016 Premier Saad Hariri einen Deal aushandelte, um den Bürgerkriegsgeneral Michel Aoun ins Präsidentenamt zu lotsen, kam das iranische Einfließen zugute. Die Hisbollah und ihre Alliierten verfügten über 70 der 128 Parlamentssitze. „Sie waren entschlossen, sich keiner Protestbewegung zu beugen, egal, von wem die ausging“, erinnert sich ein Diplomat aus der Region. „Für sie war nicht entscheidend, was mit dem Land passierte, Hauptsache, sie landeten ganz oben.“

Als die USA zur Strategie des maximalen Drucks auf den Iran übergingen, geschah das auch in der Hoffnung, damit die Hisbollah im Libanon und in Syrien zu schwächen, wo sie eine Stütze von Präsident Baschar al-Assad ist. Inzwischen werden US-Sanktionen gegen Führer der Hisbollah und mit diesen verbundene Firmen verhängt. Kurz vor der US-Präsidentenwahl liegt dem Senat in Washington eine Resolution dafür vor, libanesische Regierungen nicht mehr anzuerkennen, solange die Hisbollah deren Koalitionär oder Partner ist.

Die derart Inkriminierten quittieren das mit Schulterzucken und erklären, sie würden sich vor der Inauguration des nächsten US-Präsidenten im Januar 2021 nicht von Washington beeinflussen lassen. Erst wenn man wisse, wer dann regiere, sei die Bildung einer neuen Regierung in Beirut als Ersatz für die nach der Hafenkatastrophe zurückgetretene sinnvoll.

Geht es um ein Kabinett, das erneut Saad Hariri führen will, der 2019 wegen der Oktoberproteste zurücktrat? Dies wäre ein Schlag für die Demonstranten. Einmal mehr blieben sie erfolglos mit ihrem Verlangen nach einem Sturz der politischen Klasse. Ein Kommentar aus Paris zu Hariris umstrittener Amtrückkehr steht noch aus. Macron hatte als Bedingung für französische Beistand eine regelmäßige Rotation der Minister gefordert, besonders bei wichtigen Ressorts wie dem der Finanzen. Allerdings war das, bevor Macron damit gescheitert war, auf Beirut Druck auszuüben. Blockiert hatte ihn die Hisbollah, die das Finanzministerium für sich reklamierte. „Sie musste zeigen, wer der Boss ist“, kommentiert ein Diplomat in Beirut. Macron reagierte darauf mit der Erklärung: „Die Hisbollah kann nicht gleichzeitig eine Armee gegen Israel sein, eine Miliz gegen Zivilisten in Syrien und eine respektable Partei im Libanon. Sie darf sich nicht für stärker halten, als sie ist.“

Im gesamten Libanon wächst die Furcht vor erneuten Spaltungen, ausgelöst durch militante Rivalität zwischen den religiösen Gruppierungen, den Rückzug auf die Kernidentität der Clans. Hussein Termos aus dem Beiruter Vorort Dahijeh rechnet damit, dass noch mehr Menschen zur Flucht übers Meer getrieben werden. „Ich verdiene eine Million Lira monatlich, weniger als 150 Dollar. Wie soll ich davon leben? Ich sehe täglich Leute, die sich nicht mehr genug zu essen kaufen können.“ Fatima Mohammed hofft weiter auf ein Lebenszeichen von ihrem Bruder. Überlebende aus seinem Fluchtboot haben ihr berichtet, dass man 14 Stunden gefahren sei, bis das Benzin ausging. „Irgendwann soll Mohammed ins Wasser gesprungen sein, um Hilfe zu holen, und gesagt haben: Verzeiht mir. Wenn ich nicht wiederkomme, dann weil ich tot bin.“

Martin Chulov ist Korrespondent des Guardian im Nahen Osten

Übersetzung: Carola Torti

„Alle wollen weg“

Libanon Lange galt das Land als sicherer Hafen, doch nun steht die Wirtschaft vor dem Kollaps

kam es in den zurückliegenden Jahren zu Protestausbrüchen wie im Oktober 2019, als die Regierung Dinge besteuern wollte, die den Libanesen am Herzen liegen. Unter anderem sollte es eine Gebühr von umgerechnet fünf Euro für Whatsapp geben. Die Abgaben sollten helfen, die Folgen einer latenten Misswirtschaft aufzufangen, als mit dem Ausfall von Anleihezahlungen ein Zusammenbruch des maroden Finanzsystems

drohte. Alle religiösen Gruppen schien ein Bürgergeist zu beseelen, den es bis dahin so nicht gegeben hatte. Ein übergreifender Patriotismus erfüllte die Gemüter und bestärkte darin, gemeinsam über das eigene Schicksal zu bestimmen. Im verarmten Norden war es zu Warteschlangen gekommen, als erstmals seit 1990 – seinerzeit endete ein 15 Jahre dauernder Bürgerkrieg – Libanesen wieder anstanden, um eine Grundnahrungsmittelhilfe zu erhalten. Dann jedoch setzte die für einen Ex-Bürgerkriegsstaat und seine Machthaber typische Lähmung wieder ein. Seither haben sich die Preise für lebensnotwendige Artikel teilweise vervierfacht. Und sie werden weiter steigen, wenn die Regierungssubventionen für Öl, Mehl und Medikamente, die aus letzten Reserven der Zentralbank stammen, demnächst auslaufen. Das geschieht in einem Land, in dem zwei Drittel der Menschen unter die Armutsgrenze zu fallen drohen, was selbst die dunkelsten Tage eines Bürgerkriegs in den Schatten stellt, der die Ökonomie ruinierte und 115.000 Menschen das Leben kostete. „Zumindest wussten wir damals, wer der Feind war“, meint Nabil Haddad, der in jener Zeit gekämpft hat und heute in Beirut eine Bäckerei betreibt. „Es gab Essen auf dem Tisch und Geld auf den Banken. So seltsam es klingt: Wir konnten leben, weil wir wussten, es würde eines Tages vorbei sein. Das ist diesmal anders.“

Macrons Angebot

Für viele Libanesen war es nicht das Schlimmste, zu erfahren, wie der Wert ihrer Währung zusammenbrach, dass ihre Ersparnisse durch den maroden Bankensektor gefährdet sind oder wie durch eine kriminelle Vernachlässigung des Hafens ein Stadtviertel zerstört wurde. „Es würde für alles Lösungen geben, aber die Politiker sind zu selbstsüchtig und zu sehr von äußeren Interessen beherrscht, um sie zu ergreifen“, ereifert sich Sara Idriss, eine Lehrerin aus Sidon im Süden. „Ich kann kaum glauben, dass bisher keine schweren Unruhen ausgebrochen sind. Und ich kann ebenso wenig fassen, dass wir nicht offener über Interessen sprechen, die verhindern, dass wir allein erfolgreich sind.“

Im Viertel Gemmayze in der Nähe des Beiruter Hafens holt Diah Suleiman Farbe ab, um ihre Wohnung zu renovieren, die durch fliegende Glassplitter Schaden nahm. „Frankreichs Präsident kam hierher,

um zu helfen. Er bot Geld an, wenn wir es ihm leicht machen würden, das seinen Steuerzahlern gegenüber zu rechtfertigen. Wir hätten nichts weiter tun müssen, als uns wie ein seriöses Land zu verhalten, um Macrons Angebot anzunehmen.“

Es würde Lösungen geben, aber nicht mit diesen Politikern

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Frankreich ein Mandat des Völkerbundes für den Libanon und nahm Einfluss auf den entstehenden Staat, der 1943 seine Unabhängigkeit erklärte. Das sorgte für bleibendes Interesse, sodass Emmanuel Macron nach dem Inferno im Hafen zweimal nach Beirut kam und Stadtteile besuchte, in die sich kein libanesischer Politiker mehr traute. Er beschwor die Führungsschicht, nicht länger sektiererische Eigeninteressen in den Vordergrund zu stellen, die dazu führten, dass Ämter nach Quoten vergeben und Staatsgelder als Schmiermittel einer Vetternwirtschaft missbraucht wurden. Das Gleiche hatten schon andere angemahnt, die den Kollaps kommen sahen und auf taube Ohren gestoßen waren.

Mit dem Ende des Bürgerkriegs 1990 bestimmte das im saudischen Taif geschlossene Friedensabkommen, dass die libanesischen Schiiten stets Anspruch auf das Amt des Parlamentschefs hatten, die Maroniten auf das des Präsidenten und die Sunniten auf den Posten des Premierministers. Alle drei Mandate wurden zu Komponenten einer Oligarchie, die den Wiederaufbau nach 1990 dominierte und von regionalen Interessen beeinflusst war. Schließlich lag der Libanon im Spannungsfeld zwischen Israel und Syrien, und nicht nur das. Die Gewinne in dieser Erholungsphase gingen vorwiegend an Tycoons und ihre politischen Patrone, während die Unterschichtregionen auf Überweisungen von Arbeitsmigranten in

ANZEIGE

Augsteins Freitag

Gespräche über die Welt, wie sie ist – und wie sie sein sollte

Immer freitags unter
freitag.de/augsteins-freitag, bei
Apple Podcasts und Spotify



Ein Polizist im US-Bundesstaat North Carolina solidarisiert sich im Juni 2020 mit Demonstrierenden der „Black Lives Matter“-Bewegung.

Foto: images/ZUMA Wire/Ed Clemente

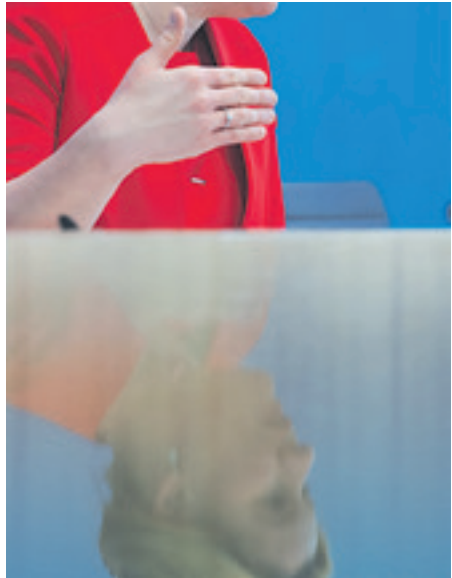
Den Regeln folgen oder Haltung zeigen? **Mut entscheidet.**



Mehr Perspektiven auf
Rassismus finden Sie unter
[sz.de/mut](https://www.sz.de/mut)

Süddeutsche Zeitung

Die Woche vom 15. bis 21. Oktober 2020



Berliner SPD vor dem Wahljahr 2021 Giffey's Distanz nach links

Die amtierende Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), die 2021 gern dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller in Berlin nachfolgen möchte, geht in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* auf Distanz zu Grünen und Linken, mit denen die SPD derzeit regiert. Den Mietendeckel wolle sie nicht weiterführen, stattdessen die Stadt durch Baupolitik „in die Breite wachsen“ lassen – was im Umkehrschluss bedeutet, die Gentrifizierung der Innenstadtbezirke weiter voranzutreiben. Am Ende griff Giffey zur in der „bürgerlichen Mitte“ beliebten Hufeisentheorie, womit sie sich noch deutlicher der CDU andient: „Wir müssen auch beim Linksextremismus Grenzen deutlich aufzeigen.“ **CB**



Kinderfilme mit Warnhinweisen Disney im Diskurs dabei

Wenn Kunst nicht mehr wehtun darf, ist der Weg zur Wellnesskultur nicht weit. Auf diesen Weg begibt sich nun ausgerechnet der Disney-Konzern, der keine Probleme damit hat, Menschen in allen Weltregionen mit menschenverachtend niedrigen Löhnen abzuspeisen und sie halsbrecherischen Arbeitsbedingungen auszusetzen, sich nun aber in politischer Korrektheit übt. Vom Streamingdienst Disney+ gibt es künftig bei Animationsklassikern wie *Dumbo* und *Aristocats* Warnhinweise, die auf rassistische Inhalte aufmerksam machen und eine „Zukunft ohne Diskriminierung“ ersehen. Dass man dabei im eigenen Haus mit gutem Beispiel vorangehen wird, ist eher nicht zu erwarten. **CB**



IWF/Weltbank über Rekordschulden 100 Prozent vom BIP

Noch nie seit 1945 haben die Staatsschulden diese Dimensionen erreicht, bilanzierten Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) auf ihrer Jahrestagung 2020. Die Verbindlichkeiten lägen im Schnitt bei einer Jahreswirtschaftsleistung: 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts also. Gründe seien die Pandemie und hohe Verbindlichkeiten bereits vor der Krise. Als enorm beunruhigend werden in der Eurozone die Verschuldungsquoten Frankreichs, Italiens und Belgiens beurteilt. Für fast 60 Prozent der Staaten Afrikas und Lateinamerikas, so der IWF, seien Verhandlungen über eine Umschuldung nötig, sonst würden 80 bis 90 Millionen Menschen absoluter Armut verfallen. **LH**



Keine härteren Strafen für Raser Scheuer im Scheitern stabil

Es ist unmöglich, einen Minister zu finden, der sich öfter der Lächerlichkeit preisgegeben hat als der aktuell für den Verkehr zuständige: Maut-Skandal, Tempolimit, Bahn-Chaos, Stickoxide. Jetzt hat Andreas Scheuer (CSU) seinem Spitznamen „Pannen-Minister“ wieder alle Ehre gemacht. Nachdem im Juli die Innenminister der Länder den neuen Bußgeldkatalog wegen eines in Scheuers Haus verschuldeten Formfehlers außer Kraft setzen mussten, scheiterte nun die Verhandlung der Verkehrsminister um eine Reform, nach der Strafen für Geschwindigkeitsüberschreitungen verschärft werden sollten. Scheuer behält also auch seinen zweiten Spitznamen: „Raser-Andi“. **CB**



Studie zu Rassismus bei der Polizei Seehofers Blick nach rechts

Von strukturellem Rassismus will ein Bundesinnenminister ebenso wenig etwas wissen wie ein Neurotiker von seinen unterdrückten Triebregungen. Darum schien es zuletzt, als hätte sich Horst Seehofer (CSU) mit seiner Weigerung durchgesetzt, eine Studie zum Rassismus bei der deutschen Polizei zuzulassen. Umso überraschender, dass der Law-and-Order-Mann nach monatelangem Streit nun doch noch einlenkte. Seehofer besteht aber darauf, gleichzeitig auch „Schwierigkeiten im Alltag der Sicherheitsbeamten“ untersuchen zu lassen. Damit schlägt der zielgruppenbewusste Konservative zwei Fliegen mit einer Klappe: Linke Antirassisten sind ebenso beruhigt wie besorgte Sicherheitsbürger. **CB**

1938 Im Vorhof der Hölle

Zeitgeschichte Mit der „Polenaktion“ weist das Deutsche Reich 17.000 Juden aus und deportiert sie auf äußerst brutale Weise. Auch der junge Marcel Reich muss Berlin verlassen

■ Ludger Joseph Heid

Am 28. Oktober 1938 wird der 18-jährige Marcel Reich frühmorgens von einem Schutzmann geweckt, der dem völlig überraschten jungen Mann eine Ausweisungsbefehl in die Hand drückt. Er solle sich anziehen und mitkommen. Reich muss alles in seinem Zimmer in der Wilmersdorfer Güntzelstraße 53 zurücklassen. Behalten darf er nur fünf Mark und eine Aktentasche. Was er dort hineinpacken soll, weiß er nicht. Reich hat am Berliner Fichte-Gymnasium das Abitur abgelegt, wird aber als Jude nicht zum Studium zugelassen. Da er gerade Balzacs Roman *Die Frau von dreißig Jahren* liest, entscheidet er sich, dieses Buch mitzunehmen. Reich konnte sich seinerzeit nicht erklären, warum er Deutschland verlassen musste, und schrieb darüber: „Jemand musste mich verleumdet haben, denn ohne dass ich etwas Böses getan hätte, bin ich verhaftet worden.“ Ehe er sich versah, fand er sich inmitten eines Dutzends Leidensgenossen auf einem Wilmersdorfer Polizeirevier wieder.

Am Abend zuvor erging es dem Flickschneider Sendel Grynszpan, seiner Frau Riwka und den Kindern Berta und Markus ebenso, als sie in ihrer Wohnung in der hannoverschen Altstadt festgenommen wurden. Seit 1911 lebten die Grynszpans in dieser Stadt. Unterwegs gelang es ihnen, eine Nachricht zu versenden. „Es ist mit uns aus“ stand auf einer von Berta Grynszpan geschriebenen Postkarte, die den Absender „Zbąszyń 2, Baracke, Grynszpan“ trug und den jüngeren Bruder Herschel in Paris erreichte, der bei einem Onkel lebte.

Ähnlich wie in Hannover wurden auch in anderen deutschen Städten polnische Juden zusammengetrieben. Die Aktion traf die Menschen unvorbereitet und am Sabbat, die erste Massendeportation des NS-Staates nahm ihren Lauf. Wochen zuvor hatte die polnische Regierung, kaum weniger antisemitisch als die deutsche, angeordnet, alle im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen müssten bis zum 29. Oktober 1938 ihre Pässe von den Konsulaten kontrollieren lassen. Der Grund: Das Land vermutete, viele Polen, die seit Jahren in Deutschland lebten,

könnten sich wegen der antijüdischen Politik des NS-Regimes veranlasst sehen, in die Heimat zurückzukehren. Das beschlossene Gesetz sah vor, dass jeder polnische Bürger, dessen Pass nicht geprüft und verlängert worden war, eine Heimkehr verweigert habe. Da man auf deutscher Seite annahm, dass viele Pässe ihre Gültigkeit verlieren würden, beschloss die Reichsregierung kurzerhand, sich der unerwünschten ostjüdischen Minderheit durch Abschiebung zu entledigen. Ohne Warschau zu verständigen, wurden Tausende Juden am 28. Oktober 1938 unter unvorstellbar schikanösen Umständen in verschlossenen Eisenbahnwaggons zur polnischen Grenze gebracht. Was die Deportierten zu ertragen hatten – viele durften nur behalten, was sie am Leibe trugen –, lässt sich nur schwer beschreiben. Am Grenzbahnhof Bentschen wurde ihnen alles Geld bis auf zehn Mark abgenommen, dann jagte man sie zu Fuß die letzten Kilometer bis zur Grenze. Um Befehlen mehr Nachdruck zu verleihen, wurde in die Luft geschossen. „Die SS-Leute hinter uns her mit Peitschen“, erinnerte sich der alte Sendel Grynszpan 1961 im Jerusalemer Eichmann-Prozess. „Wer nicht mitliefe, wurde geschlagen, bis das Blut floss. Der Regen hat getrommelt, alte Frauen und Männer, kranke Kinder waren unter uns, der Jammer war groß.“

Als die Abgeschobenen von der SS an den Fluss getrieben wurden, der die Grenze bildete, kam es zur Konfrontation mit polnischen Posten, die einen Übertritt auf ihr Territorium verweigerten, sodass die Menschen einen Tag lang hungernd und frierend in Regen und Herbstkälte durch Niemandsland irrten. Der polnische Historiker Emanuel Ringelblum, der sich um Hilfe für die Flüchtlinge bemühte, schilderte in einem Brief, was er erleben musste: „Ich habe weder die Kraft noch die Geduld, im einzelnen zu erzählen, was in Zbąszyń vorgefallen ist. Jedenfalls hat es nach meiner Ansicht nie eine derart grausame, mitleidlose Deportation gegeben.“

Als der 17-jährige Herschel Grynszpan die Postkarte seiner Schwester Berta aus Zbąszyń erhielt, stand sein Entschluss fest. Er kaufte einen Revolver, begab sich am 7. November 1938 zur deutschen Botschaft in Paris und



Herschel Grynszpan erschoss Ernst vom Rath – aus Rache

wurde – nachdem er erklärt hatte, ein wichtiges Dokument übergeben zu wollen – zum Legationssekretär Ernst vom Rath geführt. Mit den Worten „Sie sind ein dreckiger Boche, und nun übergebe ich Ihnen im Namen von 12.000 verfolgten Juden das Dokument“ zog er den Revolver, an dem noch der rote Faden des Preisschildes hing, und feuerte mehrere Schüsse ab. Vom Rath, in Brust und Unterleib getroffen, brach zusammen. Grynszpan ließ sich widerstandslos festnehmen. Der Polizei glaubte er nur ein Tatmotiv: Rache für seine Glaubensbrüder.

Von November 1938 bis August 1939 wurden etwa 8.000 vertriebene Juden nahe der polnischen Grenzstadt Zbąszyń in einem Flüchtlingslager im Niemandsland, bestehend aus provisorischen Baracken und Ställen, interniert. 10.000 Personen durften nach Polen hinein. Schließlich wurden noch 1938 Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau aufgenommen, nachdem die polnische Regierung als Antwort auf die Deportationen die Ausweisung deutscher Reichsbürger angeordnet hatte. Für Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, den deutschen Unterhändler, war es selbstverständlich, dass Warschau zur „Übernahme von polnischem Eigentum“, womit die Juden gemeint waren, verpflichtet sei. Man kam überein, dass kleine Gruppen der Ausgewiesenen

Den Mord an vom Rath nutzten die Nazis als Anlass für die Pogrome vom 9. November

für eine begrenzte Zeit nach Deutschland zurückkehren konnten, um ihre Angelegenheiten zu regeln und Geschäfte aufzulösen. Daraus erzielte Einnahmen mussten auf Sperrkonten eingezahlt werden, die blockiert blieben.

Was die deutschen Juden nach dem Attentat auf vom Rath erwartete, konnten sie am 8. November 1938, als deutsche und französische Ärzte noch um das Leben des Diplomaten rangen, im NS-Blatt *Völkischer Beobachter* lesen: „Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als (ausländische) Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassengenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen.“ Als Ernst vom Rath am 9. November 1938 starb, nahmen die Nazis das zum Anlass, einen schon länger geplanten Pogrom zu inszenieren.

Am 17. November 1938 fand in der Düsseldorfer Rheinhalle die Trauerfeier für Ernst vom Rath statt, an der Adolf Hitler teilnahm. Außenminister von Ribbentrop hielt die Trauerrede, die in dem Satz gipfelte: „Wir haben die Herausforderung verstanden und wissen, wie wir darauf antworten müssen.“ Jedem der Anwesenden war klar, was gemeint war.

Auf einem Sammelplatz am Sophie-Charlotte-Platz in Berlin mussten am 28. Oktober 1938 Hunderte von Juden warten. Jetzt begriff Marcel Reich, dass seine Vermutung falsch gewesen war, tatsächlich hatte ihn niemand verleumdet. Er gehörte einer Gruppe an, die zur Deportation verurteilt war. Tags darauf brachte man ihn zum Schlesischen Bahnhof, wo ein Zug wartete. Die Fahrt ging Richtung Osten, zur polnischen Grenze. Was sollte er mit seiner armseligen Aktentasche und dem Balzac-Roman in einem fremden Land machen, fragte sich Reich, dessen Sprache er zwar verstand, aber nur mühsam sprechen konnte? Doch da war noch etwas: sein unsichtbares Gepäck, das ihm niemand nehmen konnte. Er hatte aus dem Land, aus dem er nun vertrieben war, die Sprache mitgenommen und die deutsche Literatur, die ihm stets das maßgebliche Vaterland bleiben sollte. So war Marcel Reich, der später ein „Ranicki“ an seinen Namen fügte, gegen seinen Willen nach Polen gekommen, in sein Geburtsland, das nun zum Exilort wurde. Ein Schicksal, das er mit 17.000 Leidensgenossen teilte.

Mitte Was die CDU gegen Verschwörungstheorien empfiehlt **S.14**

Rechte Heitmeyers Studie über neue Bedrohungsallianzen **S.16**

Linke Cornel West im Gespräch mit Grace Blakeley **S.22/23**



Die Cartoons von Hauck & Bauer sind jetzt museumsreif. Unser Autor traf das Duo in Frankfurt **S.15**

der Freitag | Nr. 43 | 22. Oktober 2020

Recherchieren, was ist

Kulturkommentar
Björn Hayer

Die Buchmesse, leere Hallen, voll das Internet

Eine Messe ohne Besucher? Und noch dazu eine, die trotz Tempodigitalisierung an einem materiellen Gut, nämlich dem altbewährten Buch, festhält? Ist das reizvoll? In geisterhaft leeren Hallen wie bei der diesjährigen Buchmesse brauchte es da schon Fantasie. Wer wollte, konnte zurück am Laptop im eremitischen Homeoffice fast alles erleben, was auch sonst an Happenings und Inhalten geboten wurde: Lesungen, politische Diskussionen. Wie in beinahe jedem Jahr entfachte sich auch die fast schon obligatorische Debatte um rechte Tendenzen im Verlagswesen. Monika Maron hatte mit islamkritischen Texten für Aufsehen gesorgt. Nach einem auch durch rechte Kreise flankierten, just im Buchhaus Loschwitz erschienenen Essayband kündigte S. Fischer die langjährige Zusammenarbeit mit der Schriftstellerin nun auf. Das Thema wird die Feuilletons auch über die Messe hinaus beschäftigen. Vor diesem Streit ging es dort eher beschaulich zu. Gar für genügend Tratsch war gesorgt, wie der digitale Klatschsalon mit Ijoma Mangold, Hannah Lühmann, Sophie Passmann und Jo Lendle bewies. Endlich wissen wir dadurch nun, was nach den Partys in den Hotels so abgeht beziehungsweise wie brav doch angetrunkene Journalisten und Verleger ihre Wege ins eigene Bett finden. Alles reizend und nett. Dennoch fehlte das Feeling dieser Tage, der Rausch, die Hitze und die Spannung!

Die Buchmesse unter dem Damoklesschwert Corona war daher vor allem ein Format im Konjunktiv. Immerhin nahmen noch um die 200.000 Menschen an den Online-Formaten teil. Andere übten sich in Verzicht oder Nostalgie oder beidem. Dass die Messe allerdings stattgefunden hat, muss man als wichtiges Signal verstehen. Angesichts einer geradezu beschämenden Ignoranz seitens der Politik gegenüber den Anliegen der Kulturschaffenden stellt das Veranstalten einer Internetmesse einen Akt der Selbstermächtigung dar. Mehr noch: Schon vor der Pandemie erwies sich der rege Austausch in den Hallen als Aushängeschild demokratischer Kultur. Nun, in der Stunde exekutiven Durchregierens, kann man den freizeithilfen Austausch auf einer Buchmesse gar nicht hoch genug halten.

Botschaften, Effekte, Leerstellen, Gerüchte. Vergessen werden darf natürlich auch nicht die Kunst selbst, zumal mit der Vergabe des Deutschen Buchpreises an den Außenseitertitel *Annette, ein Heldinnenepos* von Anne Weber. Selten war eine Jury so mutig, so eindeutig bestrebt, eine Prämierung vor allem nach ästhetischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Klar, indem man ein Buch über eine französische Résistance-Kämpferin würdigt, die Mann und Vater in den Wirren des Zweiten Weltkriegs verliert und sich allein mit ihren Kindern durchschlagen muss, verneigt man sich vor weiblichem Empowerment. Als mindestens genauso bedeutsam dürfte die Jury aber die spezifische Form des Werks erachtet haben. Die Rede ist vom *Vesperos*, das die Autorin mal mit einem verspielten, mal einem anrührenden, bisweilen schnoddrigen Ton unterlegt. Obgleich wir es hierbei mit einer ausgestorbenen geglaubten Gattung zu tun haben, gibt es unserer Gegenwart eine literarische Schubkraft. Statt sich wie so viele Romane dieser Tage mit dystopischen Visionen aufzuhalten, verspricht dieser famose Entwurf Zuversicht – in einer vorbildhaften Durchhalte-Frau. Vergessen wir also den Abgesang auf die Helden. Die Zeichen der Zeit stehen auf neoheroischen Idealismus.

Missbrauch Ist Knausgårds Debüt von 1998 „literarische Pädophilie“? Die Debatte geht am Kern vorbei, das Problem ist konkreter

Juliane Löffler

Wer heute auf den Debütroman von Karl Ove Knausgård schaut, den überkommt kurz Ruhe. Graue, schneebedeckte Berge sind darauf, eine stille, gleichförmige Seenlandschaft, wie das Cover einer CD mit Meditationsmusik. Der Inhalt aber ist nicht ruhig. Als der Roman 2015 in Schweden erschien, löste er eine mittelgroße literaturkritische Explosion aus. Ob man die auch hier befeuern will, jetzt, da der Roman auf Deutsch vorliegt, ist eine andere Frage. Aber der Reihe nach.

Karl Ove Knausgård schrieb 1998 sein Debüt *Aus der Welt*, er wurde damals in Norwegen als literarische Sensation gefeiert. Knausgård, erfolgreicher Schriftsteller, geliebt, verehrt und bekannt dafür, das eigene durchschnittliche Männerleben und seine gefühlte Unzulänglichkeit auf 4.000 Seiten und in sechs Bänden zu sezieren und dann *Min Kamp* zu nennen. Der einst im Interview mit einem *Freitag*-Redakteur sagte: „Ich schrieb über Windeln wie Joyce über Dublin.“ Ob das Größenwahn ist, originell oder einfach nur von einem Selbstbewusstsein zeugt, das nur weißen, heterosexuellen Cis-Männern gegeben ist, mag die Leserschaft selbst beurteilen. Aber um den Geniekult um Knausgård kurz ins Verhältnis zu setzen: Wann hat eine Schriftstellerin sich in epischer Breite über die Windeln ihrer Kinder ausgelassen? Und wie würde das von der Literaturkritik beurteilt werden? Knausgård bekam für seinen Romanzyklus den wichtigsten Literaturpreis seines Heimatlandes, er wurde zum Bestseller, in 35 Sprachen übersetzt.

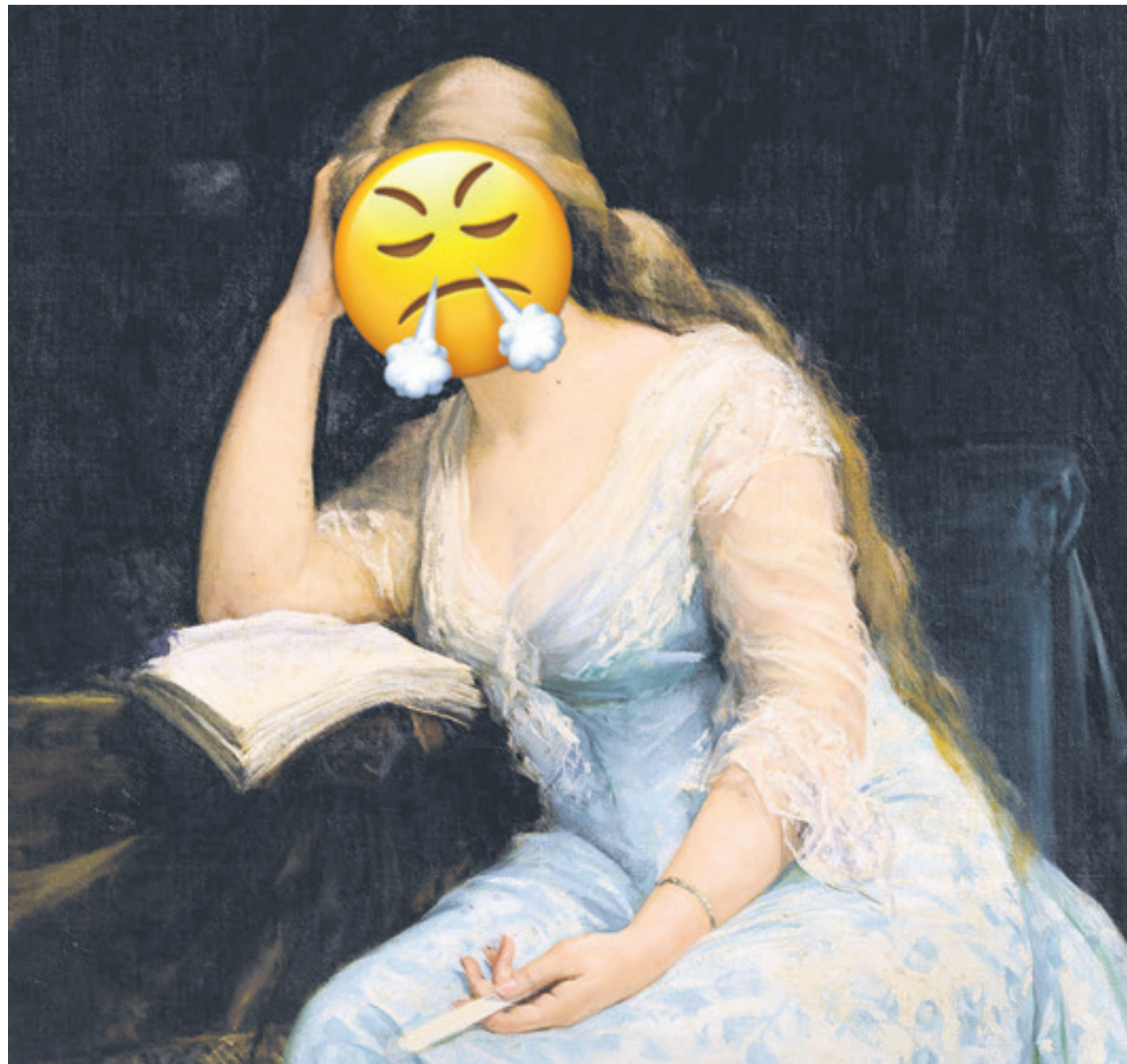
70.000 Straftaten

Die Kritik an seinem Debüt setzte Jahre später ein. Als es 2015 in Schweden erschien, warf ihm die Literaturwissenschaftlerin Ebba Witt-Brattström in einer der größten schwedischen Tageszeitungen „literarische Pädophilie“ vor. In dem Buch verliert sich die Romanfigur, ein Aushilfslehrer, in eine 13-jährige Schülerin und missbraucht sie. In der Erzählung wird der sexuelle Missbrauch mehr wie eine teils einvernehmliche romantische Begegnung beschrieben, wenn auch mit selbstkritischen Reflexionen des Lehrers.

Auf dem Cover der Erstausgabe ist ein nacktes junges Mädchen abgebildet. „Man würde heute nicht eine Sekunde zögern, diese Aufmachung als problematisch einzustufen“, heißt es in einem Artikel der *Zeit* von vergangener Woche. Ihr Feuilletonchef ist nach London gereist, um Knausgård zu treffen und über den Roman zu sprechen. „Ich denke manchmal, es hätte eine Debatte entstehen müssen, das Buch war doch eine Provokation“, erinnert sich der Autor zurück. Er habe den Roman so geschrieben, weil es darin auch um das Begehren gehe, Kind zu bleiben, um Reinheit und die Unreife des Protagonisten. Und er verneint die Frage sehr deutlich, ob er jemals eine Beziehung mit einer 13-Jährigen gehabt habe, was als Frage auftaucht, da Knausgårds Buch autobiografisch geprägt ist.

Umgekehrt erklärt Knausgård im Gespräch, wie schwierig der Vorwurf der Pädophilie für ihn als Vater und Autor sei. Er habe Angst, dass er sich in seinem Schreiben irgendwann nicht mehr auf riskantes Terrain werde vorwagen können. Woher rührt der Wunsch, die Kunst wieder verstärkt unter moralischen Gesichtspunkten zu betrachten, fragt die *Zeit*.

Dass aber Knausgårds Roman heute kontrovers diskutiert wird, liegt nicht nur daran, dass sich der Blick auf die Haltung von



Es ist einfacher, sich zu echauffieren, was man angeblich nicht mehr dürfe, als eigenen Sexismus anzugehen

Künstler:innen verändert hat. Oder Schilderungen darin als problematisch-romantisierend gelesen werden könnten. Es liegt daran, dass sich der Blick auf sexualisierte Gewalt, Missbrauch und Sexismus verändert hat. Natürlich muss sich Knausgård heute anderer Kritik stellen als 1998. Sieben Jahre ist es nun her, dass #aufschrei eine deutschlandweite Debatte auslöste, drei Jahre, dass #MeToo wie ein Dominoeffekt Gesellschaften auf der ganzen Welt erfasste. Feministinnen sagen oft, dass sie immer wieder die Frage hören, was #MeToo gebracht habe. Debatten über sexualisierte Gewalt und Übergriffe sind Prozesse, die sich über Jahre, Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte hinziehen und hier und da begreiflich werden an konkreten Gesetzesänderungen, aber eben auch in gesellschaftspolitischen Debatten: wie Literatur rezipiert wird, etwa.

Knausgård fürchtet um seine künstlerische Freiheit als Autor

Diese Grundsatzdebatten werden leidenschaftlich geführt, ausführlich, und meistens wird an der einen oder anderen Stelle irgendwann die Frage gestellt, was man denn jetzt noch schreiben dürfe, oder sagen, oder ob Flirten in Bars jetzt verboten sei. Natürlich ist es okay und notwendig, diese Debatten zu führen. Aber es sind keine unschuldigen Fragen. Es sind auch Argumentationsmus-

ter der Konservativen, die damit suggerieren wollen, #MeToo-Debatten oder deren Auswirkungen schränken die Freiheit ein, seien hysterisch oder übertrieben. Das geht am Kern des Problems vorbei.

In Deutschland wurden 2019 knapp 70.000 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung polizeilich erfasst. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Bekanntermaßen sind größtenteils Frauen davon betroffen. Und bekanntermaßen entsteht sexualisierte Gewalt aus einem gesellschaftlichen Umfeld, das strukturell sexistisch ist. Aber in welchem Ausmaß über abstrakte Argumente und über klare strafrechtliche Vergehen debattiert wird, steht in einem unausgewogenen Verhältnis.

Wer kennt den aktuellen Stand der Missbrauchsvorfälle gegen die Staatliche Ballettschule Berlin? Wie viel wurde über die Vorwürfe gegen Gebhard Henke und Siegfried Mauser berichtet und debattiert? Wie vielen Menschen sind diese Namen überhaupt ein Begriff? Wie viele Feuilletonartikel hingegen diskutierten seinerzeit die These von Catherine Deneuve, als sie mit 100 anderen Frauen in einem offenen Brief schrieb, #MeToo sei eine Hexenjagd?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Natürlich ist es einfacher, darüber zu sinnieren, wo Sexismus anfängt, als über strafrechtliche Vergehen, sei es am Küchentisch, sei es im Journalismus. Für Journalist:innen ist es einfacher, über Catherine Deneuve oder eben Karl Ove Knausgård zu schreiben statt über konkrete Fälle, weil in Deutschland die Hürden für die sogenannte Verdachtsberichterstattung hoch sind. Es muss ein ausreichendes öffentliches Interesse geben, es müssen ausreichend Belege und Belegfakten recherchiert werden, der Beschuldigte muss umfangreich die Gelegenheit bekommen, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, und in der Veröffentlichung muss klar werden, dass es sich um einen Verdacht handelt. Und trotzdem müssen Medien damit rechnen, für die Veröffentlichung der Vorwürfe angezeigt und verklagt zu werden. Wer zu Missbrauchs-

vorwürfen recherchieren will, braucht Ausdauer, Zeit und Geld. Und am besten Hausanwält:innen. Nur wenige Medien haben diese Kapazitäten.

Wenn ich mir die vielen Hinweise anschau, die mich per E-Mail erreichen, die vielen Vorwürfe, auf die ich während laufender Recherchen stoße, dann wünsche ich mir eine Hundertschaft an Journalist:innen, die dazu recherchiert. Weil ich weiß, dass ich vieles nicht werde ausrecherchieren können, weil die Zeit nicht reicht oder es schlicht zu wenig Belege gibt, um Vorwürfe öffentlich zu machen. Das ist nicht falsch – auch Menschen vor Vorwürfen zu schützen, ist ein wichtiger Teil der Berichterstattung und der Debatten über #MeToo. Auch sich zu entscheiden, Vorwürfe nicht zu veröffentlichen, kann richtig sein. Aber ich wünsche, dass darüber ähnlich leidenschaftlich diskutiert würde wie über die Thesen oftmals weißer Männer in den Feuilletons darüber, was sie jetzt alles nicht mehr dürfen.

Das gilt auch für den Küchentisch: Ich saß vor einigen Monaten in einer Runde, in der über Vorwürfe gegen einen Mann aus der Berliner Kunstbranche diskutiert wurde, es ging um Sexismus, verbale und körperliche Übergriffe. Ob die Frauen nicht auch davon profitierten, sich in erotische Beziehungen zu dem Beschuldigten zu begeben, denn auch das gehöre zu den Regeln des Kunstbetriebs, fragte eine Frau. Ich erklärte daraufhin, dass das nicht meine Frage sei. Dass meine Frage ist, ob es zu strafrechtlich relevanten Übergriffen gekommen sei. Na ja, erwiderte sie, na ja, es sei doch klar, dass das nicht okay wäre.

Nein, leider ist das nicht klar. Leider ist es Alltag. Und wir täten gut daran, uns mehr Mühe zu geben, auf konkrete Missstände zu schauen statt auf Meta-Debatten.

Juliane Löffler war Redakteurin des *Freitag* und ist heute Reporterin bei *BuzzFeed News*. Sie recherchiert aktuell zu #MeToo-Vorfällen im Medizinbetrieb. Für Informationen ist sie erreichbar: juliane.loeffler@buzzfeed.de

FOTO: JIM GETTY IMAGES; CARTOON: HAUCK & BAUER (OBEN)

Medientagebuch
Christoph Kappes

Ein Tweet der CDU ist mehr als ein Tweet

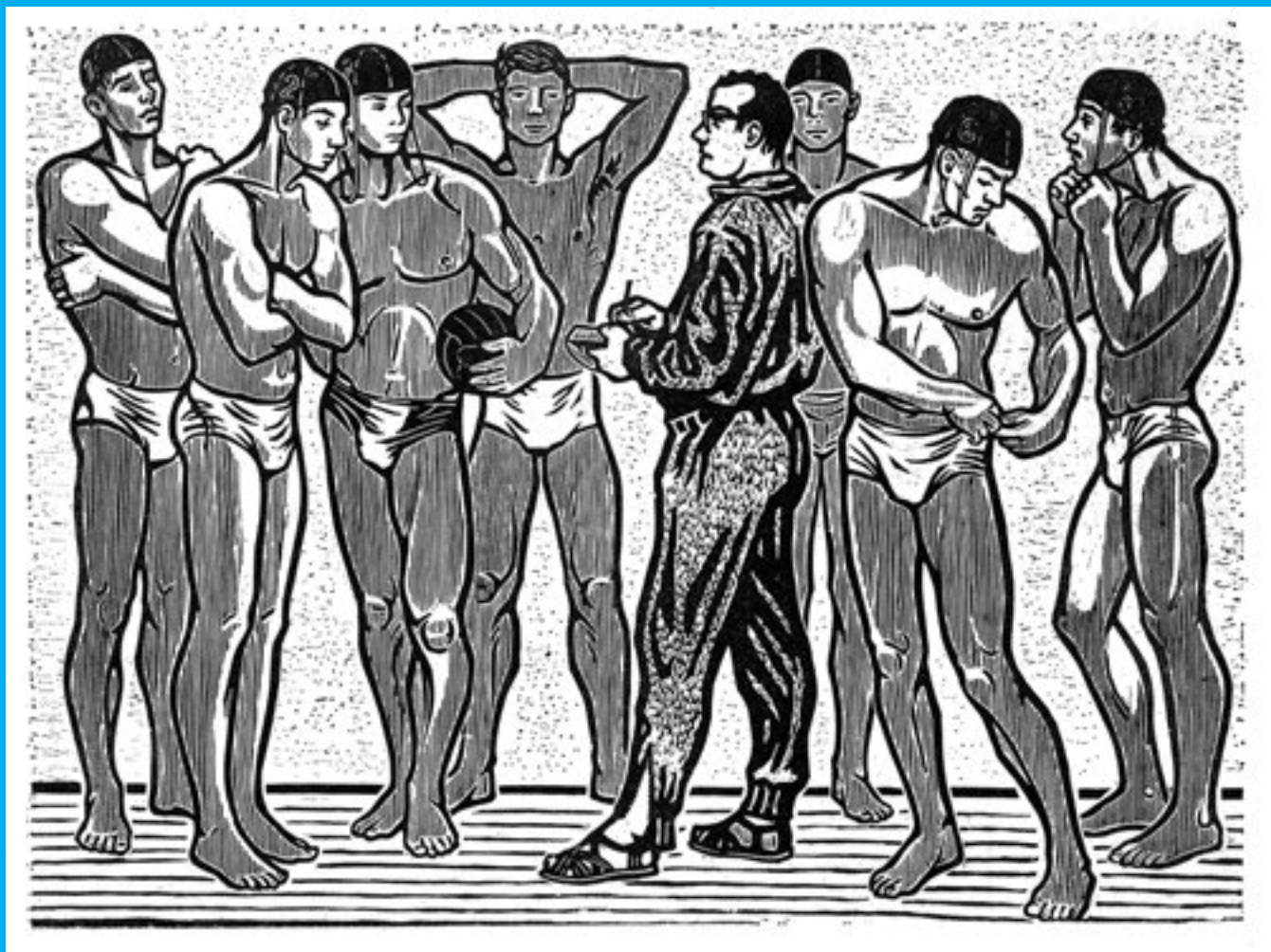
Man rieb sich auf Twitter die Augen: Die CDU empfiehlt auf einem Partei-Account Publikationen wie *Correctiv* und *Volksverpetzer*, um für Verschwörungsmythen zu sensibilisieren? Prompt protestierten angeblich altgediente CDU-Mitglieder, man müsse auch nach links Grenzen ziehen. Für die CDU-Kommunikationsabteilung mediökonomisch ein Coup: Wer es schafft, in der Twitter-Aufgeregtheit eines der Tagesthemen zu besetzen, hat sein Tagwerk getan. Statt sonst eher 100 gab es über 2.000 Likes. Es ist stets dieselbe Geschichte, sie beginnt mit einer Irritation, aus der sich ein Diskussionsplot entwickelt: Wie konnte es zu diesem Tweet kommen? Sind die empfohlenen Medien „links“? Für die einen entlarvt sich die CDU als Vorhut der linken „Merkel-Diktatur“, für die anderen als sich anbietende Partei auf verlorenem Posten. Wer antwortet was wem, wie reagiert die CDU auf Beschimpfungen?

Nun waren es nicht nur zwei, sondern neun Empfehlungen, darunter Wissenschaftler und die Bundeszentrale für politische Bildung. Der Tweet gehörte zu einer CDU-Kampagne gegen Verschwörungsideologien. Um die beiden monierten Publikationen ins rechte Licht zu stellen, das sie beleuchtete: Beide sind Faktenchecker, die mit Beharrlichkeit Teile einer Abwehrlinie gegen rechte Narrative, Spins und Verdrehungen bilden. Man muss nicht gleich mit dem Label „Sturmgeschütz der Demokratie“ kommen, aber dass sie in Social Media gewissermaßen im Nahkampf agieren, lässt Respekt zollen.

Diese Publikationen nehmen wie viele andere auch eine öffentliche Aufgabe wahr, die in der bürgerlichen Gesellschaft eher im Verborgenen stattfindet. In der Medienöffentlichkeit, mit einer Antifa-Fahne und Snoopy dialektisch zu überraschen, wie es Buchpreisjury-Sprecherin Hanna Engelmeier tat, ist wichtig. Nicht weniger wichtig ist die aufklärende „Kanalarbeit“ am Familientisch und im Freundeskreis.

Bei aller Dankbarkeit für Faktenchecker muss man dennoch an die Idee politischer Neutralität ein kleines Fragezeichen machen. Natürlich selektieren sie wie andere Medien auch. Selbstverständlich kommen sie um sprachlich mitlaufende Bedeutung nicht herum. Jedes Wort ist eine Entscheidung in Kontingenz. Wer sich mit Politik befasst, stellt fest: Schon die Herstellung von Kausalität macht große Probleme, etwa bei Kriminalität und ihren Ursachen. Die Fremdbezeichnung als Faktenchecker ist also fragwürdig, man muss sie aus erkenntnistheoretischer Sicht wohl als werblich ansehen. Auch geht es keineswegs nur um erfundene Verschwörungen. Was sie, etwa mit dem Slogan „Hinterfragen – Aufdecken – Informieren“ leisten, kann man schlicht politische Aufklärung nennen.

So banal ein Tweet erscheinen mag, es ist keine Petitesse, dass die CDU Position bezogen hat. Darin zeigt sich zudem eine Veränderung des Kommunikationsstils. Die Kommunikationsorgane der Parteien erweitern sich online immer mehr um die Kuratierung fremder Inhalte. Es wird munter retweetet, kommentiert und auch mal locker „drüberkommentiert“. Das ist mitunter eine Gratwanderung an den Kanten der Rollen, weil unklar ist, wer hier eigentlich mit welcher Legitimität spricht. Wogegen aber, wenn nicht besonders gegen die politische Lüge, sollten sich Parteien denn nicht wenden dürfen? Mit der Stärkung von Faktencheckern fördern sie Voraussetzungen ihrer selbst, die sie selbst nicht garantieren können. Operativ ging es um die Positionierung als „Partei der Mitte“. Aber wer weiß, vielleicht revitalisieren sich Parteien über solche anschlussfähige politische Bildungsarbeit. Twittern in der Blase ist einfach, lebendige Organisationen müssen ständig an ihren Außengrenzen arbeiten.



„Trainingsgespräch“, Linolschnitt 1964: Auf Wittdorfs Bildern manifestieren sich Wünsche nach Intimität und Nähe

Biergeschmack, Männerküsse, Zigarettenrauch. In der Ausstellungshalle sind über 100 Bilder zu sehen, die so, wie Wittdorf sie gerahmt hatte, in einer Petersburger Hängung an die Wände gebracht wurden. Dies ist nicht nur ein Lebenswerk, sondern ein Werk, mit dem gelebt wurde.

Naivität sei eine große Kraft, hat der Künstler einmal gesagt

Jürgen Wittdorf, 1932 in Karlsruhe geboren, aufgewachsen in Königsberg, 1944 die Flucht, Schule in Stollberg im Erzgebirge. 1949 Eintritt in die FDJ, 1952 Studium an der HGB in Leipzig. Er wird Auftragskünstler, illustriert, macht Kunst am Bau, unterrichtet. Nach der Wende ist beruflich Schluss. In der neuen Zeit ist kein Platz für seinen realistischen Stil. Dieses deutsche Leben breitet sich in der Schau wie ein Memoryspiel aus, ohne Chronologie und System. Alles hat die gleiche Bedeutung: die Dromedare im Tierpark, die Akte, Selbstbildnisse, die Nackten in Leder, die Topfpflanze auf dem Fensterbrett. Das alles sieht erstaunlich „normal“, „charmant“ aus, selbst der Kumpel im Lederharnisch.

Genau hier wird es interessant. Denn natürlich sind Wittdorfs Hähne, Pilze und Männerkörper ideologisch kontaminiert. Naivität sei eine große Kraft, hat der Künstler einmal gesagt, dem bis in die späteren 1960er wohl selbst nicht klar war, dass er schwul war. Die Funktionäre, die ihm vorwarfen, sein Zyklus *Für die Jugend* sei zu „westlich“, wussten es da schon. Denn das System, das Homosexualität ächtet, muss sie erkennen. Die konservativen Traditionen, auf die Wittdorf sich bezog, waren Barock, männliche Akte und Historienmalerei des späten 19. Jahrhunderts. Und natürlich die völkischen Darstellungen des soldatischen, wie eine Maschine arbeitenden Männerkörpers, die im Faschismus und im Stalinismus die Vorstellungen vom „Mannsein“ geprägt hatten. Viele Schwule in Ost und West tarnten ihre Fantasien bürgerlich: mit pädagogischem Eros, Begeisterung für die Antike, das Soldatische.

In Wittdorfs Nackten manifestieren sich Wünsche nach Nähe und Intimität, aber auch die Vision, dass hinter den Körperpanzern, hinter dem homophoben System ein zarter, liebender Kern schlummern möge. Seine „naiven“, liebenden Arbeiter und Sportler sehen so aus, als würden sie gleich aus den Zwängen ausbrechen, die Kontrolle verlieren. Doch ähnlich wie in der Pornografie ist auch dieser Kontrollverlust inszeniert – und lässt das System menschlicher aussehen, als es ist.

Jürgen Wittdorf: *Liebliche* Kunstverein Ost, Berlin, bis 14. November

Liebevolle Panzer

Ausstellung Der Kunstverein Ost zeigt das gerade noch gerettete Lebenswerk von Jürgen Wittdorf. Es ist ein meisterhaftes Sammelsurium voller Zärtlichkeit und Homoerotik

■ Oliver Koerner von Gustorf

Wenn wir Pornos sehen, finden wir es erotisch, wenn den Darstellern die Gesichtszüge und Bewegungen entgleiten. Wir lieben es, wenn authentische Lust dieses völlig vermarktete, abgekartete Schauspiel aufbricht, selbst wenn auch dieses Authentische inszeniert ist. Wir wollen nicht nur Hüllen, sondern auch Hierarchien und Rollen fallen sehen.

Die von Stephan Koal kuratierte Ausstellung *Jürgen Wittdorf: Liebliche* im KVOSt funktioniert ähnlich. Hier beobachtet man, wie dem sozialistischen Realismus die stereotypen Gesichtszüge und Posen entgleiten, wie DDR-Arbeiter und -Sportler das Heroische abstreifen, menschlich und schwul werden. Weit davon entfernt, wirklich pornografisch zu sein, erzählt die Ausstellung die exemplarische Geschichte des marginalisierten, vergessenen schwulen

Künstlers, der mitten im Kalten Krieg in einem Arbeiter- und Bauern-Staat groß wird, in dem Homosexualität zwar nicht unter Strafe steht, aber absolut geächtet ist.

Männerküsse, Zigarettenrauch

1963 bringt der Verlag Junge Welt seinen Holzschnitt-Zyklus *Für die Jugend* als Offset-Druck in einer Auflage von 10.000 Exemplaren heraus. Der Stil ist realistisch-dekorativ. Doch völlig ungewöhnlich ist die Lässigkeit, mit der die Jugendlichen gezeigt werden, die Anspielungen auf die westliche Halbstarke-Kultur der Fifties. Nicht nur die Girls werden angeschmachtet, auch die Jungs blicken sich ein bisschen zu tief in die Augen. Diese noch verhaltene Homoerotik kommt im Zyklus *Jugend und Sport* (1964) richtig zum Tragen. Hier laufen geile Bauarbeiter mit Sixpack und Holzschnitt-Behaarung rum, man posiert mit muskulösen schwarzen Typen aus sozialistischen Ländern für Freundschaftsfotos oder seift sich im Duschaum der Sportschule ein.

Die Druckgrafiken haben eine große Verbreitung in der DDR, ebenso wie Wittdorfs Kinderbücher. Er prägt eine humanere, fröhlichere Version des sozialistischen Realismus. Doch als er 2018 mit 86 Jahren verstirbt, ist dieser Ruhm vergessen. Jetzt will das Sozialamt posthum noch Geld für seine Pflege reinholen. Der gesamte Hausrat seiner Friedrichshainer Wohnung wird 2019 versteigert. Auch seine „Lieblinge“, die Zeichnungen, Drucke, Holzschnitte und Keramiken, die er ein ganzes Leben lang wie ein Privatmuseum gehütet hat. Zum Glück erfährt der Sammler und Kurator Jan Linkersdorff von der Auktion und kann große Teile des Vermächtnisses retten.

Interessanterweise wird Wittdorfs Kunst auch im Kunstverein wie eine Materialsammlung präsentiert. Seine Keramikteller, die zuvor in seinem Bad hingen, finden sich jetzt dicht an dicht als Cluster arrangiert im Schaufenster. Klassische, bis zum Kitsch idealisierte Sportler und Jünglinge hängen neben Gesichtsporträts von langhaarigen, bärtigen Männern. Man ahnt den

Wie ein lockeres Gebiss

Musik Lilith Stangenberg ist Orpheus. Ihr Album „Lovesongs From Hell“ ist zum Steinerweichen

■ Jenni Zylka

Niemand weiß, wie Orpheus wirklich klang. Wie er es schaffte, das gnatzige Meer zu beruhigen, den miesepetrigten Hades um den Finger zu wickeln, die Steine zum Weinen zu bringen. Und vor allem weiß niemand, wieso sie weinten: vielleicht ja auch aus reiner Verzweiflung.

Diese Platte ist jedenfalls zum Steinerweichen. Aber auf eine gute Art: Lilith Stangenberg ist Orpheus, eine weiblicher Orpheus. Ihre Lyra ist eine Heimorgel, gespielt vom philippinischen Multitalent, Filmemacher und Musiker Khavn De La Cruz. Und ihr Konzertmeister ist Alexander Kluge, der mit beiden Künstler*innen einen ausufernd-charmanten Mythen-Experimentalfilm gleichen Namens drehte.

Auf der nun noch vor dem verschobenen Filmstart erschienenen Platte singt sich die Schauspielerin trotziger frei: *Lovesongs From*

Hell heißt das erste Album des Stangenberg-Khavn-Projekts Orpheus. Während Khavn die integrierte Rhythmusmaschine wie ein lockeres Gebiss klappern lässt und Tasten so herzlich drückt, dass sie quäken, kreist Stangenbergs Stimme mit Eifer und Aufrichtigkeit um die Liebe, die Einsamkeit und das Drama: „I’m nobody and I’ll be nobody“ singt sie in *Orphan*. „Knock, knock, sad, sad song, don’t come near me, come in my ear“, fordert sie in *Leper*, irgendwo sitzt auch noch Brezel Göring von Stereo Total, dreht an Knöpfchen oder spielt versonnen ein kleines Schlagzeug.

Die Ernsthaftigkeit, mit der hier Easy Listening verdüstert und die Themen des antiken Stoffes verarbeitet sind, ist charmant: Wer sagt denn (siehe das zweifelhafte Wissen über Orpheus’ Talent), dass anrührende Musik durch technische Brillanz bestehen muss? Orpheus ist menschlich brillant. Der Song *Blind* mit seinem gemächlich polternden Beat hat in der Anmutung etwas

von Velvet Undergrounds *Heroin*: „I am blind – a contradiction“, singt Orpheus, „I place my hand on the arm of a man“, während die Orgel schwer im Hintergrund pusht und einen nur die Dur-Melodien von der Nico-Assoziation abhalten.

Nicht umdrehen, du Trottel!

Assoziationen sind ohnehin gewollt: Deutlich erkennt man Rainer Maria Rilkes *Das Lied des Trinkers* mit seinen verzweifelten Zeilen über die Sucht. „Da wollt’ ich es halten, da hielt es der Wein, bis ich mich ganz auf ihn verließ“, singt Stangenberg. Khavn spricht von einer „Undercover-Séance-Party“ mit Rilke, Buzzati, Cocteau und Salanga. Was in Kluges Kinofilm *Orpheus* passieren, collagieren, explodieren wird, inwiefern das Tor zur Unterwelt sich in einem Slum befindet, ist für den Genuss des Albums unwichtig: Es ist ein musikalischer Vorboten, aber nicht zwingend der Hölle. Im Video

zum Song *Tiwakal* kann man sich einen Eindruck abholen – grobkörnig flimmernde schwarzweiße Bilder von Stangenberg, die sich in einer Bar auf einem Stuhl um sich selbst dreht. Kluge, für den der *Orpheus*-Film die zweite Zusammenarbeit mit Khavn ist, geht es um Eindrücke. Er kann es sich erlauben, erratisch zu sein, weil so viel Wissen dahintersteckt, dass es interessant bleibt. Das Album *Orpheus – Lovesongs From Hell* ist eher emotional als erratisch. Aber es offenbart die gleiche Lust am kreativen Umgang mit Wissen und Halbwissen, Unter- und Halbwellen. In der Legende dreht sich Orpheus, dieser Trottel, bekanntlich um und schickt seine Frau damit zurück zu den freudlosen Schatten. Das Album lässt einen Mitleid mit ihm empfinden: Das war ja nicht böse. Nur ungünstig.

Lovesongs From Hell Orpheus Fun in the Church/Bertus/Zebrulation

„Das killt den Humor“

Im Gespräch Elias Hauck und Dominik Bauer mögen es, wenn ein Cartoon Fragen aufwirft, die der Leser sich nie gestellt hat

Elias Hauck und Dominik Bauer sitzen nebeneinander auf Plastikstühlen vor dem Römer in Frankfurt. Es ist kalt, außer den beiden frieren hier noch knapp 100 weitere Personen vor einer Bühne, auf der Anke Engelke eine Laudatio hält. Es läuft die Eröffnung ihrer großen Einzelausstellung – die Strichmännchen des Cartoonisten-Duos haben es endlich in die Frankfurter Caricatura geschafft.

der Freitag: Corona will man allgemein schnell hinter sich bringen, darum fangen wir gleich damit an. Wie ist es eurem Duo im Quasi-Lockdown des Frühjahrs ergangen?

Dominik Bauer: Wir praktizieren ja schon seit 17 Jahren Social Distancing, Elias arbeitet in Berlin, ich in Frankfurt. Also, wir hatten im Gegensatz zu anderen Humorkollegen keinen Grund zur Klage, der Cartoon hat sich als krisensichere Nische herausgestellt.

Elias Hauck: Ich habe den Corona-Zuschuss im September wieder zurückgezahlt.

Ihr habt also die ganze Ruhe des Jahres auch genossen?

Bauer: Ja, schon. Weiße Seiten im Kalender sind etwas Herrliches. **Und habt ihr, wie wir uns das alle erträumten, in der Extra-Zeit neue Fähigkeiten erlernt?**

Hauck: Ich gebe jetzt im Internet mein ganzes Geld für Kartentricks aus, na ja, dafür spare ich mir aber auch die Jahreskarte der Berliner Bäderbetriebe.

Hauck: Ich glaube, diese Mischung ist wichtig, wir wollen uns ja auch noch gegenseitig überraschen. Aber wir haben keine To-do-Liste mit Themen. Außer für die *Titanic*, wo wir mit Rattelschneck und Rudi Hurlzmeier immer ein Thema für unsere gemeinsame Doppelseite vereinbaren müssen.

Bauer: Ja, sonst ist das nicht die Herangehensweise. Oft hab ich nur einen Satz notiert, zum Beispiel „Wenn wir Ulli einladen, müssen wir auch Hanna einladen.“ Das ist ein Super-Anfang für einen Dialog, aber ich weiß dann noch nicht, wo das hingehet.

In eurer Ausstellung, die vor allem aus sehr vielen Hauck-&-Bauer-Cartoons besteht, fällt auf, dass einem weit mehr davon bekannt sind, als man vielleicht denken würde. Der Grund ist simpel: Viele eurer Gags sind „viral gegangen“, haben sich also im Netz verbreitet. Kann man das planen, beziehungsweise verwirft man in Zeiten von Social Media auch Witze, weil man weiß, die „funktionieren“ nicht im Netz?

Hauck: Wir arbeiten ja in erster Linie für Print, *FAS*, *Titanic* und andere. Nach der Veröffentlichung posten wir die Cartoons dann noch, und wenn da ein Witz „funktioniert“, ist das ein Bonus.

Bauer: Ich bin immer wieder überrascht, welche Witze viral gehen und welche nicht, ich würde da sehr oft danebentippen. Wir haben also gar keine andere Wahl, als das zu machen, was wir selbst lustig finden.

Apropos Ausstellung ... wie gefällt euch eure?

Hauck: Ich hab die noch gar nicht in Ruhe gesehen ...

Bauer: Ich kannte leider alles schon. Aber sie ist wirklich sehr schön geworden. Danke an der Stelle noch mal an unseren Kurator Mark-Stefan Tietze.

Hauck: Den kongenialen Mark-Stefan Tietze, wie er in der Presse richtig genannt wurde!

Das Ergebnis ist sehr unterhaltsam, auffällig ist aber, dass es wenig „Abseitiges“ gibt neben dem Cartoon-Parcours. Vermisst ihr nicht zum Beispiel eine Skulptur aus Eisstielen, eine Installation aus 20 TV-Geräten – oder entspricht dieser begehbbare Comic-Band euch letztlich am besten?

Bauer: Es soll ja eine Werkschau sein. Also ich finde, es bildet sehr gut ab, was wir machen. Wir hatten schon noch ein paar Sonderideen, aber die haben es aus verschiedensten Gründen nicht ins Museum geschafft.

Hauck: Zum Beispiel ist ein Pulli auf mysteriöse Weise verschwunden. Das Motiv: „Hard Rock Cafe Tschernobyl!“ ...

Ihr seid Freunde, noch aus Schulzeiten. Wie waren so die allerersten Einschätzungen, die ihr damals von dem anderen hattet?

Hauck: Angeber!

Bauer: Arsch!

Hauck: Philosoph! Lyriker!

Gab es in all den Jahren der Zusammenarbeit Krisen, die euer Duo ins Wanken gebracht haben?

Bauer: Ich glaube, in den 17 Jahren gab es zwei, drei grundlegende Meinungsverschiedenheiten. Aber auch da haben wir nicht mit den Türen geknallt.

Hauck: Beziehungsweise konnte man das Berliner Türenknallen von Frankfurt aus nicht so gut hören. Noch ein weiterer Vorteil der Zusammenarbeit!

Lob ist erfahrungsgemäß leicht zu verarbeiten, weit schwieriger wird's bei Kritik. Gibt es das, dass der eine eine Idee oder der andere eine Umsetzung liefert, die das Gegenüber nur so halb gut findet? Habt ihr da eine Möglichkeit gefunden, das zu äußern?



bewirtete Klaus Wowereit in einer Bar am Nollendorfplatz. Die Geschichte mit dem Zigarettenautomaten, den 18 großen Bieren und dem Touristenpärchen, das sich zuraunte: „Yes, he is the mayor of this city“, erzähle ich gerne mal privat an anderer Stelle. Hier ist dafür nicht der richtige Ort. **Die Aufarbeitung von News und gesellschaftlichen Entwicklungen durch Humor hat in der letzten Dekade sehr an Einfluss gewonnen – wie bewertet ihr die damit einhergehende „ideologische Bedeutung“ eines Cartoons?**

„Man kann Witze über alles machen. Die Frage ist, will man es?“

D. Bauer

Hauck: Es ist schwierig, in Cartoons „Botschaften“ rüberbringen zu wollen, das killt auf die Dauer den Humor.

Bauer: Ich mag es eigentlich lieber, wenn ein Cartoon eine Frage aufwirft, die sich der Leser so vielleicht noch nie gestellt hat. Ja, ich sage bewusst „der Leser“, denn die Leserin hat sich die Frage wahrscheinlich doch schon mal gestellt.

Fühlt ihr euch um Punchlines gebracht durch eine sensiblere Öffentlichkeit? Martin Sonneborn äußert sich besorgt über Comedy, wenn sie nicht mehr über jeden, also auch über Minderheiten, witzeln „dürfe“. Wie seht ihr das?

Hauck: Diese Sorge teilen wir nicht. Man darf doch alles.

Bauer: Der ehemalige *Titanic*-Redakteur Bernd Zeller macht sogar Cartoons für die AfD. Kann man alles machen – die Frage ist immer nur, ob man es machen will.

Comedy wird zunehmend zum Schlachtfeld – man denke nur an die jüngsten Kontroversen um Dieter Nuhr, Serdar Somuncu, Lisa Eckhart. Habt ihr das verfolgt, was sind da eure Gedanken gewesen?

Bauer: Äh. Gibt es da noch einen Gedanken, der noch nicht formuliert wurde? Ich hoffe, dass jeder das Publikum bekommt, das er verdient.

Hand aufs Herz: Wie unangenehm ist es für euch, dass solche Figuren hier jetzt überhaupt erwähnt wurden?

Hauck: Na ja, man darf sie ja nicht canceln.

Jetzt aber noch ein Blick in die Zukunft: Eine eigene Ausstellung, Preise und Cartoons, die jeder kennt und schätzt. Was wollt ihr eigentlich noch?

Hauck: Ein Hauck-&-Bauer-Musical wäre schön.

Bauer: Für unser allererstes Buch haben wir laut Vertrag tatsächlich die Musical-Rechte abgegeben, aber für alle Bücher bei Kunstmann sind sie noch frei!

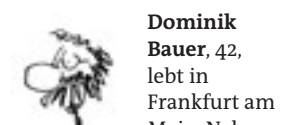
Also, ich meine natürlich: Was ist das nächste Projekt, das für Hauck & Bauer ansteht, wisst (oder ahnt) ihr das schon?

Bauer: Um es mit Lotti Huber zu sagen: „Diese Zitrone ...“

Hauck: Bitte nichts mit Lotti Huber sagen!

Das Gespräch führte Linus Volkmann

Hauck & Bauer: Cartoons
Caricatura Museum, Frankfurt am Main, bis 7. März 2021



Dominik Bauer, 42, lebt in Frankfurt am Main. Neben dem Schreiben von Cartoons für Hauck & Bauer ist er unter anderem auch als regelmäßiger Gag-Autor für die Online-Ausgabe der *heute-show* des ZDF tätig



Elias Hauck, 42, lebt in Berlin. Neben dem Zeichnen von Cartoons für

Hauck & Bauer organisiert er immer wieder außergewöhnliche Kultur-Events, wie ein Comic-Festival, das 24 Stunden ohne Pause läuft, oder auch Kneipen-Lesungen nach den Hörspielfassungen der Serie *Alf*

Bauer: Ich hatte kurz die Idee, mir Bauchreden beizubringen, nachdem ich im Internet gelesen habe, dass das jeder Mensch lernen kann. Vielleicht mache ich das noch. Hilft im Herbst und Winter bestimmt, Aerosole zu vermeiden. **Corona war und ist auch ein Thema für Cartoons – fällt es euch leicht, dazu etwas zu machen, oder ist es eher lästige Pflicht und völlig überlaufen?**

Hauck: Was mir wichtig war: den ersten Weihnachtsmann-mit-Maske-Cartoon zu machen. **Bauer:** Witztechnisch ist das ein Thema wie jedes andere. Im März und April kam man ja wirklich nicht drum herum. Inzwischen sind, glaube ich, sowohl Zeichner als auch Betrachter froh, wenn es auch mal um andere Themen geht. **Wie läuft die Auswahl bei euch? Manchmal sind die Cartoons sehr anschlussfähig an ein gesellschaftliches Momentum, manchmal gönnt ihr euch auch völlig Abseitiges, das aus dem Nichts zu kommen scheint. Wägt ihr da ab?**

Bauer: Haha, ja, das gibt es ständig. Das wird auch nicht vorsichtig formuliert, sondern sehr direkt. Wäre auch wahnhaft anstrengend, wenn wir ständig einen Eiertanz aufführen müssten, um den anderen nicht zu kränken.

Hauck: Die Angeber-Antwort wäre: Wir haben so viel Stoff, dass man sich da nicht über die eine oder andere Pointe streiten muss. Es gibt eigentlich keinen nicht veröffentlichten Witz, dem ich hinterhertrauere.

Also ist es jedes Mal nicht dramatisch, das Gefühl von Zurückweisung durch den anderen kein Problem?

Bauer: Okay, ja, doch!

Bauer: Das Gute an der Zusammenarbeit ist ja, dass wir uns gegenseitig regulieren. Jeder H&B-Cartoon gefällt ja schon mal vor der Veröffentlichung zwei Leuten. Das können die meisten Kollegen von

uns nicht von sich behaupten.

Bauer: Bis auf Katz und Goldt ...

Hauck: Ja.

Bauer: ... Greser und Lenz ...

Hauck: Ja.

Bauer: ... und Schilling und Blum.

Hauck: Ja, gut!

Wie viel verwerft ihr überhaupt? Gibt es eine Art Hauck-&-Bauer-„Giftschrank“ oder könnt ihr quasi alles nutzen, was entsteht?

Hauck: Gute Frage! Es gibt sogar zwei Giftschränke. In Giftschrank 1 liegen die Strips, die die *FAS* abgelehnt hat. Kommt aber superselten vor, und dann wird auch nicht rumgebastelt oder über Pointen diskutiert.

Bauer: Da kommt dann typischerweise eine Mail von unserem Redakteur: „Männer, den fanden wir nicht so witzig.“ Dann hakt man den ab.

Hauck: Wichtig: nie auf redaktionelle Pointenänderungswünsche eingehen!

Bauer: Nie! Und in Giftschrank 2 ist der Stapel mit den sogenannten „Rolltreppenwitz“. Das sind Witze, die wir uns selbst nicht erklären können oder anderen nicht zumuten wollen. In Vorbereitung zur Ausstellung sind wir den Rolltreppen-Ordner mal durchgegangen. Was da für Sachen dabei sind!

Hauck: Manchmal erschrickt man richtig darüber, was man vor ein paar Jahren mal lustig fand. Andere Zeichnungen bleiben für uns immer witzig, wir können uns aber selbst nicht erklären, warum. Zum Beispiel ein Mann beim Friseur, der in den Spiegel schaut und dabei schreit: „Sie haben mich ja kahl geschoren!!!“

Bauer: Herrlich, seit über 15 Jahren. Warum ist das so lustig?

Hauck: Ich weiß es nicht.

Aber warum „Rolltreppe“?

Bauer: Ach so, der namensgebende Cartoon zeigte einen Großvater und seinen Enkel auf einer Rolltreppe.

Hauck: „Hast du keine Angst vor dem Ding?“ – Enkel: „Nein.“ – Großvater: „OBWOHL ES DEINEN NAMEN RUFT?“

Hauck: Rätselhaft.

Gibt es Dinge, Themen, Richtungen, bei denen ihr schon wisst, das mag der andere nicht so – und das muss ich ihm irgendwie geschickt unterjubeln?

Hauck: Trump zeichne ich erst wieder, wenn er tot ist. Bis dahin wünsche ich ihm aber alles Gute.

Bauer: Ist mir recht, dann muss ich mich nicht mit ihm beschäftigen. Aber sonst? Nö.

Könnt ihr eigentlich vom „reinen“ Cartoon-Geschäft leben? Ihr arbeitet ja auch noch anderen Humor-Medien zu wie der „heute-show“ oder der Comedy-Sendung „Ringlstetter“.

Hauck: Mittlerweile geht's. Früher war Dominik in der Werbung, ich

„Trump zeichne ich erst wieder, wenn er tot ist“

E. Hauck

Angreifer von rechts

Hass Eine Studie zeigt, wie das Zusammenspiel von „besorgten Bürgern“, AfD und Rechtsextremen unsere Gesellschaft bedroht

■ Martina Mescher

Die Einschläge kommen näher. Mit dem tödlichen Schuss auf Walter Lübcke, dem rechtsextremen Anschlag von Halle und den rassistischen Morden in Hanau gab es innerhalb von neun Monaten eine Serie rechtsextremer Terroranschläge. Dass „vom Rechtsextremismus die größte Bedrohung für unser Land ausgeht“, ist ein Satz, den man von Bundesinnenminister Horst Seehofer seither häufiger hört. Ob er den Ernst der Lage tatsächlich erkannt hat, muss man bezweifeln. Im Wochentakt fliegen rechtsextreme Polizei-Chatgruppen auf, aber Seehofer stemmte sich lange gegen eine Durchleuchtung der Sicherheitsbehörden. Stattdessen kündigte er eine breiter angelegte Untersuchung an, über Rassismus in der Gesellschaft. Solche Studien gibt es seit Jahrzehnten. Federführend auf den Weg gebracht hat sie der Soziologe Wilhelm Heitmeyer mit der Langzeitstudie *Deutsche Zustände* zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Seine Forschungsergebnisse wurden gern mit dem Vorwurf des Alarmismus quittiert.

Wie sich im Schatten dieser Ignoranz das rechte Spektrum differenziert, dynamisiert und zugleich seine Kräfte gebündelt hat, skizziert Wilhelm Heitmeyer nun zusammen mit Manuela Freiheit und Peter Sitzer in *Rechte Bedrohungsallianzen*. Dieses Spektrum reicht vom „besorgten Bürger“ über Intellektuelle, die die Rechtsdrift im gesellschaftspolitischen Diskurs befeuern, von konservativen Politikern bis zur AfD. Und vom rechtsextremen Netzwerk bis zur Terrorzelle. Es ist dieses Zusammenspiel von Rechtsextremismus, verrohtem Bürgertum und autoritärem Nationalradikalismus in Gestalt der AfD, das die liberale Demokratie und die offene Gesellschaft bedroht. Im Buch werden die Allianzen exemplarisch am Beispiel Chemnitz durchdekliniert. Im August 2018 marschierten dort beim „Trauermarsch“ AfD-Politiker,



Hier wenigstens als Nazi erkennbar: volkstümelnd, mit Reichsflagge am Revers

Hooligans, Pegida-Akteure, NPD-Funktionäre, Neonazis aus der Kameradschaftsszene und „besorgte Bürger“ Seite an Seite. „Das Neue an dieser Demonstration war der unübersehbare Schulterchluss“, schreiben die Autoren. Sie sprechen von Legitimationsbrücken, die durch solche Interaktionen entstehen. Rechtsterroristen können sich als „Vollstrecker“ eines vermeintlichen „Volkswillens“ imaginieren. Es gibt ein Video, das den mutmaßlichen Mörder Walter Lübckes beim Chemnitzer Aufmarsch zeigt.

Die Eskalationstreiber

Was die Vertreter des rechten Spektrums eint, sind der Glaube an die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Überzeugung vom bevorstehenden Untergang Deutschlands durch „Überfremdung“. Bei aller Un-

terschiedlichkeit teilen sie „die brutale Vision einer geschlossenen Gesellschaft mit einer autoritären staatlichen Ordnung“.

Die Autoren belegen mit einer Fülle empirischer Daten aus den *Deutschen Zuständen* und den darauf folgenden „Mitte-Studien“, wie rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen zugenommen haben. In *Rechte Bedrohungsallianzen* wird die Dimension der Eskalation, die Heitmeyer bereits vor zwei Jahren in *Autoritäre Versuchungen* aufgemacht hat, eindrucksvoll dechiffriert. Daraus warnte er vor der Normalisierung menschenfeindlicher Positionen, mit der auch die Akzeptanz von Gewalt steigt. Vor allem die völkischen Vertreter der AfD bringen die „Gewaltmembran zum Schwingen“, mit Begriffen wie „Umvolkung“ und der Stilisierung des „deutsche Volks“ als Opfer. Wer glaubt, die Radikalisierung hätte erst mit

Frauke Petry begonnen, liegt falsch. Schon Bernd Lucke schwadronierte vom „Untergang“ Deutschlands und von „unkontrollierter Zuwanderung“. Zur Bundestagswahl 2013 sprach er über „Entartungen von Parlamentarismus und Demokratie“. Mit ihrer Strategie, die Grenzen des Sagbaren immer weiter zu verschieben, ist die AfD ein Eskalationstreiber. Sei man früher mit Leugnungen des Holocaust konfrontiert gewesen, fänden sich in den Gästebüchern nun auch Befürwortungen eines neuen Holocaust, wird Volkhard Knigge, der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, zitiert. Die Bedrohung hat sich in den privaten Alltag zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure vorverlagert, stellen die Autoren fest: „Vormals geltende Grenzen zwischen dem privaten und dem öffentlich-politischen Raum werden im Säurebad der Hasskommunikation

aufgelöst.“ Dieser Hass formiert sich im Netz und auf der Straße. Es werden Daten gesammelt, „Feindeslisten“ erstellt, Drohmails verschickt und Menschen, die sich Rechtsextremen entgegenstellen, eingeschüchert und attackiert. Bei Aufmärschen triggern Galgen und Bildmontagen von Politikern und Politikerinnen – und nun auch von dem Virologen Christian Drosten – in Häftlingsuniform Umsturzfantasien. Der öffentliche Raum ist der Ort von Machtde-

Die AfD verschob von Anfang an die Grenzen des Sagbaren

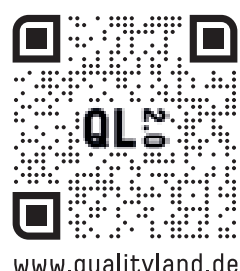
monstration und physischer Gewalt, der virtuelle Raum ist der Ort der „ideologischen Aufheizung“. Heitmeyer verweist seit Jahren auf den Zusammenhang zwischen der Ideologie der Ungleichwertigkeit und der durch einen rabiatischen Kapitalismus forcierten Ungleichheit. Im Zuge der Finanzkrise nahmen menschenverachtende Einstellungen zu. Für die Zeit nach der Coronapandemie ist das ein schlechtes Omen.

Die AfD schwächelt derzeit zwar in Umfragen, aber spätestens seit dem ersten Band der *Deutschen Zustände* von 2002 weiß man, ihr Wählerpotenzial bestand lange vor der AfD-Gründung. Dass CDU und CSU auch nach der Ministerpräsidentenwahl von Thüringen eisern an der „Hufeisentheorie“ festhalten, weil sie nicht vom Mantra der „bürgerlichen Mitte“, die immun gegen Rechtsextremismus sei, lassen wollen, spricht nicht für Einsicht in den Ernst der Lage. Denn so eine Mitte gab es hierzulande nie.

Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit, Peter Sitzer Suhrkamp 2020, 325 S., 18 €

ANZEIGE

„Sollten Sie einmal das Gefühl haben, dass plötzlich **alles einen Sinn** ergibt, dann sind Sie sehr wahrscheinlich auf eine **Verschwörungstheorie** hereingefallen.“



Der neue Roman von **MARC-UWE KLING**

www.qualityland.de

Der beratene Fußball

Spitzensport Ex-Profi Andreas Buck erzählt von Fehlentwicklungen der Bundesliga

■ Michael Angele

Ich war etwas skeptisch, als ich von diesem Buch hörte. „Mein Wettlauf mit dem Fußballgeschäft“ lässt zwar auf Einblicke in die Hyperkommerzialisierung des Fußballs hoffen, aber ist Andreas Buck der Richtige? Man erinnert sich an einen pfeilschnellen Spieler, der bei Kaiserslautern und Stuttgart das rechte Mittelfeld „bearbeitete“. Mehr grad nicht. War er in der Nationalelf? Nein, aber er hatte ein Angebot des DFB, und warum es dann doch nicht klappte, liest man als Fan halt immer gern. Hier tut man es umso mehr, als Bucks Co-Autor, der Journalist und Schriftsteller Johannes Ehrmann, den passenden Stil gefunden hat: nahe dran, schnörkellos, ohne falschen Anspruch auf gedankliche Überhöhung einer Karriere, die sich tatsächlich in einer Wendezeit ereignete, wie Historiker sagen würden.

Als der im schwäbischen Geislingen groß gewordene Buck seine Karriere beendet, beginnt Ralf Rangnick gerade die seine, man nennt ihn „Professor“, die Verwissenschaftlichung des Fußballs setzt ein, gegen massive Tendenzen eines Betriebs, in dem immer noch viele ehemalige Profis lukrative Trainerkarrieren hinlegen, weil sie vom Nimbus des begnadeten Spielers profitieren. Es ist kein Zufall, dass Rangnick gleich bei drei Traditionsvereinen wenig bewegte, bevor er auf die TSG Hoffenheim traf, wo sich der Optimierungsgedanke des Spiels und das neue Geld die Hand gaben. Bucks Karriere fällt vor allem aber in eine Zeit, in

der die Spielerberater massiv an Einfluss gewinnen. Da wird nun sehr anschaulich erzählt, wie er beim FCK marginalisiert wird, weil der Berater von Mario Basler immer mehr Spieler beim Verein unterbringt und dem schwachen Trainer Andreas Brehme – auch so einer aus der Abteilung „Legende, aber von gestern“ – in die Aufstellung reinquatscht. Den Untergang des FCK hat das nicht verhindert. Buck wendet sich nicht vollends ab, lässt sich später sogar in den Vorstand des Mitgliedervereins des FCK wählen, dort hat er ein paar Ideen, die liegen bleiben, und so lässt er es wieder.

Buck klagt zwar über die Entwicklung, aber er ist kein Systemkritiker. In dieser Sandwichposition ist er der Idealtypus unserer Zeit: Über zu hohe Spielergehälter beklagt sich heute sogar ein Dietmar Hopp, der Mäzen der TSG Hoffenheim. Was Buck von Milliardär Hopp unterscheidet, ist das Normale: an seinen Meinungen, seinen Taten, seiner Existenz. Und das stimmt auch dann, wenn seine Karriere auf und neben dem Platz nicht frei von „Höhen und Tie-

fen“ verlaufen ist, wie man so sagt. In seinen Ansichten unterscheidet sich der Profi Buck wenig von den Millionen, die jede Woche vor dem Fernseher, auf oder neben dem Platz stehen.

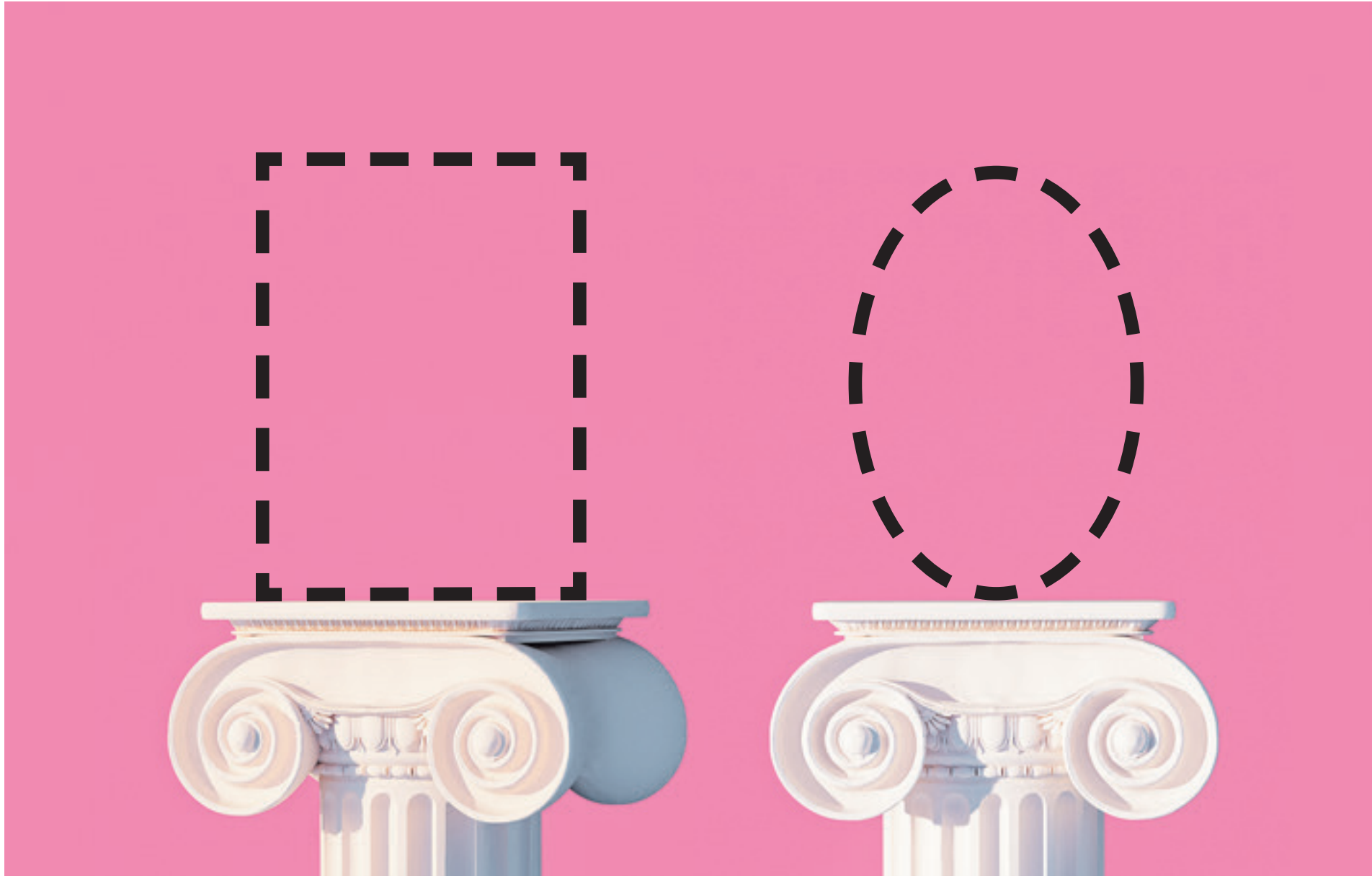
Zwar ist das Bewusstsein von den Fehlentwicklungen im Fußball heute die Regel, aber es gibt eben weder praktikable Rezepte noch den kollektiven Willen, die Dinge in eine humanere Richtung zu drehen. Warum nicht? Darum: Die gleichen Leute, die über den „Wahnsinn“ klagen, sind nun einmal die, die ihn füttern: Hopp, aber auch wir, wenn wir ein DAZN-Abo haben. Oder Buck. Der ist heute Finanzberater, und viele seiner Kunden sind Ex-Profis.

Darin zieht sich eine etwas abgeschwächte, mit solide-schwäbischer Hand gezeichnete Linie weiter, die durch ungezählte Spielerkabinen führt. Die deprimierendste Einsicht, die das Buch für seine Leser parat hat, ist ja diese: „Und natürlich ist Geld auch ständig Thema in der Mannschaft. Frauen, Autos, Kohle. Es wird von wenig anderem gesprochen in einem Fußballteam. Und bei allem geht es darum, der Schnellsche zu sein oder der Coolste. ‚Bist du blöd, so viel Steuern zu bezahlen?‘ Das ist einer der Sätze, die ich ständig höre. Und es stimmt ja.“ Als kleiner Trost fungiert da die Nachricht über seinen Sohn. Der klickt in der DJugend des „Dorfclubs“ und ist glücklich damit. Erst mal.

Turbo. Mein Wettlauf mit dem Fußballgeschäft Andreas Buck, Johannes Ehrmann Tropen 2020, 224 S., 20 €

„Frauen, Autos, Kohle – das ist ständig Thema in der Mannschaft“

der Freitag Kultur+



David Vuillaume vom Deutschen Museumsbund hat dazu eine klare Haltung: „Museumsobjekte sind keine Marktobjekte. Sie haben einen kulturellen Wert und dürfen nicht auf den Markt gebracht werden.“ „Aussonderungen“, wie es im Fachjargon heißt, seien nur an andere Museen möglich. Von Ausnahmen, wie sie in den USA jetzt gelten, hält Vuillaume nichts: „Wenn man sie bei jeder Krise aussetzt, braucht man keine Regeln.“

Erlöse für „bessere Kunst“?

Fragt man bei den großen Museen in Deutschland nach, ob sie Verkäufe erwägen, schwingt eine Empörung in den Antworten mit. Die Münchner Pinakotheken zum Beispiel schreiben: „Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen verwalten, vermitteln und beforschen die Kunstwerke des Freistaats Bayern, die seit über fünf Jahrhunderten in zunächst fürstlichem, dann königlichem, später staatlichem und bürgerlichem Sammeln zusammengetragen worden sind. Es handelt sich hier um den weltweit größten Bilderschatz. (...) Die Sammlungen gehören zum Grundstockvermögen des Freistaats Bayern und werden per se nicht veräußert. Es gab auch nie Pläne dies zu tun.“ Ähnlich die Antwort der Stiftung Preussischer Kulturbesitz: Werke werden „grundsätzlich nicht veräußert und dies ist auch nicht geplant, um Einnahmeausfälle zu kompensieren. (...) Seit Gründung der SPK ist so ein Vorgang aus Gründen der Finanzierung von Unterhaltsleistungen noch nie vorgekommen.“ Ebenso schließt das Städel Museum in Frankfurt Verkäufe aus. Und verweist doch auf ein interessantes Detail im Stiftungsbrief von 1815: „Johann Friedrich Städel legte darin fest, dass seine Sammlung dem Prinzip der künstlerischen Qualität verpflichtet ist und dass sie keinesfalls als etwas Statisches betrachtet werden und entsprechend bewahrt werden müsse. Sondern dass diese Sammlung durch Zukäufe vermehrt und sogar durch Verkäufe gemindert werden dürfe, wenn von den Erlösen bessere Kunst erworben würde. Davon machte man in der Frühzeit des Museums Gebrauch.“

FOTO: (M), ADOBE STOCK

Zwar lagern die meisten Werke eh im Depot, aber Kritiker_innen befürchten langfristige Folgen und Einfluss auf Schenkungen

Geld oder Cranach

Auktion Eigentlich sollen Museen ihre Kunst nicht verkaufen. Doch im Zuge von Corona bröckelt das Tabu

Christine Käppeler

Am Ende lag der Preis mehr als drei Millionen Dollar über dem Schätzwert: Als vergangenen Donnerstag elf Werke aus der Sammlung des New Yorker Brooklyn Museum bei Christie's versteigert wurden, da war ein Bieter bereit, gut fünf Millionen Dollar für ein Gemälde zu bezahlen, das zuvor auf 1,2 bis 1,8 Millionen taxiert worden war. Wer die *Lucretia* von Lucas Cranach dem Älteren gekauft hat, darüber gibt das Auktionshaus keine Auskunft. Wie das Gemälde ursprünglich in den Besitz des Museums gekommen

war, ist hingegen bekannt. 1921 wurde es dem Haus von A. Augustus Healy vermach, einem ehemaligen Kaufmann, der 25 Jahre Direktor des Museums war. Dem Verzeichnis von Christie's zufolge ist das Gemälde danach nur zweimal zu sehen gewesen, zuletzt 1990 als Teil einer Ausstellung des Konzeptkünstlers Joseph Kosuth. Anne Pasternak, die das Brooklyn Museum seit 2015 leitet, hat den Schritt gegenüber der *New York Times* denn auch so erklärt: „Wir haben eine breit angelegte Sammlung qualitativ hochwertiger Kunst, aber wir besitzen Werke – wie viele Museen unserer Größe –, die nie oder seit Jahrzehnten nicht gezeigt wurden.“ Das Brooklyn Museum, 1887 eröffnet, ist eines der größ-

ten Kunstmuseen der USA. „Ihre Abwesenheit“, sagte Pasternak über die veräußerten Werke, „mindert unsere Sammlung nicht.“ Der Fall ist deshalb so interessant, weil Verkäufe aus den Depots von Museen eigentlich tabu sind, in den USA gilt das ebenso wie in Deutschland. Sammeln, Bewahren, Ausstellen, Forschen und Vermitteln – so lauten die Kernaufgaben eines jeden Museums. Bewahren, das heißt allerdings nicht nur, die Sammlungen zusammenzuhalten, komme, was wolle; es bedeutet auch, die Werke instand zu halten, sie zu pflegen und zu schützen, wenn sie als Leihgaben an andere Museen gehen. In diese Arbeit soll der Erlös der versteigerten Werke des Brooklyn Museum fließen. Ziel ist es, einen 40 Millio-

nen Dollar schweren Fonds aufzusetzen, der dafür jährlich zwei Millionen Dollar Rendite abwerfen soll. Die Association of Art Museum Directors hatte bisher eine klare Leitlinie, die genau das verbietet. Werke durften ausschließlich verkauft werden, um neue Ankäufe zu tätigen, und niemals, um laufende Kosten zu decken. Tat ein Museum das doch, musste es Strafe zahlen. Doch im April diesen Jahres wurde dieser Teil der Regel im Zuge von Covid-19 vorübergehend ausgesetzt: Bis April 2022 sind Verkäufe straffrei möglich. Sind fünf Millionen Dollar in der Hand also besser als ein Cranach im Depot? Oder überwiegt der Schaden, wenn Museen als Verkäufer in den Kunstmarkt einsteigen?

ANZEIGE

<p>DEICHTOR HALLEN INTERNATIONALE KUNST UND FOTOGRAFIE HAMBURG</p> <p>DEICHTORHALLEN HAMBURG DEICHTORSTRASSE 1-2 20095 HAMBURG WWW.DEICHTORHALLEN.DE</p> <p>UBS OLYMPUS WHITE WALL NDRkultur</p>	<p>HALLE FÜR AKTUELLE KUNST 23. OKTOBER 2020 – 18. APRIL 2021</p> <p>WILLIAM KENTRIDGE WHY SHOULD I HESITATE: PUTTING DRAWINGS TO WORK</p> <p>WILLIAM KENTRIDGE: PORTER SERIES: NORWEGE, SUEDE ET DANEMARK, 2005 © WILLIAM KENTRIDGE</p>	<p>HAUS DER PHOTOGRAPHIE 25. SEPTEMBER 2020 – 3. JANUAR 2021</p> <p>JERRY BERNDT BEAUTIFUL AMERICA</p> <p>JERRY BERNDT, DETROIT, 1970 (DETAIL), COURTESY THE JERRY BERNDT ESTATE 2020</p>	<p>HAUS DER PHOTOGRAPHIE 25. SEPTEMBER 2020 – 3. JANUAR 2021</p> <p>MATT BLACK AMERICAN GEOGRAPHY</p> <p>MATT BLACK, ALLENSWORTH, CALIFORNIA, USA, 2014 (DETAIL), © MATT BLACK/MAGNUM PHOTOS</p>	<p>SAMMLUNG FALCKENBERG 7. NOVEMBER 2020 – 4. APRIL 2021</p> <p>KATHARINA SIEVERDING FOTOGRAFIEEN, PROJEKTIONEN, INSTALLATIONEN 2020–1966 KUNST UND KAPITAL</p> <p>KATHARINA SIEVERDING, KUNST UND KAPITAL, 2016 (DETAIL) © KATHARINA SIEVERDING: VG BILD-KUNST, BONN 2020 FOTO: © KLAUS METHIG, VG BILD-KUNST, BONN 2020</p>
--	---	--	---	--

Mit dem Schwerpunkt Fotografie und Videokunst von den 1960ern bis heute versucht eine Ausstellung, Männlichkeit im Plural zu denken. Kuratorin Alona Pardo erklärt, was es in unterschiedlichen Kulturen bedeutet, ein Mann zu sein, warum Macht und Patriarchat zusammenhängen und welche queeren Strategien dagegen helfen.

der Freitag: Alona Pardo, warum haben Sie sich vorgenommen, Männlichkeit in ihren Facetten zu zeigen?

Alona Pardo: Eine Ausstellung, die sich auf die ganze Repräsentation eines Geschlechts konzentriert – unmöglich, das war mir bewusst. Viel Kunst befasst sich damit, was es heißt, eine Frau zu sein. Aber wir sehen selten die andere Seite. Ziel war, herauszudestillieren, wie Männlichkeit repräsentiert wird. **Auffällig ist, dass der Fluchtpunkt der Ausstellung die 1960er sind. Als hätte es da einen Urknall der Identitäten gegeben.**

Ja, denn auf einmal gibt es einen neuen Nonkonformismus, besonders in den USA, die ja einen enormen kulturellen Einfluss hatten. Wenn man die heutige Zeit verstehen will, muss man dorthin zurückgehen, wo die Frauenbewegung und die Homosexuellenbewegung zusammenfinden. Beiden geht es um Freiheit in einer restriktiven Gesellschaft.

Was hat Fotografie denn mit gesellschaftlichem Wandel zu tun?

Fotografie ist demokratisch. Sie erlaubt, über die Außenwelt nachzudenken, bewahrt die Subjektivität der Künstler*innen und ihr Verhältnis zu den dargestellten Personen. Viele Bilder in der Ausstellung sind aber auch auf der Straße entstanden. Denken Sie an David Wojnarowicz. Er beanspruchte den öffentlichen Raum.

Fotografie ist auch ein Massenmedium: Werbung, Zeitungen, Propaganda, all das übt doch normalisierende Macht aus. Und das widerspricht dem, was Sie beschreiben.

Das schließt einander nicht aus. Wojnarowicz benutzte die Kamera als ein Mittel des Widerstands in einer heteronormativen Welt. Er

kann Männlichkeit repräsentieren, sie aber zugleich unterlaufen. **Mir gefällt, wie Robert Mapplethorpe Arnold Schwarzenegger 1976 abgelichtet hat. Der hatte gerade seine Bodybuilding-Karriere beendet und wurde wenig später zu einem hypermaskulinen Actionhelden...** ... und dann kommt Mapplethorpe und spielt das klassische Ideal des

Männerkörpers durch, wie bei einer griechischen Skulptur. Schwarzenegger verkörpert das total, er ist aber auch tentativ, unsicher. Er ist zugleich homoerotisch und sehr straight. Die Fotos sind voller Verlangen. Es gibt fließende Übergänge, und da sind wir bei einem Teil des Problems: Männlichkeit wird als eine statische Sache gesehen, egal in welchem Kontext. **Der Fotograf nimmt diese heterosexuelle Figur Schwarzeneggers und macht sie queer.**

Absolut. Zwischen den zwei Bildern von Schwarzenegger hängt ein Foto von Lisa Lyon, der ersten Frau, die professionelle Bodybuilderin war. Sie wirkt so viel stärker, so wie sie da in der Natur posiert. Was bedeutet Männlichkeit – Muskeln und Heteronormativität? Es wird interessant, wenn man diese Konstrukte auf andere Körper anwendet. **Die Ausstellung zeigt Männlichkeit im Plural, aus verschiedenen Teilen der Welt. Bei den meisten scheint es, als gäbe es Männlichkeit nur, wenn man sie ausübt.**

Das hängt mit der Künstlichkeit von Geschlechterdefinitionen zusammen. Das zeigt der nichtbinäre Künstler Cassils in der Arbeit *Time Lapse* von 2011. Man sieht, wie sich ein Körper verändert, wenn er immer muskulöser wird. Man betrachtet etwas Künstliches und, ja, auch so etwas wie eine Performance. Ist man Essentialist und glaubt an biologische Bestimmung? Oder versteht man Genderidentität als Performance, wie es die Philosophin Judith Butler tut? Da würde ich mich sehen.

Es gibt viele Porträts in der Ausstellung. Handelt es sich dabei auch um Performances? Ja, wir posieren schließlich. Denken Sie an Thomas Dworzaks *Taliban*-Porträts. **Die Bilder hat der Fotograf in Afghanistan gefunden. Aber was weiß man über sie?**

Dworzak folgte Anfang der 2000er einer US-Einheit nach Kandahar. Er fand diese Bilder in Fotostudios, deren Besitzer keine Verwendung mehr für sie hatten. Unter dem Taliban-Regime war Fotografie zwar verboten, aber es gab noch ein paar Läden für Passfotos. Offenbar sind junge Taliban-Soldaten dorthin gegangen, haben Make-up aufgetragen, mit Blumen und Gewehren posiert und einander die Hand gehalten.



Alona Pardo ist Kuratorin der Barbican Art Gallery in London, von der die Ausstellung *Masculinities* gemeinsam mit dem Berliner Gropius Bau entwickelt wurde. Sie ist Herausgeberin des Begleitbands *Masculinities*, der in Deutschland im Prestel Verlag erschienen ist

Wie rätselhaft!

Weil das dem Bild des frauenverachtenden, patriarchalen Regimes widerspricht. Das sind jedoch komplizierte Bilder. Nichtwestliche Männer werden im Westen nämlich oft als feminin dargestellt. Nur: In diesem kulturellen Kontext ist es beispielsweise gar nicht ungewöhnlich, dass Männer in der Öffentlichkeit Hand in Hand miteinander gehen.

Warum zeigen Sie so viele Bilder von Soldaten?

Soldaten haben eine gewisse Schönheit, und das lässt sich leicht fetischisieren. Aber sie sind auch heroisch und mutig, und ihre Aufgabe ist es, den Staat zu schützen. **Körper, Soldat und Staat haben miteinander zu tun. Wie kommt da noch Queerness ins Spiel?**

Das ist schwer zu entwirren. Bis vor kurzem war der Militärdienst fast überall Männern vorbehalten, und für junge Männer entfaltet sich die Männlichkeit in der Armee. Dabei haben sie viel Raum für Intimität: Soldaten essen, schlafen und sterben gemeinsam. Beispielsweise die Arbeiten von Wolfgang Tillmans, vergrößerte Zeitungsausschnitte mit Bildern von Soldaten, zeigen: Es gibt eine unterliegende Queerness.

Sprechen wir über Räume, die Männern vorbehalten sind. Die Fotografin Karen Knorr zeigt mit ihre Serie „Gentlemen“, für die sie in den 1980er Jahren Gentlemen's Clubs in London besucht hat, Räume, in denen konservative, oft aristokratische Männer unter sich sind.

Da geht es um Macht, um das Patriarchat. Imperialismus spielt auch eine Rolle, denn die Bilder sind während des Falkland-Krieges und zur Zeit von Margaret Thatcher entstanden. Die Fotografin musste viel Überzeugungsarbeit leisten, um diese Orte betreten zu dürfen. Dann ließ sie die Männer in den Clubs möglichst natürlich aussehen und fügte den Bildern kurze Texte hinzu, die sie mit Material aus Parlamentsreden und Zeitungen collagiert hat. An den Wänden hängen Porträts von Adligen und Premierministern, so als wollten diese Männer ihr gottgegebenes Recht demonstrieren. Als wäre klar, dass weiße Cis-Männer das Sagen haben. Knorr ist gut darin, nicht nur die ungleiche Machtverteilung, der Geschlechter offenzulegen, sondern auch die unter Männern: Der weiße Mann der Oberschicht steht an der Spitze.

Knorrs Bilder zeigen, wie Macht von Rasse, Klasse und Geschlecht abhängt. Ist dieses Männerbild nicht sehr prekär? Ein Mehr an Männlichkeit wäre unzivilisiert, zu wenig wäre verwehlicht?

Männlichkeit ist voller Widersprüche. In der Ausstellung sehen Sie die Aspekte, die mit dieser Prekariät zu tun haben. Seit der industriellen Revolution gab es die Männer des Proletariats, die mit ihrem Körper gearbeitet haben, auf der anderen Seite steht der Mann der Bourgeoisie. Er trägt den Anzug wie einen Panzer, arbeitet mit dem Kopf, ist femininer, sanfter.

„Soldaten haben eine Schönheit, die leicht fetischisiert wird“

Sollten wir uns nicht allmählich von dieser Verbindung von Mann und Macht verabschieden?

Die Ausstellung kommt in einem Moment, in dem Staatsmänner – Trump, Johnson, Putin, Bolsonaro – rückwärtsgewandte Konzepte von Maskulinität favorisieren, ausgerechnet in einer Zeit von fließenden Gender-Grenzen, in einer Welt nach der #MeToo-Bewegung. Aber diese Machthaber halten sich daran fest.

Der Kunsthistoriker Jonathan Katz legt in seinem Katalogbeitrag nahe, dass Queerness 2020 im Mainstream angekommen ist, das gilt aber nur für ein bestimmtes Milieu. So hat US-Präsident Trump in der TV-Debatte die chauvinistische Gruppe „Proud Boys“ prominent erwähnt. Die Reaktion: In den sozialen Medien wurde der Hashtag #ProudBoys von queeren Menschen gekapert. Sind Aneignung und Ironie die progressiven Mittel der Wahl?

Betrachten Sie Hal Fischers Serie *Gay Semiotics* von 1977, wo er die Kleidercodes der Schwulenszene in San Francisco untersucht. Queerness ist schon immer in der Lage, sich das Über-Maskuline anzueignen: Bauarbeiter, Cowboys, Motorradfahrer, daraus wird eine Identitätscollage, aus der etwas Neues entsteht.

Ich habe kürzlich ein Buch von dem Psychologen Jordan Peterson gelesen, einem Autor, der bei jungen männlichen Rechten sehr beliebt ist. Er behauptet, man brauche ein Gegenmittel gegen das vermeintliche Chaos ebenjener Identitätscollagen.

Wenn man so denkt, sieht man Verantwortung nicht mehr bei der Gesellschaft, sondern allein in der Natur. Die ist aber ein Konstrukt, ebenso wie Geschlecht. Die Ausstellung argumentiert genau gegen Petersons Weltsicht, in der man sein Leben nach Erwartungen leben sollte, die vom Geschlecht bestimmt sind.

Der Untertitel der Ausstellung lautet „Liberation through Photography“. Ist das ein Rückblick oder ein Versprechen für die Zukunft?

Das ist ein bisschen ironisch. Die Frage ist: Müssen Männer befreit werden? Irgendwie schon, von binären Geschlechtervorstellungen nämlich. In Staaten wie Russland, Polen oder Ungarn werden Homosexuellen viele Bürgerrechte genommen. Es ist wichtiger denn je, dass Künstler*innen Bilder hervorbringen, die uns fordern und die uns provozieren.

Das Gespräch führte Philipp Hindahl

Masculinities: Liberation through Photography Gropius Bau, bis 10. Januar 2021



Geschlecht ist konstruiert – und Männlichkeit eine Identitätscollage

„Wir posieren“

Im Gespräch Alona Pardo über Arnold Schwarzeneggers Fluidität und die Notwendigkeit, Männer zu befreien

ANZEIGE

NEUKÖLLNER OPER

Lost (1,5 Meter)
Ein Schwanengesang

ab 22.10.20

Kopflös unter vielen

Gruppenschau In Dresden werden Skulpturen von Magdalena Abakanowicz gezeigt. Ihre Arbeiten sind bedrückend aktuell

■ Marlen Hobrack

Was sind das nur für Zeiten, fragt man sich derzeit manchmal augenreißend. Es ist eben unsere Zeit, *czas nasz*, wie man auf Polnisch sagen würde. Die Zeit, in der man lebt, kann man sich bekanntermaßen ebenso wenig aussuchen wie die Zeitläufe, die sie durcheinanderwirbeln. *Czas Nasz – Unsere Zeit – Our Time*, so lautet auch der Titel der Ausstellung zu Magdalena Abakanowicz im Albertinum Dresden – eine kleine, beinahe intime Ausstellung, die im Rahmen eines deutsch-polnischen Kulturaustauschs zwei skulpturale Arbeiten der großen polnischen Künstlerin von Wroclaw nach Dresden holt. Begleitet von einer Videoarbeit, präsentiert die Ausstellung einen kleinen Ausschnitt aus dem umfangreichen Werk der Künstlerin.

Zu sehen ist die Figurengruppe *Thum* (Menge), bestehend aus 26 Figuren, die zwischen 1986 und 1994 geschaffen wurden. Vielleicht wird einem beim Anblick der Menge, die sich da in dem schmalen Durchgangsraum zwischen dem Mosaiksaal und dem Zugang zur Ernst-Barlach-Retrospektive (interessante Gesellschaft!) einreihet, nicht sofort bewusst, dass die Figuren kopflös sind. Tatsächlich sind sie ausgehöhlt, nur ihre Rückseiten sind intakt, als hätte man menschlichen Körpern die Haut abgenommen. Allerdings wirkt diese „Haut“ nicht fein und dünn; sie erscheint ledrig, dick, durchaus widerstandsfähig.

Der Eindruck wird durch das verwendete Material erzeugt: In der Kombination von Sackleinen, das den Effekt von weicher, beinahe schlaffer und faltiger Haut erzeugt, und Kunstharz, das den formbaren Stoff erstarren lässt, ergibt sich der für Abakanowicz typische Schwebezustand zwischen fest und weich, formbar und starr. Nun könnten die Skulpturen ohne Innenleben beinahe unheimlich anmuten, wie Bilder aus einem Horrorfilm. Bei genauerer Betrachtung aber stellt sich



Die Figuren bestehen aus einer Kombination von Sackleinen und Kunstharz

ein anderer Effekt ein. In die Leiber haben sich Spuren von Fingern eingegraben. Die Oberflächen mit ihrer graubeigen Farbgebung und ihren feinen Linien, wie gealterte Körper sie tragen, erinnern an Elefantenhaut. Die Figuren der Gruppe sind – bei aller scheinbaren Uniformität – keine identischen Kopien, vielmehr individuell geformt. Das Individuum geht nie vollständig in der Menge oder der Masse auf, so könnte man sie deuten.

Abakanowicz hat, nach den Deutungsmöglichkeiten ihrer Arbeiten befragt, stets allen möglichen Interpretationen recht gegeben. Denn der Mensch, der sie interessiert, sei nicht der Mensch einer bestimmten Zeit, sondern der Mensch als solcher („not the man of a certain time, he is the man as such“). Die Menge, die Masse, sie ist ohnehin ein zentrales Thema der Kunst des

20. Jahrhunderts mit seinen Massenbewegungen wie dem Faschismus und dem Kommunismus, mit den Massenaufständen und Protesten. (De-)Mobilisierung von Massen, massenhafte Arbeitslosigkeit – so fest ist die Masse begrifflich mit den gesellschaftlichen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts verbunden, dass sie die Deutung der Arbeiten vielleicht vorschnell in eine Richtung treiben.

Wie eine Bakterienkolonie

Abakanowicz entwickelte bereits als Kind ein besonderes Verhältnis zur Natur. Das Mädchen, das von den Eltern wenig gefördert wurde, weil es eben kein Junge war, streifte allein durch die Natur. Hier beobachtete sie das Viele, die Menge in der Natur: Froschlaich, der sich in einem Teich

sammelt, Vogelschwärme, die aus Feldern aufsteigen. Bei alledem geht es nicht um die Frage der Individualität in der Menge, denn fraglos unterscheidet sich jeder Vogel in Details von einem anderen, auch wenn man schon genau hinsehen muss, um die Unterschiede zu erkennen. Zentral ist das Zusammenwirken der Individuen in der Menge, das sich visuell nicht genau analysieren und schon gar nicht ein zweites Mal exakt wiederholen lässt.

Die Massenbewegung, also die Bewegung einer Menge im Raum, ist ästhetisch, visuell, analytisch für sich genommen ein Ereignis. Man muss sie also nicht mit den großen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts gleichsetzen. Das zeigt auch Abakanowicz Installation *Embryologie*, bei der rund 800 einzelne biomorphe Formen, manche wenige Zentimeter lang, andere

weit über zwei Meter messend, im Raum verteilt sind – und damit unwillkürlich an eine Bakterienkolonie in einer Petrischale erinnern. Auch hier sind die einzelnen Teile individuell gestaltet, auf diese Individualität aber kommt es im Arrangement nicht an.

Abakanowicz Themen sind Teil des Heute – Einsamkeit in der Masse

Die zweite in Dresden gezeigte Arbeit, *Klatka* (Käfig) rückt dagegen das Individuum in der Isolation in den Vordergrund. Hier wirkt die Frage nach Einsamkeit, nach Isolation vordergründig. Erscheint die Figur in der Rückansicht zunächst intakt (womöglich mit gesenktem Haupt), erkennt man in der Seiten- und Vorderansicht, dass auch sie ausgehöhlt und kopflös ist. Lesbar ist das als Verweis auf die *conditio humana*, die existenzielle Einsamkeit, mit der jeder Mensch konfrontiert ist. Gefangen, letztlich in sich selbst.

Als Abakanowicz im Jahr 2017 starb, war sie wohl die bedeutendste polnische Bildhauerin, ausgezeichnet mit unzähligen internationalen Preisen und Ehrendoktorwürden. Interessant ist, dass diese Frau, die bis zum Fall des Eisernen Vorhangs in Polen lebte und arbeitete, international solch eine Wirkung entfalten konnte. Vielleicht fiel ihre erste große Ehrung – der Grand Prix der Biennale in São Paulo, den sie 1965 erhielt – nicht zufällig in eine spannende politische Phase, in der das sowjetische System zwischen kultureller Öffnung und regressiver Kulturpolitik schwankte. Abakanowicz Lebenssthemem bleiben, das zeigt diese Ausstellung, Teil unserer Zeit.

Czas Nasz – Unsere Zeit – Our Time
Magdalena Abakanowicz Albertinum Dresden, noch bis 10. Januar 2021

Retro-Shorts von morgen

Video Jeremy Shaw zeigt rückblickend, was das frühe 22. Jahrhundert ausmachte

■ Jens Balkenborg

Erst mal ist da Überforderung. Sieben Leinwände, auf zwei Etagen verteilt, je drei in den großen Räumen des Frankfurter Kunstvereins, eine einsam in einem kleineren Raum. Darauf: sich (rhythmisch) bewegende Menschen, Robotertanz, Paartanz, Aerobic-Gruppen, Jugendliche in einer Art 90er-Jahre-Breakdance-Zirkel, eine Menschenreihe in Retro-Shorts, die sich mit Minimaltechno-Gestampfe durch den Raum schiebt, vor und zurück, von links nach rechts. Manche der Filme knistern in 60er-Jahre-Schwarzweiß über die Leinwände, manche im farbigen VHS-Look der 80er.

Die Medien, derer sich Jeremy Shaw in der Sieben-Kanal-Videoinstallation *Phase Shifting Index* bedient, reichen vom 16-mm-Film bis zum Hi8-Videoformat. Es ist die bisher größte Produktion des in Berlin lebenden kanadischen Künstlers, und man tut gut daran, der Empfehlung beim Kartenkauf zu folgen und sich wenigstens 35 Minuten der Arbeit anzuschauen.

Schnell weicht die Überforderung, in einem Raum gleichzeitig mit drei unterschiedlichen Filmen konfrontiert zu sein, Faszination. Was geht da vor sich? Wie gehören die einzelnen Filme zusammen? Immer geht es um Bewegungen, in allen Gesten und Tänzen stecken kulturelle, spirituelle und – verstärkt noch durch die variierenden visuellen Formate – historische Codes. Die asynchron abgespielten Filme entwickeln einen Sog, in der Wieder-

holung tun sich Assoziationsräume auf. Was in der visuellen Ausgestaltung mit teils eingestreuten Interviewsituationen an vorgefundenes und künstlerisch verarbeitetes dokumentarisches Material erinnern mag, ist genau das nicht. Shaw hat akribisch jeden der Filme durchgeplant und inszeniert und ihnen eigene Geschichten verpasst. Die Historizität ist dennoch Gegenstand der Narration, denn die Geschichten der Tanzgruppen erzählt ein Sprechen aus dem 22. Jahrhundert rückblickend in ethnografischem Duktus. Etwa von den „Zero-Ones“, einer Gruppierung des frühen 22. Jahrhunderts, die nach einer harmonischen Mensch-Maschine-Synthese strebte. Oder von „The Violet Lux“, die mit einstudierten alchemistischen Ritualen arbeiten.

Es eröffnet sich ein ganzes Panoptikum an fiktiven Weltanschauungen, vereint in der Sehnsucht nach transzendenten Grenzerfahrungen. Genau das ist der Kern, der übergreifende Topos von Shaw: Immer geht es bei ihm um Rausch, Religion, Tech-

nologie und Transzendenz, um ein raumzeitliches Losgelöstsein. So auch in der ebenfalls in der Schau präsentierten Videoarbeit *This Transition Will Never End* und in *Towards Universal Pattern Recognition*. Bei Letzterer verfremdet Shaw Archivfotos von Menschen in Ekstase, indem Prismen auf den Acrylglasrahmen bestimmte Bildelemente fokussieren. Das Gesicht einer hippiesken, in sich versunkenen Frau wird dadurch kaleidoskopisch vervielfältigt.

Allerspätestens nach 35 Minuten und 19 Sekunden – so lange dauert ein kompletter Durchlauf der gigantischen, immersiven Videoinstallation – kommt man schließlich selbst in den Genuss transzendenter Entgleisung. Plötzlich verschmilzt die zelebrierte Asynchronität zu einem großen, synchronen Happening, tanzen alle spirituellen Grüppchen eine gemeinsame Choreografie zu bassig-vibrierenden Elektro-sounds, während das Licht und die Leinwände stroboskopartig flackern. Es ist ein intensiver Höhepunkt, so schön wie flüchtig, bevor sich die Bilder auf den Leinwänden in ihre visuelle DNA zerlegen.

Mit *Phase Shifting Index* erweitert der Frankfurter Kunstverein seinen seit einiger Zeit kultivierten Ausstellungsschwerpunkt im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Kunst. Denn Shaw reichert seine Arbeit zwar quasiwissenschaftlich an, bringt uns aber an die Grenzen des Rationalen. Vorsicht: Suchtpotenzial!

Phase Shifting Index Jeremy Shaw Frankfurter Kunstverein, noch bis 24. Januar 2021

Immer geht es um Technologie, Rausch, Transzendenz und Religion

ANZEIGE

THE SHAPE OF A PRACTICE

KUNST, DISKURS, FORSCHUNG

26.10.–30.11.

HKW.DE/SHAPE

HKW

Haus der Kulturen der Welt

»freitag.de Event der Woche

Gestern wird heute

Nachspiel Die Ereignisse, die „The Trial of the Chicago 7“ nachstellt, wirken auf fast unangenehme Weise gegenwärtig

■ Barbara Schweizerhof

Die Geschichte ist 50 Jahre her, die Haupthelden sind alle tot, und das Vorhaben, einen Film über sie zu drehen, durchläuft schon seit 15 Jahren die verschiedenen Stadien von *stop* und *go* des Hollywood-Studio-Prozesses. Mit anderen Worten: Aaron Sorkins *The Trial of the Chicago 7* ist ein gut abgehangenes, gediegenes Projekt. Und zugleich der beste Beweis dafür, dass etwas nicht brandneu sein muss, um brandaktuell zu wirken.

Interessanterweise liegt das weniger am Stoff selbst als an unserer Gegenwart. Was es mit dem Prozess gegen die „Chicago 7“ auf sich hat, ist schnell referiert: 1968 kam es im Umfeld des Parteitags der Demokraten in Chicago zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Protestierenden. Kaum dass im Jahr darauf Richard Nixon das Amt des Präsidenten antrat und dementsprechend mit John Mitchell auch seinen eigenen Bundesstaatsanwalt berief, ließ dieser Anklage wegen Anstiftung zu Gewalt und Unruhe erheben. Ins Visier genommen wurden acht Männer, die zusammengekommen ein weites Spektrum von Anti-Vietnamkriegs- und Counter-Culture-Bewegungen repräsentierten. Angeklagt wurden Tom Hayden und Rennie Davis, die als Mitglieder der SDS („Students for a Democratic Society“) für die politisch radikale Linke standen; Abbie Hoffman und Jerry Rubin von den Yippies, der „Youth International Party“, die wegen ihrer Flower-Power-Politik und politparodistischer Aktionen von vielen als Totengräber ebendieser Linken angefeindet wurde; dazu der Antikriegsaktivist David Dellinger sowie zwei junge Männer aus dem weiteren Protestumfeld, John Froines und Lee Weiner, die offenbar strategisch hinzugenommen wurden, um der Jury durch mögliche Freisprüche die harte Verurteilung der anderen zu erleichtern. Der achte Mann in der Ursprungsanklage war Bobby Seale, Mitbegründer der Black Panthers, dem nach dem – im Film ganz offen ausgesprochenen – Kalkül der Staatsanwaltschaft die Rolle zukam, als Afroamerika-

ner die Jury zu erschrecken. Seales Fall wurde nach einigen Wochen vom Fall der Chicago 7 abgelöst – unter Umständen, die der Film in ihrer Unappetitlichkeit schildert, ohne ihnen den Raum geben zu können, den sie verdienen.

Der Fokus des Films liegt auf dem Prozess als solchem, den Regisseur und Autor Sorkin nach einem dynamischen Auftakt, der die Einzelnen auf ihrem Weg nach Chicago zeigt, mit dem vollen Schwung eines „guten alten Gerichtsfilms“ zeigt. Das heißt: mit geschliffenen Dialogen, gewitzten Anwälten und ohne Scheu vor dem Pathos der Rechtschaffenheit. Es sei ein politischer Prozess, sagt der von Sacha Baron Cohen gespielte Abbie Hoffman in einem Schlüsselsatz. Von heute, 50 Jahre später, aus gesehen scheint diese Analyse so korrekt, dass sie kaum mehr aufregt – schließlich ist sie der Grund, weshalb es lohnt, einen Film zu drehen. Auch wenn man das Politische dieses Prozesses heute anders begreift, als es Hoffman seinerzeit im Blick hatte.

Liberales Besserwissen

Für Hoffman benannte der Satz einen Skandal: nämlich dass mit den Chicago 7 nichts weniger als die Meinungsfreiheit unter Anklage sei, Nixon und sein Staatsanwalt wollten der Protestbewegung einen Schuss vor den Bug erteilen. Sorkins Drehbuch ist denn auch genau darauf zugeschnitten: auf jene Szene, in der Hoffman in den Zeugenstand gerufen und vom Vertreter der Staatsanwaltschaft, Richard Schultz (Joseph Gordon-Levitt) ins Kreuzverhör genommen wird. Ob er in der Absicht nach Chicago gekommen sei, einen Aufstand anzuzetteln, fragt Schultz – Hoffman zögert mit der Antwort. Warum er überlegen müsse, fasst Schultz nach – und bekommt dann die gerade in ihrer Verhaltenheit schlagende Antwort: „Gib mir einen Moment, Bruder, ich stand noch nie für meine Gedanken vor Gericht.“

War das damals so? Wie für vieles im Film gilt: Die groben Fakten stimmen. In den Dialogen aber erkennt man vor allem den Autor Sorkin, der mit Filmen wie *Eine Frage der Ehre* und vor allem der Serie *The West Wing* solche kalkulierten Momente des liberalen



Mit Gaspistole und Schlagstock gegen die Gegenkultur

Besserwissens zu seiner Marke gemacht hat. Dieses „Sorkinesisch“ ist in den letzten Jahren etwas in Verruf geraten, durch seine schwächeren Serien wie *The Newsroom*, vor allem aber durch die gesamtgesellschaftliche Dynamik, die sensibler geworden ist und nun beim „Sorkinesisch“ die Angeberei, das Mansplaining und das Posieren mit moralischer Überlegenheit herausgehört. Hinzu kommt, dass in Zeiten von Trump die imaginierten, in Drehbüchern herbeigeschriebenen Triumphe eines linksliberalen Konsens mehr und mehr wie masturbatorische Fantastereien wirken.

Das historische Material aber macht es nun möglich, dass Sorkin in *The Trial of the Chicago 7* wieder zu dem zurückfindet, was

in seinem Schreiben auch schon immer angelegt war, nämlich zu einer Art „Linkspopulismus“, der das Komplizierte nicht scheut, stolz auf Intellekt und Bildung pocht und fest an die lockere Überzeugungskraft des besseren Arguments glaubt.

Das Drehbuch zu *The Trial of the Chicago 7* hatte Sorkin bereits 2007 fertig; wenn nicht der Autoren-Streik kurz darauf die Hollywoodproduktion zum Stocken gebracht hätte, wäre der Film wohl rund um die Wahl von Obama, dessen Rhetorik durchaus Ähnlichkeiten mit der von Sorkin aufweist, ins Kino gekommen – und dementsprechend anders wahrgenommen worden. Die Geschichte dieses Sommers 2020 aber macht auf andere Weise empfänglich für die Details

des Films. Die Bilder der in Krawall mündenden Proteste von 1968, die Atmosphäre des gesellschaftlichen Chaos nach den tödlichen Attentaten auf Martin Luther King und Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy und vor allem das Gebaren einer Rechtsprechung, die sich für die Interessen der Politik einspannen lässt – all das lässt sich bedrü-

Bobby Seale wurde vor aller Augen im Gerichtssaal geknebelt und gefesselt

ckend akut zum Heute in Beziehung setzen. Einschließlich eines Richters wie des von Frank Langella verkörperten Julius Hoffman, der unfähig, überfordert und mitnichten neutral dem Prozess vorsah und verantwortlich war für die offen rassistische Behandlung des Mitangeklagten Bobby Seale. Was der Film illustriert, nämlich dass Seale vor aller Augen im Gerichtssaal gefesselt und geknebelt wurde, ist tatsächlich passiert. Und man wünscht sich, dass das spürbare Unwohlsein, das im Film die Umstehenden, selbst die Staatsanwälte, bei diesem Anblick erfasst, mehr als nachholende filmische Fantasie wäre.

Bobby Seales Geschichte ist dabei nur eine von vielen, die *The Trial of the Chicago 7* lediglich anreißen kann und die einen eigenen Film verdient hätten. Eine Lücke, die eventuell mit dem im nächsten Jahr startenden Black-Panther-Film *Judas and the Black Messiah* gefüllt wird. Auch in dieser Hinsicht weckt also Sorkins Geschichtslektion akut das Interesse an der Gegenwart.

The Trial of the Chicago 7 Aaron Sorkin
USA 2020, 130 Minuten, Anbieter: Netflix

ANZEIGE

30
Jahre
der Freitag

Jubiläumsangebot für unsere Leserinnen und Leser

Verschenken Sie 5 x den Freitag mit 30 % Rabatt.
Als Dankeschön erhalten Sie das Freitag-Jubiläums-Set von uns.

5
Ausgaben
verschenken
nur € 14,75



Gehaltvolles
Geschenk

&



Plus Gewinnchance zum Jubiläum:



Das leichte 247-Fahrrad
von Diamant

Freitag-Jubiläums-Set als Dank für Ihre Unterstützung

Das exklusive Set bestehend aus unserer **Freitag-Tasse** (420 ml, designed von Susann Massute) und dem **Schwarztee** Assam Second Flush von Teekampagne. Genießen Sie ab sofort den Freitag noch nachhaltiger.

Jetzt bestellen: freitag.de/geschenkset

☎ 040 3007-3510



Emma (Mariana Di Girolamo) und Gastón (Gael García Bernal) vermissen ihren Adoptivsohn

FOTO: KOCH FILMS

Tanz ist Liebe – denn ohne Orgasmen gäbe es keine Menschen auf der Welt

Mittel zum Zweck, zugleich aber immer auch pure Lust. „Wir tanzen die Liebe“, erklärt eine ihrer Freundinnen. Ohne Orgasmen gäbe es gar keine Menschen auf der Welt. Und diese Orgasmen würden sie nun in Bewegung verwandeln, zum harten Sound der Straße.

Spiel mit dem Feuer, kein Neuanfang ohne Zerstörung – abgelutschtere Rebellenkliches muss man erst mal finden. Bei Larraín und seiner Hauptdarstellerin Di Girolamo, die in ihrer ersten großen Rolle eine umwerfende Präsenz auf der Leinwand entwickelt, sehen sie trotzdem so aus, als hätte man dergleichen im Kino noch nicht erlebt. Man hat Larraín vorgeworfen, es mangle den Figuren an psychologischer Tiefe, ihr Handeln sei nicht nachvollziehbar. Aber die Kritik geht am Kern vorbei. Eine Antiheldin wie Ema fasziniert gerade in ihrer Widersprüchlichkeit, durch ihr Ungestüm, das hinter der perfekt inszenierten Oberfläche eben nicht verschwindet. Es ist in jeder Sekunde zu spüren, nur nie restlos zu entschlüsseln.

Larraín gelingt es, die Wut dieser jungen Frau, die erst ziellos wirkt, in einen Kampf der Selbstermächtigung zu verwandeln und mit der Palette seiner filmischen Mittel eben auch zu heroisieren. Das wird beispielhaft in einer grandios montierten Sexszenen komprimiert, die man als Kurzszenenfassung von Pier Paolo Pasolinis *Teorema* von 1968 sehen kann: Die Verführerin geht mit allen zugleich ins Bett – und verändert dadurch das gesamte soziale Gefüge, für immer.

Wie konsequent, ja berechnend Ema bei ihrer Zündefei vorgeht, wird ebenfalls erst nach und nach klar. Die Auflösung aller Konflikte ist letztlich zu gleichen Teilen durchgeknallt, utopisch und total stimmig. So mühsam die Geschichte von Ema anfangs zu entschlüsseln ist, so wundersam und irreal kommt sie zu ihrem Ende. *Ema* lebt von Bildern, von Rhythmus. Und überwältigt mit einer Heldin, der ihr Feuer und ihr Mysterium gelassen werden.

Ema Pablo Larraín
Chile 2019, 107 Minuten

Zeug zur Ikone

Bildmächtig Der chilenische Regisseur Pablo Larraín kreiert in „Ema“ eine ungestüme, mysteriöse Heldin

■ Arno Raffener

Ampeln? Abfackeln! Erst recht, wenn sie auf Rot stehen. So macht es Ema (Mariana Di Girolamo) zumindest, Mitte 20, Tänzerin, Trotzkopf, Verführerin. Wenn ihr etwas gegen den Strich geht, zieht sie mit dem Flammenwerfer durch ihre Heimatstadt Valparaíso an der chilenischen Küste, von Wut und Trauer und wer weiß was noch getrieben.

In der ersten Einstellung steht Ema also mitten auf der Straße und blickt ruhig auf eine brennende Ampel in der Höhe. Als die übrigen Lichter an der Kreuzung auf Grün springen, macht sie kehrt und geht in die andere Richtung davon. Das Knistern des Feuers auf der Tonspur weicht heroischen Streicherklängen.

Es ist ein Bild wie ein Triumph, wenn auch ein etwas finsterner, die stolze und zu-

gleich rätselhafte Eröffnung des Films von Pablo Larraín, den er ganz seiner Protagonistin widmet. Ema trägt Trainingsanzug und Jeansjacke, ihre platinblondierten Haare sind streng zu einer Matte zurückgekämmt: eine Erscheinung wie aus einem Comic-Strip und doch wie aus dem Jetzt gegriffen. Noch bevor man weiß, was es mit ihr auf sich hat, ist klar: Ema hat das Zeug zur Ikone.

Der Film lässt keine Mühe erkennen, diese Figur im Detail zu erklären. Vielmehr stellt er den Versuch dar, seiner Protagonistin mit Farbe, Bewegung und Klang nachzuspüren, in all ihren widersprüchlichen Facetten. *Ema* ist ein Tanzfilm, ein zerpfücktes Familiendrama, ein bisschen Erotik-Thriller, eventuell auch ein 107 Minuten langer Videoclip zu Reggaeton-Sound.

Die Macht der Bilder dominiert jederzeit den Inhalt. Tatsächlich lässt der chilenische Regisseur Larraín sein Publikum lange im

Dunkeln, worum es überhaupt geht. Die Grundkonstellation schält er nur langsam und chronologisch durcheinandergewürfelt aus den Bildern, vor allem anhand der Katastrophen, die jemand hinterlassen hat, der jetzt nicht mehr da ist und um dessen Abwesenheit sich deshalb alles dreht.

Sie will den Ziehsohn zurück

Ema und ihr Mann, der zeugungsunfähige Choreograf Gastón (Gael García Bernal), haben einen sechsjährigen Jungen aus Kolumbien adoptiert. Nachdem er unter anderem Emas Schwester das Gesicht verbrannt und die Katze einer Bekannten im Gefrierfach entsorgt hat, sehen die überforderten Adoptiveltern keine andere Möglichkeit, als ihn wieder abzugeben. Was sie sofort bitter bereuen.

Das Paar gerät ohne den Sohn in eine schwere Krise. Im privaten Umfeld gibt es Anfeindungen, Ema verliert ihren Brotjob

als Lehrerin, in Gastóns Tanzkompanie droht ein Aufstand. Die beiden sind zunächst vor allem damit beschäftigt, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. „Eine Mutter verlässt ihr Kind niemals“, wirft er ihr an den Kopf. Sie erinnert ihn dezent daran, dass er nie Vater werden kann: „Unfruchtbares Schwein. Du menschliches Kondom.“ Schließlich verlässt Ema Gastón und geht mit ihren tanzenden Freundinnen auf einen Untergrundfeldzug, um ihren Sohn zurückzugewinnen.

Dass Handlung und Personenkonstellation sich dadurch nur noch weiter verknotten, wird schnell egal, wenn Ema mit Nalpalp bewaffnet durch die Stadt zieht und ihre flammenden Markierungen hinterlässt. Oder wenn sie allein vor dem lila Himmel über dem Hafen von Valparaíso tanzt – pure Dynamik, ein Körper wie aus Gummi.

Diesen Körper setzt Ema auch strategisch als Werkzeug ein. Sex ist für sie oft

Die Arbeit und ihr Mensch

Schlachtbetrieb Yulia Lokshina dokumentiert Schicksale von Tönnies-Angestellten

■ Julia Hertäg

Man sieht gar keine Bilder von der Arbeit am Band. Wer hofft, in *Regeln am Band, bei hoher Geschwindigkeit* Einblicke in die Hallen der Fleischverarbeitungsfirma Tönnies zu bekommen, die wegen der hohen Covid-Infektionszahlen in Verruf geriet, wird enttäuscht. Vermutlich hat die Firma gute Gründe dafür, ihre Produktionsstätte den Kameras zu verschließen. Aber möglicherweise ist das, was die Dokumentation von Yulia Lokshina zeigt, viel aufschlussreicher, als es Bilder von ekelregenden Fleischbergen gewesen wären. Denn der Film erzählt davon, was die Arbeit mit denen macht, die sie verrichten.

Das geschieht in lose verbundenen Erzählsträngen. In einem davon begleitet der Film eine Schulklasse, die Brechts Theaterstück *Die Heilige Johanna der Schlachthöfe* probt. Der Film nutzt quasi die Erklärungen des Lehrers, der für seine Schüler den Marxismus herunterbricht, um zugleich sein Publikum auf den Stand zu bringen. Was bedeuten heute noch die Begriffe „Arbeiter“ und „Arbeiterklasse“? Wer zählt als Arbeiter, und was verbindet diese zu einer Klasse? Bei Tönnies, so wird im Film schnell klar, verbindet die Arbeiter*innen vor allem eines: Sie kommen zum überwiegenden Teil aus Osteuropa.

Einer Handvoll Menschen, die bei Tönnies arbeiten, begegnen wir im Laufe des Films: einem Mann, von dem wir erfahren, dass er

Probleme mit Alkohol hat und dass er hofft, demnächst als Erntehelfer in Belgien bessere Bedingungen zu finden. Einem Paar, das die Filmemacherin in ihre Behausung einlässt, eine Art Dauercamper-Hütte, die schon bessere Tage gesehen hat. Dennoch schätzen sie sich glücklich darin – schließlich sind die skandalösen Wohnverhältnisse, die Leiharbeitsfirmen den Tönnies-Mitarbeitern zu Wucherpreisen vermieten, ebenfalls seit dem Corona-Skandal bekannt. Des Weiteren gibt es eine kurze Begegnung mit zwei Menschen, die einen Sprachkurs besuchen. Zeit dafür haben sie nur wegen temporärer Arbeitsunfähigkeit, in einem Fall verursacht durch einen schweren Arbeitsunfall. Und schließlich ist da eine Frau, deren Geschichte der Film aus gutem Grund bis zum Ende hinauszögert, da ihre Dramatik alle anderen in den Schatten stellt.

In kurzen, ruhigen Szenen werden wir mit den Schicksalen dieser Personen konfrontiert. Wie sie in ihrer Heimat lebten, wen sie zurückgelassen haben, welche spe-

ziellen Umstände sie in den Schlachtbetrieb gebracht haben, interessiert den Film dabei nicht. Nicht einmal ihr tatsächliches Herkunftsland wird explizit benannt. Sie sind Beispiele – Brecht'sche Figuren, die für ihre „Klasse“ stehen. Es sind ihre Gesichter, die sich einprägen, und Bruchstücke ihrer Geschichte, die als Informationsbrocken hängen bleiben. Wie zum Beispiel der Umstand, dass ein Mann, der seine Frühschicht um vier Uhr morgens beginnt, mangels Transportmöglichkeiten schon um ein Uhr früh mit einem Kollegen zum Arbeitsort fährt, um dann drei Stunden lang in der Umkleidekabine auf seine zwölfstündige Schicht zu warten.

Was anfangs wie ein Mangel an Struktur wirkt, entwickelt sich im Laufe der Zeit immer mehr zu einer Qualität des Films. Es gibt darin eine Lust, Beobachtungen nebeneinanderzustellen und miteinander zu konfrontieren, die Spaß macht – und entsetzt. Die erschütterndste Geschichte ist die der Arbeiterin, die ihr heimlich zur Welt gebrachtes Baby nach der Geburt im Freien liegen lässt. Dies ist kein Spoiler. Keine Nachinszenierung könnte so eindrücklich und verstörend sein wie die Ortsbegehung, bei der eine Aktivistin den Vorfall rekonstruiert. Die Szene ist beispielhaft dafür, wie gerade im Dokumentarfilm manche Verfremdung mehr ausrichtet als der verzweifelte Versuch, das Unbegreifliche zu reinszenieren.

Regeln am Band, bei hoher Geschwindigkeit
Yulia Lokshina Deutschland 2020, 92 Minuten

Der Film zeigt Figuren wie bei Brecht, die für ihre „Klasse“ stehen





„Den Status Quo bedrohen“

Im Gespräch Mit Rilke, Marx und Bibel kämpft der Demokratische Sozialist Cornel West in Donald Trumps Amerika für Veränderung

Den US-amerikanischen Philosophen und Theologen Cornel West und die britische Ökonomin Grace Blakeley trennen 40 Jahre Altersunterschied und ein Kontinent. Was sie verbindet: Beide sind demokratische Sozialisten, und beide leben in hartem Los ist. Ein Gespräch über politische Integrität, Vorbilder, Demokratie von unten, Solidarität und Strategien gegen die kapitalistische Landnahme.

Grace Blakeley: Herr West, in einem Interview mit dem Sender Al Jazeera haben Sie kürzlich gesagt: „Gegen den neofaschistischen Gangster im Weißen Haus müssen wir eine antifaschistische Koalition bilden.“ Glauben Sie, so eine antifaschistische Koalition gegen Donald Trump kann Erfolg haben? Und trauen Sie es Joe Biden zu, dass er als Präsident den Wandel in Gang bringen könnte, den die USA jetzt dringender brauchen?
Cornel West: Zuerst möchte ich sagen, dass es mir eine Freude ist, mit Ihnen zu sprechen. Ich bewundere Ihre intellektuelle Arbeit und Ihren

Mut als Aktivistin. Ich sehe bei uns viele Überschneidungen, bei den Argumenten und bei der Haltung. Wir sagen beide, dass wir konsequent sein müssen in unserer Kritik des Imperialismus, des Kapitalismus, des Patriarchats, der Homophobie und Transphobie und der White Supremacy. Wir wollen uns unsere politische Integrität und unseren Mut nicht nehmen lassen. Wir sagen die Wahrheit über Donald Trump, den Neofaschisten und Gangster, und wir sagen die Wahrheit über seine Förderer und Helfer. Er treibt das Land wirklich in Richtung Faschismus: Rechtsbruch im großen Stil, Militarismus, Herrschaft von big

Cornel West, Jahrgang 1953, lehrt Afroamerikanische Studien und Theologie in Princeton und Philosophie in Harvard. 1980 promoviert West mit einer Arbeit über ethische Aspekte des Marxismus. Seine Essaysammlung *Race Matters* von 1993 wurde zu einem Bestseller. West ist Ehrenvorsitzender der Democratic Socialists of America

money, von Wall Street und Silicon Valley, Unterdrückung der Arbeitenden, Marginalisierung von Frauen, und als Sündenböcke: die Mexikaner, die Muslime, die Juden, die Schwarzen, die Nichtweißen, die Indigenen. Biden wiederum steht für die neoliberale Katastrophe. Er kann das schnelle Aufdriften in einen amerikanischen Faschismus verhindern. Das ist wichtig: Setzt sich der Faschismus durch, habe ich keine Stimme mehr, und vermutlich wird er viele von uns töten. Diese Entwicklung kann Biden stoppen. Aber auch seine neoliberale Regierung wäre mit der Wall Street verwoben, mit dem Kapital, dem Militarismus, der Einmischung des US-Armeekommandos Afri-com in Afrika, einer zutiefst reaktionären Nahost-Politik, Netanjahu und so weiter. Die Linke sitzt in der Klemme, wie eigentlich immer in den letzten 50 Jahren. **Laut einer CNN-Umfrage lässt der Rückhalt für „Black Lives Matter“ in der US-Bevölkerung nach. Im Juni waren es noch 67 Prozent, die die Bewegung unterstützten, jetzt sind es 55 Prozent. Glauben Sie, dass wir den Trend umkehren können, oder wirkt Trumps Strategie?**

Ich glaube, da wirkt Trumps Pauschalangriff auf „Black Lives Matter“ als angebliche Terrorvereinigung. Was allerdings ein Zeichen für den Erfolg von „Black Lives Matter“ ist: Wir können eine echte Bedrohung für den Status quo sein. Nicht nur für eine Polizei, die ihre Macht missbraucht, um Menschen zu töten, sondern auch als Kritik an der Macht und den Verbrechen der Wall Street und des Pentagon. So gesehen spiegelt die Heftigkeit des Angriffs die Größe der Bedrohung wider. Und das ist keine schlechte Nachricht. Was gerade wirklich die Welt verändert, ist ja die Pandemie. Nun hat eine Umfrage des Radionetzwerks NPR ergeben: Corona vergrößert das ethnische Wohlstandsgefälle. 60 Prozent der schwarzen Haushalte in den USA, 72 Prozent der Latino-Haushalte und 55 Prozent der Haushalte von Native Americans sind seit Beginn der Pandemie in finanzielle Not geraten. Bei den weißen Haushalten sind es 36 Prozent. Wie können People of Color und ihre weißen Verbündeten in den USA einen Ausweg aus dieser tiefen Krise finden?

„Wir haben keine Chance, wenn wir in unseren Blasen bleiben“

Dafür eben brauchen wir Systemkritik und alternative Lebensentwürfe – um unsere Resilienz gegen das System aufrechtzuerhalten. Solange wir unsere Anliegen isoliert betrachten, solange wir in unseren Blasen bleiben, ohne Solidarität zu üben, haben wir keine Chance. Es ist allzu leicht, Race oder Gender als Identität zu fetischisieren, ohne damit eine Kritik des Raubtierkapitalismus zu verbinden. Aber nur die lässt uns erkennen, wie stark unsere Solidarität mit den Arbeitenden und mit den Armen ist. **Ihr Leben und Ihre Karriere als Philosoph und Aktivist sind unglaublich breit gefächert. Sie sind einer der führenden Intellektuellen der USA und für die US-Gesellschaft eine Art moralische Autorität. Ihre Laufbahn ist eine akademische. Sie haben Philosophie und Theologie studiert und lehren heute. Was hat Sie daran gereizt, sich mit diesen großen Ideen zu befassen? Und was hat Sie radikalisiert?** Ich komme aus einer sehr liebevollen Familie. Die größte Ehre für mich ist es, der zweite Sohn von Irene und Clifton West zu sein. Ein Mensch wie mein Vater, der vor 26 Jahren starb, werde ich nie wer-

den. Meine Mutter lebt noch, 88 Jahre alt, und nach ihr ist eine Grundschule benannt. Die Liebe und Unterstützung, die ich von ihr und meinem Vater erfuhr, haben mir viel Freiheit gegeben. Als Heranwachsender war ich allerdings ein Rabauke, habe mich dauernd geprügelt. Von der Schule floh ich, weil ich mich weigerte, die Flagge zu grüßen. Mein Großonkel war gelyncht worden, und dann haben sie ihn in die Flagge gewickelt. Bei meinem intellektuellen Coming of Age fand ich mich einerseits in der Kirche verwurzelt – ich habe mich immer als revolutionären Christen in der Tradition von Martin Luther King und Fannie Lou Hamer gesehen –, und andererseits fühlte ich mich der Black-Panther-Partei verbunden. Eine Kritik am Kapitalismus, Imperialismus, auch an Homophobie und dem Patriarchat habe ich also damals schon entwickelt, denn über diese Dinge redeten wir im Black-Panther-Hauptquartier. Da hielt ich die Frühstücksvorlesungen. Ich unterrichtete im Norfolk-Gefängnis, wo Malcolm X in Haft saß. Allerdings wurde ich nie Parteimitglied, ich war Christ, sie waren antireligiös. In meinen College-Jahren war ich dann dieser herrlichen Flut von Ideen und Geistesleben ausgesetzt. Ich verliebte mich in ganz viele von den großen Figuren. Karl Marx natürlich, in den britischen Sozialisten William Morris, in den Essayisten William Hazlitt, in Virginia Woolf, den Kulturtheoretiker Raymond Williams und schließlich in Edward Said. Ich studierte bei John Rawls und Hilary Putnam, bei Stanley Cavell und Martha Nussbaum, bei Martin Kilsdonk und Preston Williams. Danach in Princeton bei Richard Rorty und Sheldon Wolin. Das waren beeindruckende Gestalten, die mich für das Denken begeisterten und meine provinziellen Haltungen wegfügten. Ich bin immer ein freier schwarzer Mann geblieben, der Jesus liebt und sich um die Armen und die Arbeiter sorgt. Aber so konnte ich Teil eines größeren Gesprächs werden. Schwarze Intellektuelle der USA, wie der Kulturkritiker C.L.R. James und der Bürgerrechtler W.E.B. Du Bois, waren wichtig für mich, aber auch der Panafrikanist Kwame Nkrumah und der indische Sozialtheoretiker Ashis Nandy. Ich fühle mich wohl beim Denken, aber ich versuche immer, es als eine Art Waffe zu nutzen, zur Stärkung, zur Erbauung und als Stütze für die Verletzlichen, egal, wer sie sind. In der hebräischen Bibel gibt es das Konzept der Chesed: Die höchste Form des Menschseins besteht darin, mit Fürsorge und beständiger Liebe den Waisen, den Witwen, den Unterdrückten zu begegnen. Deshalb glaube ich, wenn ich ein Teil dessen sein will, worum es Mose ging – Rettung und Befreiung –, dann muss ich nicht nur den Pharao von Grund auf kritisieren, sondern das System, das den Pharao am Platz hält. Die



Cornel West (Mitte rechts) bei einem Protest gegen Polizeigewalt in New York 2015

Pyramiden haben mich nie groß beeindruckt. Ich habe eine tiefe Abneigung gegen Pharaonen, egal welcher Farbe und welchen Geschlechts. Sie mögen prachtvolle Bauwerke vorweisen, aber schaue ich mir das System dahinter an, sage ich: Nein, ich stehe auf der Seite der Armen, der Arbeitenden, die die Pyramiden errichtet haben, aber für immer ausgeschlossen bleiben, vergessen, unsichtbar gemacht. Mit ihnen bin ich solidarisch. **Da bin ich bei Ihnen, ich sehe mich selbst als Christin und Sozialistin, so wie eines meiner größten Vorbilder, der linke Labour-Politiker Tony Benn. Ein Wandel der Gesellschaft ohne einen spirituellen Wandel scheint mir unmöglich, ganz gleich, von welcher Religion, welcher Spiritualität er ausgeht.** In der Tat. Und das muss offen gesagt werden, denn eine Art, wie der Kapitalismus sich reproduziert, ist die Kommerzialisierung von allem und jedem – um die „hohen Männer“ zu erzeugen, von denen T.S. Eliots berühmtes Gedicht handelt: moralisch und spirituell entleerte Kreaturen, die sich lebendig fühlen, wenn sie mit Konsumangeboten überschüttet werden. Martin Luther King ist natürlich ein weiteres großes Vorbild als demokratischer Sozialist. Oder der frühe Reinhold Niebuhr, Autor von *Moral Man and Immoral Society*, ein demokratischer Sozialist. Und so viele mehr, die versucht haben, einen Sinn für tiefe Liebe und Gerechtigkeit lebendig zu halten. Aber auch für das Schöne, die Liebe zum Schönen. Ich komme aus einer Bevölkerung, deren vorherrschende Formen der Spiritualität die Liebe zum Schönen war. Nach 244 Jahren der barbarischsten Form moderner Sklaverei; keine Chance, ohne weiße Aufsicht lesen und schreiben zu lernen oder Gott zu preisen, und im Durchschnitt starben die Sklaven mit 26 Jahren. Sie schlichen sich nachts davon, um ihre Stimmen zu erheben, standen im Kreis und hielten sich bei den Händen. Und sangen diese wunderschönen Lieder, *Swing Low, Sweet Chariot* und *Wade in the Water*. *God's Gonna Trouble the Water*. Das war Kunst. Ein Festhalten am Schönen im Angesicht von Terror und Trauma. Das, woran uns Rilkes Gedichte erinnern: Die Schönheit wird zum Quell der Resilienz, wo Terror und Trauma über viele Jahrzehnte hin institutionalisiert sind, und die Musik wird lebenswichtig. Darum sind die Liebe zur Wahrheit, die Liebe zum Schönen, die Liebe zur Gerechtigkeit und für mich auch die Liebe zu Gott so eng miteinander verflochten. **Sie sind nicht nur ein herausragender Intellektueller, sondern**

auch künstlerisch tätig. Sie haben Hip-Hop-Alben aufgenommen, mit Prince Musik gemacht. Sie haben in Kinofilmen wie „Matrix Reloaded“ mitgespielt und sprechen auf eine ganz eigene, besondere, sehr erhellende Weise über Kultur in den USA. Und trotzdem frage ich mich, ob die heutige Mainstream-Kultur, von Fernsehen bis Hollywood, so weiß und so kommerzialisiert, wie sie ist, nicht zu zwangsläufig repressiv sein muss. Oder kann man das ändern, indem man selbst dabei mitwirkt? Adorno und andere haben uns gelehrt, dass es in jeder hegemonialen Struktur etwas gibt, das querschneidet, eine Saat, die aufgehen kann. Die Kritik der hegemonialen Struktur entsteht in ihr selbst, sie wohnt ihr inne. Und das gilt auch für Hollywood. Es gilt für das Musikgeschäft, für die Malerei, für alles. Aber es bleibt etwas Zweiseitiges. So, wie es ist, wenn man Rembrandt aus einer linken Perspektive deutet oder andere große Gemälde, in denen die Gesichter und Körper all unsere Widersprüche und Inkongruenzen abbilden. Aber bezahlt wurden sie von den Reichen und Herrschenden, die sie dann zum Beispiel in ihren Amsterdamer Palästen aufhängten. **Wo sehen Sie die Auswirkungen der imperialen Rolle der USA auf die Struktur der amerikanischen Gesellschaft und Wirtschaft?** Martin Luther King hat gesagt: „Die Bomben, die ihr auf Vietnam werft, fallen auch auf die Ghettos in Amerika.“ Auch auf arme Weiße in den Appalachen, auf die Barrios unserer spanischsprachigen Brüder und Schwestern, auf die Reservate unserer indigenen Brüder und Schwestern. Es besteht eine direkte Verbindung zwischen dem US-Militarismus im Ausland und Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Gesundheits- und Bildungsmisere im Inland – und ebenso mit der Militarisierung des Alltags. Das ist das große Problem, das wir jetzt mit der Polizei haben. Seit jeher war die Polizei für die finanziell Schwachen gefährlich, vor allem für die Schwarzen. Aber unter der Herrschaft des Neoliberalismus sind die Polizeireviere den US-Armeeposten in Bagdad immer ähn-

licher geworden. Die Antwort auf jedes kleine Vergehen ist militärisch. Mitten in der Nacht brechen sie ihr die Tür auf, als wäre sie von der Mafia und hätte jemanden umgebracht. Dabei suchen sie nur nach einem kleinen Paket Drogen. Und dann töten sie sie, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen imperialistischer Außenpolitik und einer Innenpolitik, die an den Interessen der Konzerne ausgerichtet ist. Das Resultat ist eine verarmte Arbeiterklasse, die obendrein spirituell bombardiert wird, weil sie und ihre Kinder kaum Zugang finden können zu nicht-merkantilen Werten wie Intimität und Verletzlichkeit. Immer muss du tough sein und in Stellung, jede Sekunde kampfbereit, denn es geht um das Überleben des Schnellsten. Das Überleben des Flinksten treibt den Thrasymachos auf die Spitze, der in Platon *Der Staat* das Recht des Stärkeren propagiert: Erlaubt ist, womit du durchkommst. Gier ist geil. Es geht um Herrschaft und Manipulation. Das ist die Grimmigkeit unserer Welt, die „eisige Finsternis und Härte“, die Max Weber als Zukunft der Menschheit befürchtete. Wo bei er nicht nur die Entzauberung der Welt sah: Er sagte, die eisige Finsternis schreitet voran, indem sich Kommerzialisierung, Bürokratisierung, Verdinglichung und Herrschaft zu einem eisernen Käfig für unsere Spezies verbinden. **Glauben Sie, Demokratie von unten kann eine Waffe gegen den Kapitalismus sein?** Dear sister Grace, ich komme aus einer schwarzen Gemeinschaft, deren Hymne ist: Erhebe jede Stimme! Und wenn diejenigen ihre Stimme erheben, die Sly Stone die *Everyday People* nannte, und zwar in all den Entscheidungsprozessen und Institutionen, die ihr tägliches Leben bestimmen und regulieren, dann werden sie sich nicht für die Armut entscheiden. Nicht für marode Schulen. Nicht für eine miese medizinische Versorgung. Nicht für Häuser voller Terror. Demokratie von unten nimmt die Stimmen ernst, die gegen das soziale Elend kämpfen, und erlaubt es ihnen, ihr Schicksal so zu gestalten, dass ihre Kinder gute Schulen besuchen können, so wie die Kinder der herrschenden Klasse. Dass ihre Eltern die gleiche medizinische Betreuung erhalten wie die Mächtigen. Demokratie von unten ist eine Bedrohung für jede hierarchische Macht, ob in der politischen oder in der ökonomischen Sphäre. Und

„Adorno sagt: In jeder Hegemonie gibt es etwas, das querschneidet“

das ist das Entscheidende, der Punkt, an dem Eugene O'Neills *Der Eismann kommt ansetzt* – das großartigste Theaterstück, das je in den USA geschrieben wurde, mit seiner gewaltigen Anklage gegen kapitalistische Zivilisation. O'Neill war ein entschiedener Linker. Ein Anarchist, so wie mein Bruder

individualismen – egal, wie viele unterschiedliche Hautfarben sich an der Spitze versammeln, wie viele Frauen und so weiter es schaffen – bleibt: die Klassenhierarchie. So gesehen ernten wir gerade nur das, was wir gesät haben. Wir sehen, wie all die Schwarzen oder all die Frauen an der Spitze der Klassenhierarchie aufgestiegen sind, ohne dass die Klassenhierarchie selbst infrage gestellt wurde – und sehen, wie sie damit immer noch in den Herrschaftsstrukturen gefangen bleiben. **Ich schließe Gespräche gerne damit, dass ich meine Gäste nach einer Kampagne oder einem Projekt frage, mit dem sie sich beschäftigen. Hätten Sie da was? Da würde ich gern den Scheinwerfer auf die Progressive Internationale richten. Sie begriff das subtile Wechselspiel der Eigenheiten: Wir alle stecken in unseren speziellen Nationen, unseren speziellen Gemeinschaften, unseren speziellen Körpern – stehen aber für Solidarität in allen Teilen der Welt ein. Denn ohne diese Solidarität steht die Grundlage der Menschheit selbst infrage. Wir können lokal und global zugleich denken. Wir können zugleich intellektuell und spirituell sein. Politisch und Spezies selbst. O'Neill und Dostojewski glaubten, dass die Menschen lieber Autorität als Freiheit wollen. Eher würden wir dem Rattenfänger hinterherlaufen, als uns zu organisieren und unsere Arbeit selbst zu verwalten. Und das radikale demokratische Projekt möchte zeigen, dass sie unrecht hatten. Aber das ist ein sehr harter Kampf, zweifellos. **Sie haben angedeutet, dass der liberale Individualismus ein entscheidender Faktor dafür ist, wie sich der Kapitalismus erhält und fortschreibt. Jetzt aber gibt es individualistischen Feminismus, individualistischen Antirassismus, individualistischen Umwelt-Aktivismus, sie benutzen keine Plastik-Strohhalme mehr, machen Mülltrennung, und plötzlich ändert sich alles... O ja – und einen individualistischen Umgang mit White Supremacy gibt es auch. Toll, ein schwarzer Präsident. Hurra, er repräsentiert uns. Wir haben gewonnen, die Bürgerrechtsbewegung hat erreicht, was sie wollte. Aber trotzdem sind immer noch all diese Schwarzen arm, ohne Krankenversicherung, arbeitslos, unterbezahlt, unterprivilegiert. Bei einem solchen Individualismus von oben, bei solchen bürgerlichen In-****

Das Gespräch führte Grace Blakeley für ihren Podcast *A World to Win*

Grace Blakeley, Jahrgang 1993, ist Oxford-Absolventin, marxistische Ökonomin, Verfechterin des demokratischen Sozialismus und Aktivistin der Labour Party. Wer wie sie mit der Finanzkrise aufgewachsen sei, wisse, dass der Kapitalismus nicht mehr funktioniert, hat sie einmal gesagt. Grace Blakeley schreibt als Journalistin über Politik und Ökonomie, war Wirtschaftskomentatorin des *New Statesman* und ist jetzt Mitarbeiterin bei dem Magazin *Tribune*. 2019 erschien ihr Buch *Stolen: How to Save the World from Financialisation*

Übersetzung: Michael Ebmeyer



Havard 1997: Cornel West (Mi.) mit dem Autor Wole Soyinka (li) und Prof. Henry Louis Gates Jr.

ANZEIGE

€ 0,90

pro Woche
(federzeit beendbar)

der Freitag digital

Upgrade für Printabonnenten

- ➊ Bereits am Mittwochabend verfügbar
- ➋ Zusätzliche Inhalte
- ➌ Optimiert für PC/Mac, Smartphone, Tablet
- ➍ Offline lesen – per PDF Download
- ➎ gesamtes Archiv vom Freitag digital abrufbar

Jetzt bestellen per: E-Mail: service@abo.freitag.de
Telefon: 040 3007-3510

Leserbriefe

Die Titelzeile störte

Elsa Koester

Gesund oder frei?

Ein Streitgespräch zwischen Aya Velázquez und Mélina Germes über das Coronavirus war vergangene Woche *Freitag*-Titelthema der Freitag 42 vom 15. Oktober 2020

Sosehr ich Ihre Zeitung wertschätze (bin Abonnentin) und es mich freut, dass nun, nach Monaten der kritiklosen Distanz zu den Corona betreffenden Maßnahmen, die die Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder autoritär verordnet, Ihre Zeitung dieses Thema endlich auch einmal aus der Sicht Andersdenkender bzw. Betroffener begleitet, so sehr stört mich Ihr Titel der Ausgabe: „Gesund oder frei?“ Das ist nicht der Punkt. Ihr Titel müsste vielmehr lauten: „Gesundheit oder Grundgesetz?“ *Hilde Herrmann*

Vielen Dank für das spannende Streitgespräch. Frau Velázquez könnte in vielen Punkten nicht weiter von meiner Meinung entfernt sein. Kellerpartys haben nichts mit Menschenwürde zu tun. Und um im Oktober 2020 den schwedischen Sonderweg immer noch zu romantisieren, muss man seine Augen vor dem dortigen Infektionsgeschehen verschließen. Trotzdem ist eine Debatte über die Maßnahmen wichtig. Es wäre schön, wenn diese sich nicht nur an einem Stück Stoff vor der Nase oder dem abgesagten Urlaub aufhängen würde. Ich wünsche mir eine Debatte darüber, was Menschenwürde für uns eigentlich bedeutet. *Jens Janßen*

Maut: Cui bono ...?

Stephan Hebel

Von Grund auf Panne

Mit Andreas Scheuer und dem Skandal um die „Ausländer-Maut“ beschäftigte sich der Leitartikel im *Freitag* vor zwei Wochen der Freitag 41 vom 8. Oktober 2020

Ohne das Verhalten vom truly Verkehrsminister Scheuer verteidigen zu wollen, fällt mir Folgendes auf: Die Frage, ob die Mautfirmen bei den Verhandlungen dem Minister ein Angebot zum Abwärtunterbreitet hätten, welches Letzterer abgelehnt habe, wäre im Untersuchungsausschuss kurz und bündig bejaht worden, wenn die Mautfirmen konsequent darauf gedrungen hätten, diesen Punkt schriftlich zu fixieren und von Herrn Scheuer gegenzeichnen zu lassen. Dann nämlich hätten die Mautfirmen von vornherein auf der sicheren Seite gestanden, und der Minister wäre mit den von etlichen Untersuchungsausschüssen sattsam bekannten Schutzbehauptungen („Stimmt nicht“ und „Ist mir nicht erinnerlich“) kläglich gescheitert, und das CSU-Mitglied im Ausschuss hätte sich sehr schwer damit getan, seinem Parteikollegen ein korrektes Verhalten zu beschreiben.

Es muss Gründe geben, weshalb es die Mautfirmen trotz der mit streitigen Beweisfragen verbundenen Unsicherheiten dabei beließen, ihr Angebot nur mündlich zu unterbreiten, ohne sich dessen Ablehnung schriftlich bestätigen zu lassen. Diese Frage hätte im Untersuchungsausschuss zur Sprache kommen müssen. Davon ist mir nichts bekannt, und jeder mag für sich die Cui-bono-Frage stellen und beantworten, wem letztlich das Unterlassen einer schriftlichen Fixierung in die Karten gespielt hat. *Gunther Schmidtborn*

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften an: leserbriefe@freitag.de



Catcar

Unten ohne

Jede Woche posten wir auf *freitag.de*, Facebook, Instagram und Twitter ein Foto, für das wir eine Bildunterschrift suchen. Die aktuelle kommt von unserem Facebook-Follower **Wolf-Dieter Lehmann**. Er ignoriert kurzerhand Kunstrasen und Verhüllung und konzentriert sich auf das Wesentliche: Tiere und Autos gehen immer.

FOTO: ERNESTO PEÑA SANZ

Der Kommunismus ist ...?

Gabriele Krone-Schmalz würde Polizisten und Rettungskräften das Bundesverdienstkreuz geben und liebt die Musik

Die promovierte Historikerin und Journalistin war viele Jahre Moskau-Korrespondentin der ARD. Heute hätte ihre Frisur sicher einen eigenen Fan-Account bei Instagram. Krone-Schmalz ist Professorin an der University of Applied Sciences Europe in Iserlohn und schreibt Bücher zum deutsch-russischen Verhältnis.

Was mögen Sie an Angela Merkel?

Ihre Gelassenheit. Sie wirkt so wohlthuend unaufgeregt und lässt sich selbst von „den“ Medien nicht aus der Ruhe bringen.

Welches Auto gefällt Ihnen am besten?

Alles, was schnell ist und kein Dach hat.

Zahlen Sie eigentlich gern den Rundfunkbeitrag?

Wer zahlt schon gerne irgendwas? Aber Fakt ist, dass guter Journalismus, bei dem fundierte Recherche eine Rolle spielt, nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Darf man in Ihrem Schlafzimmer rauchen?

Ganz dünnes Eis. Meine Toleranz in puncto Rauchen ist gleich null. Zu lange haben mich Kollegen vollgequalmt, in Räumen, in denen man kein Fenster öffnen konnte. Noch Fragen?

Wer oder was hätten Sie gerne sein mögen?

Liedermacherin, weil Musik das Größte ist.

Ihr Leben wird verfilmt. Welcher Schauspieler/welche Schauspieler sollte das tun? Nina Kunzendorf.

Sollte das generische Maskulinum abgeschafft werden? Nö.

StudentInnen oder Studierende? Ich versuche, mich bei jeder Gelegenheit für Gleichberechtigung einzusetzen, aber ich möchte „Studenten“ sagen dürfen, ohne einen Sturm der Entrüstung auszulösen.

Haben Sie ein Zeitungsabo? Wenn ja, welches? Ich lebe à la carte. Das einzige Abo, das ich über die Jahrzehnte beibehalten habe, ist der *Kölner Stadt-Anzeiger*. Das nennt man, glaube ich, Lokalpatriotismus.

Töten Sie Insekten? Ja, Mücken. Alle anderen versuche ich zu retten.

Ihr Lieblingsvogel? Ich kann mich nicht entscheiden: Einen Raben hätte ich gerne als Freund, einen Steinadler als Beschützer und eine Möwe, um ihre Flugkünste zu bewundern.

Wenn Sie eine Zeitmaschine hätten, in welches Jahrhundert würden Sie reisen? In die Zeit um Christi Geburt, um mal zu schauen, was sich da abgespielt hat.

Der Kommunismus ist ...? ... vermutlich eine super Idee, wenn „der Mensch“ von Grund auf so altruistisch wäre, wie er laut Christentum sein sollte.

Welchen Song würden Sie auf die einsame Insel mitnehmen? Shine On You Crazy Diamond von Pink Floyd. Und ich würde versuchen, noch mehr mitzunehmen.

Haben Sie geweint, als die Berliner Mauer fiel? Und wie. Wenn ich an den Moment denke, kommen mir heute noch die Tränen. Was für ein grandioser Augenblick, der so viel Hoffnung auf friedliche Zeiten machte, in denen man sich gegenseitig respektiert und hilft.

Sollte der Kapitalismus überwunden werden? „Überwinden“ hört sich so an, als warte dahinter etwas Besseres. Wenn Kapitalismus auch Soziale Marktwirtschaft einschließt und man die ernst nimmt, dann kann es von mir aus beim Kapitalismus bleiben.

Haben Sie Aktien? Nein. Und ich finde es schräg, dass Internetgiganten einen höheren Börsenwert haben als Produktionsstätten, in denen reale Wertschöpfung stattfindet. Das Spiel gefällt mir nicht.

Gehen Sie sorglos mit Ihren Daten im Netz um? Ich hoffe, ich mache es da besser als hier in diesem Fragebogen...

Welchen Rat würden Sie den SPD-Parteivorsitzenden geben? Sich auf die außenpolitische Kernkompetenz dieser altherwürdigen Partei zu besinnen und mit Hirn und Herz für eine qualitativ neue Spannungspolitik zu kämpfen. Es könnte sein, dass sich die Partei dann vor Zulauf kaum noch retten kann.

Wem würden Sie das Bundesverdienstkreuz geben? Polizisten und Rettungskräften, die sich täglich Unverschämtheiten bieten lassen müssen, vor unvermittelten Gewaltausbrüchen nie sicher sein können und sich dennoch immer wieder bemühen, die Rolle als Freund und Helfer zu übernehmen.

Ihr Lieblingsfilm? *Der große Bellheim*. Dieter Wedel ist ein begnadeter Regisseur, ich mag die Schauspieler, und die Geschichte tut mir gut.

Ihr/-e Lieblingsmaler/-in? Mein Mann.

Jan Fleischhauer oder Margarete Stokowski? Ein bisschen von beiden. Das heißt im Umkehrschluss: auch ein bisschen von beiden nicht.

Ihr/-e Lieblingsjournalist/-in? Natalie Amiri.

Wie möchten Sie sterben? Am liebsten würde ich friedlich einschlafen und dabei nicht allein sein. Das ist vermutlich nicht besonders originell, aber überaus wünschenswert.



ILLUSTRATION: DER FREITAG

Impressum

Verleger Jakob Augstein
Chefredaktion Philip Grassmann (V.i.S.d.P.), Sebastian Puschner (stellv. Chefredakteur), Jakob Augstein
Redakteur für besondere Aufgaben Michael Angele
Verantwortliche Redakteure Christine Käßpeler (Kultur, Alltag), Jan J. Kosok (Online), Sebastian Puschner (Politik, Wirtschaft)
Textchef Malte Göbel (FM*)
CvD Marco Rüscher

Redaktion Christian Baron, Ulrike Baureithel (FM), Pepe Egger, Lutz Herden, Michael Jäger (FM), Elsa Koester, Benjamin Knödler, Maxi Leinkauf, Martina Mescher, Konstantin Nowotny (FM), Katharina Schmitz, Barbara Schweizerhof (FM)
Gestaltung Lisa Kolbe (Art Direktion – in Elternzeit –), Christian Bobsien (stellv. Art Direktion), Susann Massute (Titel), Felix Velasco (Grafik), Niklas Rock (Bild)

Redaktionelle Übersetzerin Carola Torti
Redaktionsassistentin Jutta Zeise
Verlag und Redaktion der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co KG, Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: (030) 250 087-0 www.freitag.de
Geschäftsführung Jakob Augstein, Dr. Christiane Düts
Beratung Prof. Christoph Meier-Siem

Verlagsleitung Nina Mayrhofer
Anzeigen Johann Plank (Leitung) (johann.plank@freitag.de)
Alexander Kursawe (alexander.kursawe@freitag.de)
Marketing & Vertrieb Andreas Bednarek (Leitung) (andreas.bednarek@freitag.de)
Oda Hassepass (oda.hassepass@freitag.de)
Boris Kunofski (boris.kunofski@freitag.de)

Madeleine Richter (madeleine.richter@freitag.de)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Nina Mayrhofer (presse@freitag.de)
* = Freie/r Mitarbeiter/in
Der Freitag verpflichtet sich dem Code of Fairness der Freischreiber – Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten

Jahresbezugspreis € 196,35
Ermäßigter Bezugspreis für Schüler, Studenten, Auszubildende und Rentner: € 150,45
Im Ausland: € 244,80
jeweils inkl. Zustellung
Aboverwaltung QS Quality Service GmbH Telefon Kundenservice (040) 3007-3510
E-Mail: service@abo.freitag.de
Service-Zeiten
Mo–Fr 8 bis 19 Uhr, Sa 10 bis 16 Uhr

Der Freitag, Postfach 11 04 67, 20404 Hamburg
Konto für Abozahlungen:
Der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co KG,
IBAN DE39 1005 0000 0013 5050 50

Nationalvertrieb
stella distribution GmbH
Überseering 10A
22297 Hamburg

Der Freitag ist in allen Bahnhofs- und Flughafenbuchhandlungen erhältlich

IT- und Redaktionstechnik Heldisch network GmbH
Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, www.berliner-zeitungsdruck.de
Papier 100 % Recycling, trägt den Blauen Engel, produziert in Schwedt an der Oder, gedruckt in Berlin
Gesetzt in TheAntiquaf von Lucas de Groot, www.lucasfonts.com
ISSN 0945-2095